

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union über die Sondersitzung der Versammlung am 29. Oktober 1984 in Rom sowie den Zweiten Teil der 30. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung vom 3. bis 6. Dezember 1984 in Paris

Aus Anlaß der 30. Wiederkehr des Abschlusses des geänderten Brüsseler Vertrags von 1954 hielt die Versammlung am 29. Oktober 1984 in Rom eine außerordentliche Sitzung ab. Die Sitzung stellte ein ganztätiges Kolloquium zwischen Versammlung und Rat auf der Grundlage der vom WEU-Rat verabschiedeten „Erklärung von Rom“ vom 27. Oktober 1984 dar. Der Rat war vertreten durch seinen amtierenden Präsidenten, Bundesaußenminister Genscher, den italienischen Außenminister Andreotti sowie den italienischen Verteidigungsminister Spadolini. Die Versammlung faßte keine Beschlüsse.

Während der Herbsttagung vom 3. bis 6. Dezember 1984 in Paris erörterte die Versammlung der WEU Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Politische Fragen

- Abschreckung und der Wille des Volkes. Empfehlung 411 (S. 11)
Hierzu sprachen die Abg. Gansel (S. 4, 9), Dr. Müller (S. 5), Dr. Scheer (S. 7), Vogt (Kaiserslautern) (S. 8), Dr. Frhr. Spies von Büllenheim (S. 10).
- Konsequenzen des Golfkrieges. Empfehlung 412 (S. 13)
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 11), Dr. Frhr. Spies von Büllenheim (S. 12), Gansel (S. 12, 13).
- WEU, Europäische Union und das Atlantische Bündnis. Empfehlung 416 (S. 34). Die Beziehungen zwischen der Versammlung und dem Rat. Richtlinie 58 (S. 35).

Hierzu sprachen die Abg. Vogt (Kaiserslautern) (S. 27), Dr. Müller (S. 28), Antretter (S. 29), Dr. Frhr. Spies von Büllersheim (S. 30), Reddemann (S. 31), Gansel (S. 33), Dr. Enders (S. 40).

Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt

- Die militärische Nutzung des Weltraums (Teil II). Empfehlung 413 (S. 18).

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Klejdzinski (S. 14, 15), Dr. Scheer (S. 15, 17, 18), Dr. Frhr. Spies von Büllersheim (S. 16), Lenzer (S. 17).

- Die Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa auf dem Gebiet der Spitzentechnologie. Empfehlung 414 (S. 21).

Hierzu sprachen die Abg. Böhm (Melsungen) (S. 19), Dr. Klejdzinski (S. 20), Lenzer (S. 21), Gansel (S. 22), Dr. Scheer (S. 23).

Verteidigung

- Rüstungskontrolle und Abrüstung. Empfehlung 415 (S. 26).

Hierzu sprachen die Abg. Haase (Fürth) (S. 23), Dr. Scheer (S. 24, 25), Jäger (Wangen) (S. 25), Reddemann (S. 25).

- Der Warschauer Pakt und die Abrüstung.

Hierzu sprach Abg. Haase (Fürth) (S. 24).

- WEU, Europäische Union und das Atlantische Bündnis (s. politische Fragen).

Haushalt

- Haushalt der Verwaltungsausgaben der Versammlung 1985.

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Frhr. Spies von Büllersheim (S. 41), Schulte (Unna) (S. 42).

- Prüfungsbericht über die Ausgaben der Versammlung 1983.

Beziehungen zu den Parlamenten

- Tätigkeitsbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten. Weiterverfolgung von Empfehlungen der WEU-Versammlung zum Thema der europäischen Zusammenarbeit in der Raumfahrtstechnologie in den Parlamenten.

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Hackel (S. 43, 47), Dr. Enders (S. 45), Dr. Klejdzinski (S. 46).

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Zur Versammlung sprachen der Bundesminister des Auswärtigen Hans-Dietrich Genscher, der französische Außenmini-

ster Claude Cheysson, der britische Staatsminister für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenheiten, Richard Luce, der italienische Verteidigungsminister, Giovanni Spadolini, und der Vorsitzende der portugiesischen Delegation in der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Jose Luis de Amaral Nunes.

Bonn, den 19. Dezember 1984

Dr. Karl Ahrens

Sprecher

Wilfried Böhm (Melsungen)

Stellvertretender Sprecher

Montag, 3. Dezember 1984

Tagesordnungspunkt:

**Dringlichkeitsantrag zur Behandlung eines
Empfehlungsentwurfs betr. den Warschauer
Pakt und die Abrüstung**

(Drucksache 1000)

Antragsteller: Abg. Haase (Fürth)
(Bundesrepublik Deutschland)

Haase (Fürth) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Dringlichkeit dieses Antrags begründet sich aus seinem Inhalt. Es wird Bezug genommen auf den **Ablauf des Warschauer-Pakt-Vertrages im Juni 1985**. Wenn der Antrag sich damit beschäftigt, die Sowjetunion und die übrigen Paktmitglieder aufzufordern, entsprechend zu reagieren, gegebenenfalls eine Modifizierung des Warschauer Paktes zu finden usw., dann bedeutet das, daß dies eine Einladung an den Warschauer Pakt ist, uns eine Antwort auf diese Stellungnahme der WEU-Versammlung zu geben.

Die WEU tritt aber erst im Frühjahr des nächsten Jahres wieder zu einer weiteren Sitzung zusammen. Das heißt, die Zeit zwischen der Aufforderung an die Warschauer-Pakt-Staaten, uns eine Antwort auf unsere Vorstellung zu geben, und der Antwortmöglichkeit zum Juni 1985 würde sehr knapp werden. Sie würde vielleicht nur 14 Tage betragen. Es kann aber wohl nicht möglich sein, in so kurzer Zeit eine Antwort zu geben. Deshalb begründet sich die Dringlichkeit des Antrags aus dem Zeitablauf. Ich bitte dafür um Verständnis.

Ich bitte Sie auch deswegen darum, diesen Antrag, wenn auch durchaus mit gewissen Vorbehalten, für dringlich zu erklären und ihn insoweit zuzulassen, ohne inhaltlich über ihn abzustimmen, weil der Politische Ausschuß dann morgen früh die Prüfung vornehmen und am Dienstag der Versammlung einen entsprechenden Bericht geben könne. Das wäre ein zeitlicher Ablauf, der möglich wäre.

Schließlich meine ich, meine verehrten Kollegen, daß es der Versammlung sehr wohl ansteht, sich in einer solchen Frage zu äußern. Daß sie so dringlich ist, sollte kein Hinderungsgrund sein. Dies sollte kein Grund sein, diesen inhaltlich sehr interessanten Antrag aus formellen Gründen scheitern zu lassen.

Ich wäre Ihnen daher sehr dankbar — dies sage ich im Namen der Antragsteller —, wenn Sie, ohne daß Sie jetzt über den Inhalt entscheiden müssen, die Dringlichkeit bejahen würden.

Schönen Dank, Herr Präsident.

(Der Antrag auf dringliche Behandlung wird abgelehnt.)

Tagesordnungspunkt:

**Die Abschreckung
und der Wille des Volkes**

(Drucksache 988)

Berichterstatter: Abg. Lagorce (Frankreich)

(Themen: Friede und Abschreckung — Agitation gegen eurostrategische Raketen — Wahlen in den Jahren 1982 und 1983 und die Verteidigung Europas — Meinungsumfragen — Stellungnahmen christlicher Kirchen)

Gansel (SPD) (Übersetzung a. d. Engl.): Herr Präsident! Vielem von dem, was Herr de Vries über den Bericht von Herrn Lagorce sagte, stimme ich zu. Der Bericht stellt eine intellektuelle und moralische Herausforderung dar, und er muß als ein interessanter und wichtiger Bericht bezeichnet werden. Doch durch die Art und Weise, in der er die **pazifistische Bewegung** in Europa darstellt, spielt er, ohne es zu wollen, in die Hände der Sowjetunion. Es ist unklug, die Millionen, die in den Straßen demonstrieren, so darzustellen, als ob die Sowjetunion über sie verfügen könne, als kommunistenfreundlich. In Wirklichkeit sind dies Menschen — und insbesondere junge Menschen — die Hoffnungen, vielleicht Illusionen, in bezug auf Frieden und Abrüstung haben. Eine Desillusionierung, entweder durch die Politik der Vereinigten Staaten oder durch die Politik der Sowjetunion, kann dazu führen, daß sie ihre Meinung ändern.

Ich möchte wiederholen, was ich während eines privaten Gesprächs mit Herrn Lagorce gesagt habe. Ich verstehe, daß viele unserer älteren Kollegen aus ihrer Erfahrung in den dreißiger Jahren die Gefahr des Pazifismus angesichts des Hitler-Krieges und des Dritten Reichs kennen. Viele der Pazifisten der dreißiger Jahre waren in den 40er Jahren tapfere Soldaten; ihnen verdanken wir heute Demokratie und Freiheit. Gewiß wurden die Pazifisten durch die Erfahrung des Krieges, der Verfolgung und Besetzung zu Kämpfern. Aber es gibt auch Soldaten, die durch die Erfahrung des Krieges Pazifisten wurden. Es gibt auch Politiker, die eine Abrüstungskonferenz nach der anderen verfolgt haben und dadurch zu der Überzeugung gelangt sind, daß unsere Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung sich nicht auf die Festlegung von Obergrenzen beschränken darf, sondern zu Verringerungen der derzeitigen Waffenarsenale führen muß.

Hiervon gehe ich aus, wenn ich zum Änderungsantrag 3 spreche, der die Formel des „**Waldspaziergangs**“ aufgreift. Diese Vereinbarung oder Nicht-Vereinbarung vom Sommer 1982 bedeutete eine beiderseitige Begrenzung auf 75 Abschußvorrichtungen, ein Verbot der Dislozierung von Pershing-II-Raketen in Europa, ein Einfrieren der auf Ziele in Asien gerichteten SS-20 bei einer Anzahl von 90

Raketen, eine Begrenzung der nuklearfähigen Mittelstreckenflugzeuge auf 150 und die Ausschließung der britischen und französischen Systeme.

Heute würde die Formel des „Waldspaziergangs“ eine beträchtliche Verringerung von SS-20, genau genommen ihre Vernichtung, und den Abzug von Pershing-II-Raketen bedeuten. Es gäbe dann jedoch immer noch Cruise-Missiles in allen Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union mit Ausnahme Frankreichs. Künftige Verhandlungen, die möglicherweise im Januar beginnen, könnten die Möglichkeit bieten, Verringerungen statt Obergrenzen zu erzielen.

Was ich vorschlage, ist weder ein Parteitagsbeschluß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands noch entspricht es der Haltung der griechischen Sozialistischen Partei, der britischen Konservativen Partei oder der deutschen Konservativen. Und doch war es bei der Tagung der Nordatlantischen Versammlung vor drei Wochen möglich, sich fast einstimmig auf diese Formel zu einigen. Einige von uns mögen dies für eine ideale Lösung halten. Für andere, wie zum Beispiel meine Partei, ist dies nur ein Schritt in Richtung auf eine substantiellere Verringerung von SS-20 und westlichen Mittelstreckensystemen. Es ist jedoch ein Vorschlag, dem wir zustimmen können.

Meine Frage an die Versammlung lautet: Sind wir noch in der Lage, uns wie Parlamentarier zu verhalten, oder vertreten wir lediglich Parteitagsbeschlüsse oder die Beschlüsse unserer Regierungen? Wenn letzteres der Fall ist, können wir aufhören, uns zu versammeln. Dann können wir uns statt dessen Briefe schreiben. Wenn wir aber noch in der Lage sind, als parlamentarisches Gremium Beschlüsse zu fassen, muß es möglich sein, einen Kompromiß zu erzielen. Was einige britische Kollegen und ich vorgeschlagen haben, ist ein Kompromiß zu einem Bericht über ein entscheidendes, herausforderndes Problem. Die Frage lautet: Können wir zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen? Für mich ist dies ein Test, der zeigen wird, ob sich die Versammlung der WEU mit dem parlamentarischen Geist der Nordatlantischen Versammlung vergleichen kann. Ich bin gespannt darauf. Ich hoffe, daß ich nicht enttäuscht werde.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns wieder einmal mit dem Bericht des Kollegen Lagorce, und ich habe gerade von meinem Vorredner gehört, daß er wiederum die Empfehlung gibt, diesen Bericht zurückzuverweisen, also die Empfehlung, daß wir uns heute nicht damit beschäftigen.

Ich möchte dem widersprechen. Ich bin der Meinung, daß der Bericht verabschiedet werden sollte, und werde auch gleich begründen, warum ich das für notwendig halte.

Ich möchte zum Thema der **Abschreckung** einen alten Ausspruch aus der Antike, der Ihnen allen bekannt ist, zitieren, der immer wieder falsch ange-

wandt wird. Aber er muß trotzdem genannt werden; Sie kennen ihn sicher: „si vis pacem, para bellum“, also: Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.

Nun kann kein Zweifel daran bestehen, daß heute nicht deswegen, weil er den Frieden will, jemand einen Krieg vorbereiten will. Aber es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß es darauf ankommt, durch eigene Stärke einen Abschreckungseffekt in die Auseinandersetzung zu bringen, um den anderen davon abzuhalten, übermütig zu werden, sich sicher zu fühlen und den Krieg vom Zaun zu brechen.

Wenn wir unsere eigene Geschichte in Europa betrachten, ist festzustellen, daß in den ersten Nachkriegsjahren eine interessante Entwicklung eingetreten war, die uns allen zu denken geben muß. Sie wissen, daß die Sowjetunion nach 1945 versucht hat, ihren Machtbereich auszudehnen. Sie hat das in verschiedenen Bereichen getan, und es kam schließlich ein Punkt, an dem gegenüber der Sowjetunion ein ganz klares Halt durch die Vereinigten Staaten gesagt wurde, nämlich durch den damaligen Präsidenten Truman, der mit seiner Erklärung vom März 1947, mit der sogenannten **Truman-Doktrin**, wie sie später genannt wurde, festlegte, daß jeder Angriff auf Griechenland und die Türkei eine Herausforderung der Vereinigten Staaten wäre. Er hat damals ja eine amerikanische Flotte ins Mittelmeer entsandt, die heute noch dort stationiert ist.

Dies war, wenn ich das sagen darf, sehr wirkungsvoll, denn es hat nicht zuletzt die Freiheit Griechenlands und die Freiheit der Türkei erhalten. Wer darüber Bescheid weiß, wie in den Außenministerkonferenzen unmittelbar nach 1945 die Sowjetunion etwa gegenüber der Türkei Forderungen erhob — und zwar nicht nur auf diesen Konferenzen, sondern auch mit direkten Drohungen —, gegenüber einem Staat, der nicht etwa mit dem Dritten Reich verbündet gewesen war, sondern ganz im Gegenteil —, Forderungen, die darauf abzielten, Stützpunkte am Bosphorus zu bekommen, und die sogar auf die Herausgabe von bestimmten Landesteilen hinausliefen, der weiß, daß die Sowjetunion damals die Hoffnung hatte, sich als Gewinner oder Mitgewinner des Zweiten Weltkrieges aus einer Position der Stärke heraus ausdehnen zu können. Mit der Abschreckung durch die Truman-Doktrin vom März 1947 war dies zu Ende.

Trotzdem haben wir — das wissen wir alle — einen kalten Krieg erlebt, haben wir eine Auseinandersetzung in Europa erlebt, die immer wieder dazu geführt hat, daß die Sowjetunion versucht hat, die Verteidigungsbereitschaft der westlichen Länder, die sich ja später, nämlich 1949, zur NATO zusammengeschlossen haben, von innen heraus zu zerstören und zu untergraben.

Es ist für mich eine erhellende Erkenntnis gewesen, als ich das offizielle Parteilehrbuch der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, von Affanjasew redigiert und herausgegeben, durchgelesen habe, wo es heißt, es sei das Ziel kommunistischer

Kräfte in den westlichen Ländern, deren Verteidigungsbereitschaft von innen heraus zu zerstören und dadurch zur Niederlage des Klassenfeindes beizutragen.

Nun soll man ja aus Lehrbüchern lernen, und man soll sie ernst nehmen. Wie wichtig das ist, haben wir im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß und der gegen ihn gerichteten Kampagne in den europäischen Ländern in den letzten Jahren erlebt.

Nun kann ich heute mit einer gewissen Beruhigung feststellen, daß das, was die sogenannte **Friedensbewegung** — ich sage bewußt: die sogenannte — im vergangenen Jahr auf die Beine gestellt hat, inzwischen längst abgebröckelt ist. Inzwischen dämmert dem Koordinierungsausschuß, der damals, im November vergangenen Jahres, die große Demonstration in Bonn organisiert hat, daß da nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Die christlichen Friedensgruppen sind jetzt ausgeschieden; sie distanzieren sich. Bei einem gewissen Nachspiel in diesem Jahr, wo man wieder mobilisieren wollte, war man ja nicht einmal in der Lage, eine Menschenkette zu schließen, man war nicht fähig, noch genügend Leute auf die Straße zu bringen.

Das hängt übrigens damit zusammen, daß ein großer Teil derjenigen, die diese Kampagne betrieben haben, einfach übertrieben haben. Sie haben nämlich so getan, als würde, wenn etwa das deutsche Parlament im November entsprechend dem NATO-Doppelbeschluß eine Entscheidung treffen sollte, in den nächsten Wochen der dritte Weltkrieg ausbrechen. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, daß ich Briefe und Anrufe von Leuten bekommen habe, die das wirklich glaubten. Nur ist es nicht eingetreten. Dadurch war die Enttäuschung der Bewegung viel größer.

Es war für mich sehr interessant, in der linken Zeitschrift „Arbeiterkampf“, die von einer kommunistischen Splittergruppe in der Bundesrepublik herausgegeben wird, nachzulesen, daß Alexander Schubart, einer derjenigen, der z. B. auch die Bewegung gegen die Startbahn West in Frankfurt organisiert hat, zum „Friedenskampf“ erklärt hat: Wir haben Fehler gemacht, wir haben so maßlos übertrieben, daß die anderen uns nicht mehr geglaubt haben, weil wir einfach in unseren Drohungen, was jetzt kommen würde, maßlos geworden sind. Man hat auf Tagungen selber zugegeben, daß man nicht mehr in der Lage war, gerade auch junge Leute zu organisieren.

Nun, meine Damen und Herren, liebe Freunde, das kann natürlich für uns als Politiker nicht ein Anlaß sein, die Hände in den Schoß zu legen und zu sagen: Die ganze Auseinandersetzung im Innern unserer Völker ist beendet, wir brauchen uns damit nicht mehr auseinanderzusetzen. Vielmehr muß uns dies ein Hinweis darauf sein, daß nur die Festigkeit, mit der wir zu diesem NATO-Doppelbeschluß gestanden haben, uns im Grunde genommen die Möglichkeit gegeben hat, heute wieder Verhandlungen zwischen Ost und West, zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, erwarten zu können.

Denn wären wir damals nicht konsequent geblieben, wäre es jetzt sicher nicht zur Wiederaufnahme der Verhandlungen gekommen.

Liebe Freunde, all diejenigen, die gesagt haben, nie wieder werde es Verhandlungen geben, weil die Sowjetunion die Tür zugeschlagen habe, sind jetzt übrigens eines Besseren belehrt worden, nämlich darüber, daß die Sowjetunion auf die Festigkeit der Bevölkerung und der Politiker in den westlichen Ländern auch reagieren mußte.

Liebe Freunde, wer sich verteidigen will und wer die Freiheit liebt, muß bereit sein, für diese Verteidigung auch einzustehen, muß bereit sein, ein gewisses Abschreckungspotential bereitzuhalten, um klarzumachen: Wenn ich angegriffen werde, verteidige ich mich.

Es ist für mich sehr interessant, in dem Bericht unseres Kollegen Lagorce Meinungsumfragen aus Frankreich nachzulesen, die besagen, ein welcher Prozentsatz der französischen Bevölkerung bereit wäre, in den Untergrund zu gehen, sich zu verteidigen und für die Freiheit zu kämpfen. In der Frage, wie das in einigen anderen europäischen Ländern — einschließlich meines eigenen, der Bundesrepublik Deutschland — aussähe, bin ich sehr skeptisch. Für Bayern würde ich da vielleicht eine Ausnahme machen, aber für den übrigen Teil der Bundesrepublik wäre ich schon sehr skeptisch.

(Zurufe von deutschen Abgeordneten der Sozialdemokratischen Fraktion)

— Meine sehr verehrten Kollegen, das zeigt uns natürlich — und ich merke das auch an einigen Reaktionen von Kollegen dort drüben —, daß diese Bereitschaft, die Freiheit zu verteidigen, immer mehr in Frage gestellt wird, wenn man nicht mehr bereit ist, überhaupt Abschreckung zu gewährleisten.

Da fordern etwa Leute auf der linken Seite in der Bundesrepublik die atomwaffenfreie Zone. Ich will mich hier ja gar nicht über die Verteidigungspolitik der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik auslassen, weil niemand weiß, was die Verteidigungspolitik der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik ist. Hat Herr von Bülow mit seiner Kürzung der Bundeswehr auf 300 000 Mann recht, oder ist Herr Vogel, der Oppositionsführer, ein Vorbild, der nicht nur für eine atomwaffenfreie Zone, sondern neuerdings auch für eine panzerfreie Zone ist? Die nächste Zone wird die ohne Schußwaffen sein, nur noch mit Messern, und die letzte Zone wird ohne Freiheit sein, denn das ist — darüber muß man sich im klaren sein — die Konsequenz einer solchen Politik.

Hierin besteht eigentlich die große Auseinandersetzung und die mögliche Kriegsgefahr in Europa: darin, daß einer, der aggressiv ist, einer, der eine Ideologie hat, die auf die Weltrevolution ausgerichtet ist, natürlich immer dann dazu verführt wird, mit Gewalt vorzugehen, wenn der, der ihm gegenübersteht, das Signal gibt, daß er überhaupt nicht mehr bereit ist, sich genügend zu verteidigen.

In diesem Sinne, liebe Kollegen, begrüße ich den Bericht des Kollegen Lagorce. Ich begrüße vor al-

lem, daß ihn ein Mann erstellt hat, der nicht meiner Fraktion angehört. Das zeigt, daß sich die Wahrheit natürlich über die Fraktionen hinweg durchsetzt und daß es notwendig ist, hier ein klares Votum für die Abschreckung abzugeben, weil sie eine Voraussetzung dafür ist, die Freiheit all unserer Völker hier in Westeuropa zu sichern.

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf den Kollegen Müller, der mit mir aus der Bundesrepublik Deutschland kommt, eingehen, weil ich der Meinung bin, daß das, was er gesagt hat, an den Realitäten vorbeigeht und im übrigen einige Punkte, die er in bezug auf meine Partei gesagt hat, nicht im Raum stehen bleiben dürfen.

Herr Kollege Müller, bei uns im Land — leider nur in der SPD — findet eine Diskussion statt über die Rolle der Atomwaffen in den Verteidigungsdoktrinen des westlichen Bündnisses. Warum diese Diskussion stattfinden muß, will ich nachher ausführen. Daß in einer solchen offenen, demokratischen Diskussion unterschiedliche Akzente gesetzt werden, ist klar. Was die sozialdemokratische Auffassung ist, ist an Hand der Beschlüsse unserer Partei, die erarbeitet und erstritten worden sind, nachzulesen.

Wenn Sie der Meinung sind, uns als jemanden hinstellen zu können, der nicht genau weiß, was er in dieser sicherheitspolitischen Frage will, könnte ich eine Retourkutsche landen. Es wäre nämlich interessant, von Ihrer Seite einmal zu hören, wie die CDU/CSU zu der Frage der Oder-Neiße-Grenze steht, nachdem diese wieder seit einigen Monaten aus den Reihen Ihrer Partei verstärkt in Frage gestellt wird. Dies hat ja wohl Konsequenzen für die Entspannungs- und Friedenspolitik in Europa.

Andere Fragen sind die Weltraumfragen. Wir werden ja bei der Debatte über den Bericht des Kollegen Wilkinson sehen, ob Sie nun gegen die Weltraumrüstung sind, wie es die Bundesregierung mit unserer Unterstützung ist, oder ob Sie für die Weltraumrüstung sind.

Ich möchte jetzt auf den Bericht des Kollegen Lagorce eingehen. Wie schon im Juni bin ich auch heute der Meinung, daß dieser Bericht seinem Inhalt nach aus unserer Sicht nicht akzeptabel ist. Insbesondere nachdem inzwischen eigentlich der gleiche Bericht mit einigen Modifizierungen vorgelegt worden ist, zeigt es sich einfach, daß hier unterschiedliche Einschätzungen, Erfahrungen und Erkenntnisse vorliegen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. In einer Demokratie oder in Debatten von Parlamentariern aus den westeuropäischen Demokratien ist es auch gar nicht schlimm, wenn als Resultat herauskommt, daß man sich nicht einig ist.

Trotzdem will ich das hervorheben, was notwendig ist, um in Zukunft zu einer differenzierteren Diskussion zu kommen, in der gegenseitig mehr Verständnis möglich wird, als es gegenwärtig der Fall ist. Ich will das an Hand der Begriffe versuchen, die

in diesem Bericht über den **Willen des Volkes** und die **Abschreckung** enthalten sind.

Der Begriff „**neutralistisch**“ wird gebraucht gegen bestimmte Protestbewegungen, Friedensbewegungen, die sich gegen die Atomwaffenstationierung und einen NATO-Beschluß zur Wehr gesetzt haben. Nur, wenn man das schon als neutralistisch bezeichnet, dann muß man natürlich auch die Frage stellen — ich habe das im Juni schon einmal getan und wiederhole es hier ganz bewußt —: Ist der Widerstand gegen einen NATO-Beschluß, eine bestimmte Kategorie von Atomwaffen zu stationieren, neutralistischer als etwa der Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO? Das letzte war doch viel weitergehend. Ich sage nicht, daß der französische Schritt neutralistisch war. Ich sage nur, er war weitergehend als das, was bei uns von den meisten Protestlern gegen die Atomraketen diskutiert worden ist. Frankreich hatte dafür seine wohlwogenden Gründe, die ich hier nicht kritisieren möchte. Ich stelle nur fest, daß Frankreich damals gesagt hat, es könne die Entscheidung über die Existenz seines Landes, die mit der Entscheidung über einen Atomwaffeneinsatz verbunden ist, grundsätzlich keiner anderen Macht überlassen, und möge sie noch so befreundet sein. Die Schlußfolgerung Frankreichs war die Force de frappe und der Austritt aus der militärischen Integration der NATO.

Um zu einer differenzierteren Betrachtung zu kommen, sage ich jetzt: Wir beanspruchen nur die gleichen Maßstäbe der Beurteilung, wie sie Frankreich für sich beansprucht. Nur dann kommen wir zu einer Diskussion. Die Schlußfolgerungen, die wir ziehen, können nicht mit den französischen identisch sein, weil wir keine Atommacht sind und auch keine werden wollen. Das gilt auch für die anderen mitteleuropäischen WEU-Länder einschließlich Italiens. Wir wollen nur die gleichen Maßstäbe. Wenn wir diese erst einmal haben, dann haben wir vielleicht gegenseitig auch mehr Verständnis für andere Schlußfolgerungen, als es die französischen waren.

Das gleiche gilt für den Begriff **pazifistisch**. Klaas de Vries hat schon viel dazu gesagt. Sind alle 121 Länder, die nicht Atomwaffenstaaten sind und die den Non-proliferation-treaty unterzeichnet haben, deswegen pazifistische Länder, weil sie auf Atomwaffen verzichten? Ist McNamara, der von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa militärisch nichts hält, deswegen Pazifist? Sind alle diejenigen, die sich in den Friedensbewegungen große Sorgen darüber machen, daß in den letzten fünf Jahren zwischen 1980 und 1985 die weltweiten Rüstungsausgaben von 600 Milliarden Dollar auf 1000 Milliarden Dollar angestiegen sind, pazifistisch; wenn sie sich Sorgen machen, daß wir den dramatischsten Rüstungswettlauf mitten in Friedenszeiten haben, den es jemals in der Weltgeschichte gegeben hat, mit all den Konsequenzen für die Möglichkeiten, der wirtschaftlichen und der ökologischen Probleme Herr zu werden, die wir heute haben? Oder sind diejenigen pazifistisch, die der Meinung sind, daß die Selbstbedrohung durch Atomwaffen mitten in dichtbesiedelten Ländern reduziert werden muß?

Ich sage nur „die gleichen Maßstäbe“, weil es hier um Existenzentscheidungen geht und wir andere Wege gehen müssen, als es der französische Weg war und noch ist.

Eine grundsätzliche Schlußbemerkung. Den Widerspruch, den es zwischen dem Besitz von Atomwaffen und der Selbsterhaltung des eigenen Landes gibt, überwinden die atomaren Supermächte dadurch, daß sie Atomwaffen zunehmend aus dem eigenen Territorium hinausverlagern, auf jeden Fall nicht in dichtbesiedelten Gebieten stationieren. Dies ist im Laufe von zwei Jahrzehnten geschehen.

Auf dem Atomwaffensektor hat es eine Menge technologischer Veränderungen gegeben, die damit zusammenhängen: die Verlagerung der strategischen Potentiale auf U-Boote oder in Wüstengegenden oder die Entwicklung von zielgenauen Atomwaffensystemen, die aus einer Counter-city-Strategie einer Counter-force-Strategie machen können. Das sind alles Entwicklungen, die die territoriale Selbstzerstörungsgefahr reduzieren sollen. Keine Atommacht der Welt hat je daran gedacht — seitdem sie andere Möglichkeiten zur Verfügung haben —, in einem dichtbesiedelten Territorium des eigenen Landes Atomwaffen aufzustellen. Und hätte die französische Regierung in den 60er Jahren bereits die U-Boot-Technologie zur Verfügung gehabt, hätte es auch keine 18 Mittelstreckenraketen in den südlichen Alpen gegeben.

Aus dieser Erkenntnis sagen jetzt die mitteleuropäischen Länder, die alle dichtbesiedelt sind, selbstverständlich: Der Widerspruch zwischen Verteidigungsfähigkeit durch Atomwaffen und Selbsterhaltungsmöglichkeit kann nur dadurch reduziert werden, daß man die Atomwaffen in diesen dichtbesiedelten Ländern reduziert durch Veränderungen der eigenen Doktrin, durch Rüstungskontrollverhandlungen usw. Würde diese Frage in unseren Ländern nicht diskutiert werden, dann, sage ich, wären wir Heloten der Supermächte. Zur Selbstbehauptung Europas gehört es, auf Grund der Entwicklung, die stattgefunden hat, die gleichen Maßstäbe zu beanspruchen, die andere Länder für sich in Anspruch nehmen und daraus dann unsere speziellen europäischen Schlußfolgerungen zu ziehen. Dies wird nur möglich sein durch eine Doktrin, die in Richtung einer Entnuklearisierung geht und gleichzeitig die Sicherheit aufrechterhält.

Vielen Dank.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle immer wieder mit Vergnügen fest, daß gerade konservative britische Abgeordnete außerordentlich aufrichtig sind, wenn sie beispielsweise darauf hinweisen, daß ein Hauptgrund oder ein ganz wesentlicher Grund für ihr Eintreten für die westeuropäische Rüstungskooperation der Eigennutz ist, in dem Fall für den Wahlkreis oder für die Industrie in diesem Wahlkreis. Ich glaube, wenn wir von dieser Art Ehrlichkeit in der Politik noch mehr hätten, dann würden wir zu ganz grundlegenden Motiven des nächsten Rüstungsschubes kommen, der uns bevorsteht, der jetzt in Europa eingeleitet wird.

Lassen Sie mich jetzt auf die Erklärung kommen, die hier der deutsche Delegierte, Herr Dr. Müller, abgegeben hat. Herr Dr. Müller hat wieder einmal gesagt — ich meine, er hat eine sehr anachronistische, aber lehrreiche Formel benutzt —: *si vis pacem, para bellum*. Herr Dr. Müller, für mich war die Rede des italienischen Präsidenten Pertini das bemerkenswerteste Erlebnis dieser Inszenierung in Rom, die wir erlebt haben. Ich hoffe, Sie haben alle genauso intensiv zugehört wie bei den vorherigen Beratungen. Er hat nämlich gesagt: *si vis pacem, para pacem*. Ich meine, daß diese Formel mehr und mehr dem **Willen der europäischen Völker** entspricht. Mehr und mehr wollen die europäischen Völker von den erschreckenden und abschreckenden Formeln weg: Wenn du den Frieden willst, so bereite den Krieg vor, oder wenn du den Frieden willst, so sei abschreckend. Mehr und mehr wollen diese Völker von diesen Überrüstungen, von den atomaren Rüstungen, von den chemischen, biologischen Rüstungen, weg. Sie machen ihnen angst. Ich glaube, wir haben schon bei verschiedenen Gelegenheiten darüber gesprochen. Ich meine, es hätte auch diesem Bericht gut angestanden, wenn er auf diese Urängste in den Bevölkerungen Westeuropas stärker eingegangen wäre, und zwar nicht um sie für irgendwelche politischen Zwecke abzuschöpfen und zu mißbrauchen, sondern weil es ganz tief in unserem Innern unser aller Ängste sind. Es ist die Angst vor der Auslöschung sowohl der menschlichen Rasse als auch, um es religiös auszudrücken, der Schöpfung.

Wenn die Völker die Befreiung von dieser Angst wollen, dann wollen sie auch die Befreiung von dem Zerstörungspotential, das diese Angst wesentlich mit hervorruft. Ich meine aus diesem Grund, in dem Bericht von Rom ist von den notwendigen Anstrengungen viel zu wenig die Rede, die gerade dieses übergerüstete Europa machen müßte, um zur **Abrüstung** zu kommen.

Wenn der Berichterstatter genauer hingesehen hätte, wenn er die **Friedensbewegung** nicht nur vom Hörensagen kennen würde, sondern sich die Mühe gemacht hätte, sich ihr zuzuneigen, sie wirklich kennenzulernen, dann hätte er feststellen können — ich möchte das auch an die Adresse von Herrn Dr. Müller sagen —, daß am 12. Dezember 1979 ein ganz tiefer Konsensbruch stattgefunden hat, der in unserem Land am 23. November 1983 seine Bestätigung gefunden hat, als sich immerhin eine der großen Volksparteien der Zustimmung zur Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles verweigert hat.

Nun erleben wir seitdem die Suche nach einem neuen Konsens. Das kommt — Sie merken es, wenn Sie genau hinhören — in den römischen Erklärungen mehrfach zum Ausdruck, daß wir hier in dieser Versammlung zwar ein Parlament sein sollten, das Ideen entwickelt, diese an die Exekutive heranführt und die Exekutive vielleicht mit dem wirklichen Willen des Volkes in Einklang bringt, im übrigen aber dafür ausersehen sind, für das neue Konzept zunehmender konventioneller Rüstung in Europa den Konsens gewissermaßen nachträglich in unse-

ren Völkern herzustellen. Ich glaube, wir sollten am Mittwoch noch einmal darauf zu sprechen kommen, wenn wir die vertiefte Debatte führen; denn das kann nicht die Rolle des Parlamentes sein. Die Rolle des Parlamentes und auch die Rolle eines Berichterstatters in einer solchen Parlamentarischen Versammlung wäre es doch, das, was tief im Volk bohrt, was die Völker wirklich bewegt, hier zur Diskussion zu stellen und daraus dann Konzepte zu machen. Als Konzept hätte dabei nicht all das herauskommen dürfen, was er empfiehlt, nämlich das Festhalten an **Abschreckung** und das Übergehen zu mehr konventioneller Rüstung.

Noch einmal zu Herrn Dr. Müller. Herr Dr. Müller, ich hatte auch bei Ihnen gehofft, daß Sie etwas näher hinsehen, daß Sie sowohl diesen Konsensbruch als auch das, was in der Friedensbewegung wirklich vorgeht, konstatieren. Als einen Kritikpunkt haben Sie hier angebracht, die Friedensbewegung hätte sozusagen ständig mit dem Gedanken des Weltuntergangs gespielt, und nun, wo der Weltuntergang eingetreten sei, erlahme die Friedensbewegung. Wenn Leute sozusagen den Propheten gespielt und gesagt hätten, das passiere in den 80er Jahren oder morgen oder übermorgen, dann gäbe ich Ihnen recht, daß es ein Frevel gewesen wäre, die Menschen in dieser Weise zu beunruhigen. Es ist gesagt worden und es muß immer wieder gesagt werden, daß es die Politik auf Grund dieser ungeheuer gefährlichen Potentiale gar nicht mehr zuverlässig in der Hand hat, den Weltuntergang zu verhindern. Heute weist Frank Barneby in einem bundesdeutschen Magazin darauf hin, daß sich U-Boot-Kommandanten von atomwaffenbestückten U-Booten in einer bestimmten Krisen- oder Grenzsituation selbständig machen können, daß die Waffen losgeschickt werden, daß diese dann aus Versehen, aus Nervosität oder aus welchen Gründen auch immer zu einem irreversiblen Zustand führen können. Das ist eine realistische Beschreibung dieser Gefahr.

Herr Dr. Müller, Sie sagen — das sagen viele —, daß ständig von dieser Gefahr gesprochen wird, daß die Kriegsgefahr durch die Verdichtung der Stationierung in West und Ost und auch in Ländern der Dritten Welt immer mehr zunimmt, daß aber der Krieg nicht eingetreten sei, was ein Beweis dafür sei, daß die Gefahr übertrieben worden sei. Mit dieser Argumentation erinnern Sie mich an jemanden, der sagt: Es wird immer davon geredet, daß es zu einem Kesselbruch kommen kann, daß es zu einer Explosion kommen kann. Nun beobachte ich, daß die Temperatur des Wassers schon seit langer Zeit ansteigt — wir sind schon bei 95 Grad —, wobei es immer noch nicht zu dem Kesselbruch gekommen ist. Dabei wird der wesentliche Qualitätsunterschied übersehen, der bei 100 Grad eintritt. Ich glaube, dieses Problem muß etwas gründlicher untersucht werden, und genau dieses Problem, Herr Berichterstatter, hätte Ihnen etwas stärker in die Knochen fahren müssen. Dann wären sie nicht zur Bekräftigung der alten Lösungen gekommen, sondern dann hätten Sie anerkennen müssen, daß Ihre ganze Lebenserfahrung, die ich respektiere, die bei Ihnen zu solchen Ideen führt, daß die Abschreckung erhalten

bleiben müsse, daß diese ganze Lebenserfahrung revidiert, in einem neuen Licht gesehen werden muß, spätestens seit am 5. August 1945 und am 9. August 1945 erstmalig Atomwaffen über menschlichen Siedlungen explodiert sind.

Ich möchte es mir ersparen, das im einzelnen auszuführen, was leider aus Zeitgründen nicht möglich ist. Sie hängen unter anderem an der Lösung der Abschreckung und tun so, als sei diese Abschreckung im Volk verankert und als sei es der Wille des Volkes, an dieser Abschreckung festzuhalten. Lassen Sie sich aber sagen, daß der Abschreckung schon ein pädagogischer Kurzschluß zugrunde liegt; denn früher oder später muß man beweisen, daß man es ernst meint. Das kann man dann nur durch Taten tun; aber die Taten sind im Falle der atomaren Abschreckung so ungeheuerlich, daß sie eigentlich nicht zur Diskussion stehen sollten. Deshalb beruhigt man uns immer wieder, indem man sagt, es handle sich um politische Waffen. Aber auch die ständige Anspannung, der die Völker angesichts der Frage ausgesetzt sind, ob die Abschreckung aufrechtzuerhalten oder nicht aufrechtzuerhalten ist, was passiert, wenn die Abschreckung schief geht, was passiert, wenn wir also wirklich dem Untergang geweiht sind, Herr Berichterstatter und Herr Präsident, ist den Völkern auf die Dauer nicht zuzumuten, und deshalb ist mit der Abrüstung dieser Waffen zu beginnen. Es ist aber auch zu vermeiden, den Völkern die Angst sozusagen dazu abzukaufen, daß man in Europa eine neue konventionelle Rüstungsrunde einleitet.

Danke schön.

Abg. Gansel (SPD) begründet den Änderungsantrag, Ziffer 4 der nachstehenden Empfehlung 411 durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: „weiterhin nach einer Lösung für die Verhandlungen über atomare Mittelstreckenraketen zu suchen und dabei u. a. die Formel des „Waldspaziergangs“ in Betracht zu ziehen“.

Gansel (SPD): Herr Präsident! Der NATO-Doppelbeschluß wird zur Zeit durch die Stationierung von Pershing II und von Cruise Missiles vollzogen. Über diesen Beschluß haben wir in der Vergangenheit oft abgestimmt, in unseren nationalen Parlamenten und auch hier. Wenn man keinen Wert darauf legt, daß es in dieser Versammlung zu Kompromissen kommt, braucht man auch in Zukunft nur immer noch einmal über den NATO-Doppelbeschluß abzustimmen.

Deshalb plädiere ich dafür, nicht in die Vergangenheit zu sehen, sondern in die Zukunft. In der Zukunft finden wieder Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA statt. Es ist wichtig, daß die Europäer dabei darauf hinweisen, daß bei diesen Verhandlungen im Interesse unserer Sicherheit auch und vor allem über die **eurostrategischen Waffensysteme** verhandelt werden muß und daß auch unsere Regierungen oder unser Bündnis daran beteiligt sein muß.

Als eine mögliche Lösung kommt dabei das in Betracht, was 1982 schon einmal als „Walk in the

woods“-formula im Gespräch gewesen ist. Es würde bedeuten: Demolierung von einer Anzahl SS-20, weniger Cruise Missiles und keine Pershing II.

Um einen Einwand von Monsieur Lagorce vorzubeugen, möchte ich darauf hinweisen: Wer diese Formel vertritt, vertritt nicht etwa sowjetische Interessen. Es gab ja wohl auch Gründe, warum die Sowjetunion in der Vergangenheit nicht auf diese Formel eingegangen ist. Ich glaube, daß in dieser Versammlung überhaupt niemand sowjetische Interessen vertritt, und ich denke, daß das, was ich vorhin gehört habe, ein Übersetzungsfehler gewesen ist.

Das, was ich vorschlage, ist, so glaube ich, für uns eine Chance zum Kompromiß, eine Chance, zu Gemeinsamkeit zu kommen. Ich habe deshalb das vorgeschlagen, was die Nordatlantische Versammlung in Brüssel vor drei Wochen einstimmig — bei Enthaltung der französischen Delegation — beschlossen hat. Meinen Antrag, in dem auf den „Walk in the woods“ Bezug genommen wird, habe ich etwas weiter, etwas allgemeiner gefaßt, damit auch die Franzosen die Möglichkeit haben, nach allem, was bisher beschlossen worden ist, diesem Angebot zu folgen.

Wird auch dies abgelehnt, so halte ich es für ziemlich ausgeschlossen, daß der Antrag hier zusammen mit dem Bericht mit einer großen Mehrheit verabschiedet werden kann.

Danke sehr.

Dr. Freiherr Spies von Büllersheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Der Antrag des Kollegen Gansel hat zwei Teile. In seinem ersten Teil wird zunächst einmal der Vorsatz weggelassen, der da lautet, daß man an dem NATO-Doppelbeschluß festhalten solle und gleichzeitig verhandeln wolle. Herr Kollege Gansel, Sie hätten es sehr viel leichter gehabt, wenn Sie diesen Vorsatz — festhalten am NATO-Doppelbeschluß und dann verhandeln — auch in Ihren Antrag übernommen hätten, denn dann hätte man darüber sehr viel besser sprechen können.

Ich meine, daß die Vergangenheit erwiesen hat — das zeigt auch der Bericht in seinem ganzen Inhalt, und das zeigt die tatsächliche Entwicklung —, daß wir auf jeden Fall am NATO-Doppelbeschluß festhalten müssen und gleichzeitig verhandeln müssen, denn nur dann kommen wir zu einem Erfolg. Schon deshalb ist Ihr Antrag meiner Meinung nach abzulehnen.

Der zweite Teil Ihres Antrages zeigt den Willen, der auch im Bericht zum Ausdruck kommt, nämlich den Willen, gleichzeitig zu verhandeln; er wird nur im Hinblick auf den Waldspaziergang konkret.

Ich glaube, niemand hat etwas gegen das Konzept des Waldspaziergangs als solches, soweit es bekannt geworden ist. Das ist sicherlich ein Schritt, und es mag durchaus begrüßenswert sein, daß auf diesem Wege fortgefahren wird, aber ich glaube nicht, daß es Aufgabe dieser Versammlung ist, so

konkrete Vorschläge zu machen. Wir sollten es bei der allgemeinen Formulierung des Berichts belassen.

Der Antrag ist also meiner Meinung nach aus den beiden von mir dargestellten Gründen abzulehnen.

(Der Änderungsantrag wird abgelehnt.)

Empfehlung 411

betr. Abschreckung und der Wille des Volkes

Die Versammlung

- (i) verweist auf ihre Empfehlungen 383 und 388 und begrüßt deren positive Beantwortung durch den Rat;
- (ii) vertritt die Ansicht, daß die Furcht vor den verheerenden Auswirkungen jedes bewaffneten Konflikts in Europa noch immer eine wesentliche und berechtigte Sorge der Völker Europas ist;
- (iii) weist darauf hin, daß die Sicherheit Westeuropas nur durch Abschreckung gewährleistet wird, solange in der Abrüstung keine weiteren Fortschritte erzielt worden sind;
- (iv) unterstreicht jedoch, daß die Kernwaffen zwar ein wesentliches Mittel der Abschreckung darstellen, daß aber auch der entschlossene Wille der Regierungen und Nationen zur Verteidigung ihrer Freiheit in hohem Maße dazu beiträgt;
- (v) bedauert, daß der Mißerfolg der Genfer Konferenz und die anhaltende Dislozierung von nuklearen Mittelstreckenwaffen durch die Sowjetunion sowie die sowjetische Weigerung, Verhandlungen über diese Waffen auf einer angemessenen Grundlage zu führen, die Mitgliedsländer des Atlantischen Bündnisses gezwungen haben, in Westeuropa mit der Dislozierung von Flugkörpern mit vergleichbarer Reichweite entsprechend dem Doppelbeschluß vom Dezember 1979 zu beginnen;
- (vi) stellt fest, daß die Notwendigkeit, diesen Doppelbeschluß anzuwenden, von allen demokratisch ernannten Regierungen der WEU-Mitgliedsländer anerkannt worden ist;
- (vii) hofft, daß bald konstruktive Vorschläge gemacht werden, die die Eröffnung von Verhandlungen über die Begrenzung von Kernwaffen aller Art ermöglichen;
- (viii) weist darauf hin, daß die Sicherheit Westeuropas ein unteilbares Ganzes darstellt;
- (ix) bedauert, daß diese de facto-Solidarität nicht durch intensivere Konsultationen in außen- und verteidigungspolitischen Fragen zum Ausdruck kommt;
- (x) vertritt die Ansicht, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen den west- und osteuropäischen Ländern im Rahmen der KSZE für

die Abrüstungsverhandlungen von beträchtlichem Nutzen sein kann;

- (xi) vertritt die Auffassung, daß eine wirksame Abschreckung für die Sicherheit des Westens zwar derzeit immer noch unverzichtbar ist, daß diese aber auf längere Sicht nicht ohne eine radikale Veränderung des Lebensstandards in den Entwicklungsländern zu gewährleisten ist.

empfiehlt dem Rat

1. die europäische Öffentlichkeit weiterhin über die Gefahren, die der Welt drohen, über die Maßnahmen, die die europäischen Mitglieder des Atlantischen Bündnisses zu deren Abwehr ergreifen, und über die Art und den Umfang der in Europa dislozierten Waffen zu informieren;
2. den Zusammenhalt des Bündnisses und seiner europäischen Mitglieder durch die bestmögliche Nutzung der Organe der WEU und des Atlantischen Bündnisses zu zeigen;
3. die Standpunkte seiner Mitglieder aufeinander abzustimmen, vor allem hinsichtlich der Konsequenzen, die sich aus dem geänderten Brüsseler Vertrag für die Verteidigungspolitik der einzelnen Mitglieder und die Ausarbeitung einer gemeinsamen Position in der Frage der Rüstungsbegrenzung oder Abrüstung ergeben;
4. weiterhin den NATO-Doppelbeschluß von 1979 anzuwenden und gleichzeitig mit der Sowjetunion nach Mitteln und Wegen für Verhandlungen über eine ausgewogene und kontrollierte Abrüstung, insbesondere im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen, zu suchen;
5. sich in geeignetem Rahmen um die Entwicklung aller möglichen Arten des Austauschs zwischen Westeuropa und den osteuropäischen Ländern, einschließlich der Sowjetunion, zu bemühen;
6. sein Möglichstes zu tun, um den Erfolg der laufenden Abrüstungsverhandlungen zu fördern, die Eröffnung weiterer Verhandlungen über die Begrenzung nuklearer Flugkörper jeder Reichweite und über das Verbot der Nutzung des Weltraumes für militärische Zwecke anzuregen und den Nord-Süd-Dialog zu entwickeln.

Tagesordnungspunkt:

Konsequenzen des Golf-Krieges

(Drucksache 994)

Berichterstatter: Abg. Blaauw (Niederlande)

(Themen: Die militärische Lage — wirtschaftliche Folgen — politische Folgen in der muslimischen Welt — das weltpolitische Gleichgewicht — militärische Konsequenzen)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine lieben Kollegen! Warum beschäftigen wir uns mit einem

Konflikt, der eigentlich weit ab von Europa liegt? Wir beschäftigen uns damit, weil wir der Meinung sind, daß ein derartiger Konflikt, der dort seit Jahren unter großen Blutopfern abläuft, die Gefahr beinhaltet, an einer sehr gefährlichen Stelle der Welt Ausweitungen zu erfahren. Dies ist richtig, denn diese Ecke der Welt kann durchaus eine Wetterzone genannt werden.

Im Grunde genommen geht der Konflikt auf das auslaufende 19. Jahrhundert zurück, wo der kranke Mann am Bosphorus — der heutige Irak war ein Teil davon —, bereits damals anzeigte, welche Schwierigkeiten in diesem Raum entstehen konnten. Das Interesse europäischer Staaten war auch im 19. Jahrhundert mit großer Aufmerksamkeit auf diesen Raum gerichtet. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur erwähnen, daß in dem berühmten geheimen Zusatzabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, dem Hitler-Stalin-Pakt, dieser Bereich in die Interessenzzone der Sowjetunion abgegeben wurde. Gerade unter diesen Aspekten ist es für eine Organisation wie die WEU, die sich mit Verteidigungsfragen in Europa beschäftigt, von ganz großem Interesse, Frieden herbeizuführen.

Darüber kann man leicht reden; in der Praxis ist das schwer erfüllbar, wie wir wissen. Wir wissen, daß der unmittelbare Konflikt nicht aus heiterem Himmel gekommen ist. Er war mehr eine Reaktion des Irak auf eine Expansionspolitik, die vom Schah und seinem Vater geführt worden ist und die gerade im Raum des Schatt-el-Arab zu Annektionen geführt hat. Als man dann nach dem Sturz des Schah-Regimes glaubte, Gelegenheit zu haben, einiges zu korrigieren, brach dieser Krieg aus, der bisher ungeheuere Opfer forderte und in dem — da möchte ich ausdrücklich das unterstreichen, was der Berichterstatter sagte — vielfach Verstöße gegen das Haager Landkriegsrecht und gegen die Menschenrechte zu verzeichnen waren. Das gilt nicht nur für den Einsatz von Kindern, nicht nur für den Einsatz von bestimmten Waffen und die Behandlung der Kriegsgefangenen, sondern in dem Zusammenhang sind noch mehr Aspekte zu nennen.

Wir müssen daran interessiert sein — ich sage es noch einmal —, diesen Krieg zu einem Ende zu bringen, der, womit ich dem Kollegen Beix beipflichten möchte, der vor mir gesprochen hat, wohl nur darauf hinauslaufen kann, daß ein Friede zu Status-quo-Bedingungen ausgehandelt wird, daß also keiner den anderen entscheidend besiegt und somit nur die Grundlage für neue Konflikte in diesem Raum gelegt wird.

Ich persönlich bin der Meinung, daß dies wahrscheinlich erst dann möglich sein wird, wenn die charismatische Gestalt im Iran, Khomeini, nicht mehr die Führung in diesem Land haben wird, und es gibt alle Anzeichen, daß es dann zu einer Lösung kommen könnte. Ich darf hier nur darauf verweisen, daß die iranische Opposition im Exil, die Volksmudschahedin, ein schriftliches Abkommen mit der Regierung im Irak getroffen hat, daß sie bei einem Regierungswechsel im Iran sofort und umgekehrt

der Irak zu einer Aufnahme von Friedensverhandlungen bereit wären.

Man kann also nur hoffen, daß der Rückfall in das Mittelalter, wenn ich in diesem Raum einmal so formulieren darf, der uns auch unter Menschenrechtsaspekten, die uns im Europarat viel mehr als hier beschäftigen, was uns vor allem im Iran viele Sorgen macht, möglichst bald beendet wird. Das läge im Interesse der unmittelbar betroffenen Völker, es läge im Interesse des Weltfriedens, und es läge auch im Interesse der Sicherheit der Mitgliedsländer der WEU.

Dr. Freiherr Spies von Büllersheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr schade, daß dieser Bericht von Herrn Blaauw infolge der Änderung der Tagesordnung dieser Versammlung heute am späten Abend mit wenigen Zuhörern behandelt werden muß, obwohl der Bericht deswegen bedeutsam ist, weil er so viele Lehren gibt. Er zeigt z. B. auf, wie eine Ideologie als solche zum Kriege führen kann, wie sie einen Krieg intensivieren, radikalisisieren kann und wie es, wenn eine Ideologie im Spiel ist, besonders schwer ist, einen Krieg zu beenden.

Der Krieg Iran/Irak gibt eine weitere Lehre, nämlich die, daß es sehr leicht zu einem Kriege kommt, wenn sich Kräfteverhältnisse in einem Raum verändern, wenn sich tatsächliche oder scheinbare Leerräume oder Machtvakuen ergeben.

Dieser Krieg ist natürlich auch ein trauriges Beispiel dafür, wie Kriege sich radikalisisieren können und wie im Krieg dann die Grundregeln des Völkerrechts nicht mehr beachtet werden.

Der Bericht führt das in vorsichtiger Form aus. Er nimmt nicht Partei für die eine oder andere Seite. Von der einen Seite haben wir Informationen über die Mißhandlung von Kriegsgefangenen bekommen — teilweise bestätigt durch das Rote Kreuz —, von der anderen Seite haben wir Informationen über den Gebrauch von chemischen Waffen bekommen — auch hier wiederum eine weitgehende Klärung durch das Rote Kreuz, eigentlich eine Bestätigung, aber schließlich doch keine endgültige Bestätigung. Das sind furchtbare Geschehnisse. Diese Entwicklungen zeigen, wie ein Krieg eskalieren kann.

Diese Lehren, die ich hier genannt habe, und weitere sind für die Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union bedeutsam. Deswegen war es richtig, daß unser Ausschuß den Herrn Berichterstatter beauftragt hat, diesen Bericht zu erstellen. Er führt uns das alles noch einmal eindringlich vor Augen.

Die Frage, ob wir in Europa von diesem Krieg wirtschaftlich betroffen werden könnten, ist heute nicht mehr so bedeutsam wie vor vier Jahren. Auch das führt der Bericht aus. Vor vier Jahren, als der Krieg begann, hatte man die Befürchtung, wir könnten Schwierigkeiten mit unserer Ölversorgung bekommen. Inzwischen wissen wir, daß diese Furcht, wenn die Ölversorgung von Iran und Irak aus sich weiter mindern oder ganz ausfallen sollte, nicht mehr berechtigt ist, weil wir in Europa inzwischen

— nicht nur durch die Nutzung der Erdölvorkommen in der Nordsee, sondern auch durch viele andere Bezugsquellen sowie durch Einsparung — von diesem Öl aus Iran und Irak nicht mehr abhängig sind.

Aber wir müssen natürlich die Gefahr sehen, daß eine Schließung der Straße von Hormuz für uns langfristig nicht ohne Folgen auch bei der Ölversorgung bleiben würde. Darin liegt auch eine ganz besondere politische Gefahr; denn eine Schließung der Straße von Hormuz könnte auch dazu führen, daß dieser Krieg sich ausweitete.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit einer letzten Bemerkung möchte ich etwas hervorheben, was der Bericht bereits deutlich macht. Soweit man das absehen kann, kann dieser Krieg von keiner Seite mehr gewonnen werden. Er kann nicht mehr gewonnen werden vom Iran mit seiner viel größeren Bevölkerungszahl wegen der Stärke, der zunehmenden Stärke der Bewaffnung des Irak. Aber er kann auch nicht mehr gewonnen werden vom Irak. Am Ablauf des Krieges sehen wir, daß der Irak wohl erkennt, daß die Kriegsziele, die er ursprünglich mit dem Krieg verband, nie mehr erreichbar sind, und daß er sich deswegen mehr und mehr auf eine defensive Strategie verläßt und nur noch die Defensive ausbaut.

Ich glaube, wir haben jetzt diese Situation: ein sinnloser Krieg — jeder Krieg ist sinnlos, aber dies ist ein vielleicht besonders sinnloser Krieg —, ein Krieg, der in den letzten vier Jahren zu erheblichen Blutopfern geführt hat, ein Krieg, den schließlich keine Seite mehr gewinnen kann.

Wir sollten alles tun — das sagt die Empfehlung an die Mitgliedsländer der WEU —, um ihn möglichst schnell zu beenden. Dabei sollte auch die Empfehlung eine Rolle spielen, daß unsere Mitgliedstaaten in ihren Waffenlieferungen an die beiden kriegführenden Staaten noch zurückhaltender sein sollten als in der Vergangenheit. Sie sollten sich kurzschließen und sich gemeinsam abstimmen, ob es nicht auch durch eine Verminderung der Waffenlieferungen in diese Spannungsgebiete einen zusätzlichen Weg gibt, zu einer schnelleren Beendigung dieses Krieges zu kommen.

Vielen Dank.

Gansel (SPD): Herr Präsident! Der Bericht von Herrn Blaauw ist sehr lesenswert und bemüht sich um große Unparteilichkeit. Dennoch hätte ich eine Menge Ergänzungen und Änderungen dazu vorzuschlagen, vielleicht deshalb, weil ich sowohl im Irak wie auch im Iran in den vergangenen Jahren gewesen bin und weil ich fast alle wichtigen Politiker im Iran und im Irak getroffen habe. Ich bedauere eigentlich, daß so wenige Politiker aus dem Westen die Chance genutzt haben, sich in diesem Bereich der Welt vor Ort davon zu überzeugen, wie die Situation ist. Unsere Sicht wäre dann etwas anders.

Ich möchte fünf konkrete Anmerkungen machen:

Erstens. Ich bin der Meinung, daß man deutlich hätte sagen müssen, daß der Irak den Krieg begon-

nen hat. Wenn wir aufhören, einen Aggressor einen Aggressor zu nennen, dürfen wir uns nicht wundern, wie wenig Verbindlichkeit das Völkerrecht noch hat. Natürlich hat der Irak Gründe für seinen Angriff gehabt, aber diese Gründe darf man nicht legitimieren, wenn man nicht überhaupt dem Recht auf einen Präventivkrieg das Wort reden will, und das kann doch wohl ernstlich niemand wollen.

Zweitens. Wir hätten auch deutlicher sagen müssen, daß der Iran, als er nach seinen militärischen Erfolgen die Grenze zum Irak überschritten hat, von einem Verteidiger zu einem Angreifer geworden ist. Wir hätten dazu auffordern können, daß sich der Iran auf die Grenze zurückzieht, um damit auch das Klima für Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungen zu verbessern. Aber wir müssen wohl auch erkennen, daß der Iran gewisse Sicherheiten braucht, daß das irakische Regime nicht den Versuch wiederholt, alte Rechnungen zu begleichen.

Drittens. In diesem Krieg wie in anderen Kriegen hat es Verstöße gegen das Kriegs-Völkerrecht gegeben. Aber in diesem Krieg hat es etwas Besonderes gegeben, was es in dieser Form noch nicht gegeben hatte, nämlich den Einsatz von chemischen Waffen, die verboten und geächtet sind. Wie sollen wir diesem Verbot in Zukunft noch Geltung verschaffen, wenn wir darüber — aus welchen Gründen auch immer — hinweggehen, indem wir sagen: Alle Seiten haben gegen das Völkerrecht verstoßen. Hier liegt ein ganz besonderer Verstoß vor, und das hätten wir deutlicher sagen müssen.

Viertens. Wir hätten in der Empfehlung auch nicht verschweigen dürfen — in dem Bericht ist es erwähnt —, daß die **Waffenlieferungen** an die Kriegführenden zu einem großen Teil aus Mitgliedstaaten der WEU kommen und daß es Waffen sind, die in der WEU bzw. in der NATO in Kooperation nicht dafür hergestellt worden sind, daß am Golf damit Menschen getötet werden, sondern dafür, daß unsere Sicherheit im Bündnis durch Abschreckung gewährleistet wird.

Es ist eine Schande, daß Iraner und Iraker, aber auch türkische und britische und deutsche Seeleute am Golf sterben — durch Waffen aus französischer Produktion, die einen deutschen Zünder haben. Es ist eine Schande, daß — neben der Sowjetunion — einer der Hauptlieferanten von Waffen an den Irak Frankreich ist. Es wäre eine Schande, wenn die Bundesrepublik Deutschland in der jetzigen Situation beschließen würde, den Bau von U-Booten für den Iran zu genehmigen.

Fünftens. Der Kollege Attkinson hat gesagt, es gebe eine Widerstandsbewegung im Iran, und man müsse sie unterstützen, wenn man das Regime Khomeinis beseitigen wolle. Ich kann vor dieser Sicht nur warnen. Ich habe einige von denen gekannt, die bei Bombenattentaten der iranischen Opposition umgekommen sind, und vielleicht kann ich deshalb besser nachempfinden, wie fließend der Übergang zwischen Widerstand und Terrorismus ist.

Ich glaube nicht, daß der britische Kollege diejenigen als Widerstandskämpfer anerkennen würde,

die in Brighton die Bombe gezündet haben, um das britische Kabinett zu erledigen. Ich kann nur davor warnen, zu versuchen, die Regierung eines anderen Staates auf diese Art und Weise zu erledigen. Wenn das Methode wird, dürfen wir uns nicht wundern, wenn der Terrorismus gegen unsere Länder, gegen unsere Regierungen und gegen die Menschen in unseren Ländern zurückschlägt. Es ist eine Menge Heuchelei dabei, wie wir im Westen das beurteilen, was im Orient geschieht. Es wird uns viel kosten. Es kostet uns schon jetzt viel Glaubwürdigkeit in diesen Ländern.

Danke sehr, Herr Präsident.

Abg. Gansel (SPD) wendet sich gegen einen Änderungsantrag zur nachstehenden Empfehlung 412, demzufolge dem Rat der WEU empfohlen wird, sich für die Entschließung 540 der Vereinten Nationen betr. die Ausweitung des Krieges im Golf einzusetzen und die Anwendung besonders verwerflicher Waffen zu verurteilen.

Abg. Gansel (SPD): Ich möchte gegen den Änderungsantrag sprechen. Meiner Ansicht nach ist der Iran kein Vorbild für humanitäre Ideale oder die Achtung des Völkerrechts; doch es ist sicher, daß der **Irak** mit der Bombardierung von Städten begonnen hat; mit „verwerflichen“ Waffen ist der Einsatz chemischer Waffen durch den Irak oder französischer Exocet-Raketen gemeint. Wir verhalten uns falsch, wenn wir nicht sagen, was wir meinen. So lange wir das nicht tun, hat es keinen Sinn, sich auf Änderungsanträge zu einigen, die beiden Seiten die Schuld zuschieben. Deshalb habe ich gegen den Änderungsantrag gesprochen.

Empfehlung 412

betr. die Konsequenzen des Golfkriegs

Die Versammlung

- (i) vertritt die Auffassung, daß der Krieg zwischen Iran und Irak eine ernsthafte Bedrohung des Friedens im gesamten Raum des Nahen und Mittleren Ostens darstellt;
- (ii) vertritt die Auffassung, daß ein entscheidender Sieg einer der beiden kriegführenden Staaten ernste Gefahren für die Stabilität der Region mit sich brächte;
- (iii) stellt fest, daß keine außerhalb des Raumes existierende Einzelmacht in der Lage zu sein scheint, einen entscheidenden, den Frieden fördernden Einfluß auszuüben;
- (iv) ist jedoch der Ansicht, daß die Waffenlieferungen einiger dieser Mächte an die kriegführenden Staaten zu einer Verlängerung des Konflikts beitragen können;
- (v) stellt fest, daß die beiden kriegführenden Staaten bereits mehrmals in ernster Weise gegen das Kriegs-Völkerrecht verstoßen haben;
- (vi) befürchtet, daß als Begleiterscheinung oder Folge des Konflikts der internationale Terrorismus in verschärfter Form wieder auflebt;

(vii) ist der Ansicht, daß die Versorgung Europas zwar noch nicht ernsthaft gefährdet ist, daß eine Intensivierung der Feindseligkeiten jedoch den Erdölmarkt stören und somit die Sicherheit Westeuropas beeinträchtigen könnte, womit auch im Falle einer Internationalisierung des Konflikts zu rechnen ist;

empfiehlt dem Rat,

1. jede Initiative seitens der Vereinten Nationen, der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens oder anderer Staaten zur Wiederherstellung des Friedens zwischen Iran und Irak uneingeschränkt zu unterstützen und seinen amtierenden Vorsitzenden zu beauftragen, alles in seiner Macht Stehende zur Förderung einer solchen Initiative zu tun;
2. ein Abkommen zwischen den Mitgliedsländern und allen waffenexportierenden Ländern anzustreben mit dem Ziel, die Waffenlieferungen an die kriegführenden Staaten zu verringern;
3. allen humanitären Organisationen, die sich mit dem Schicksal von Kriegsgefangenen befassen, insbesondere dem Internationalen Roten Kreuz, seine Unterstützung zu gewähren;
4. ein Höchstmaß an Informationen über angebliche Verletzungen des Kriegs-Völkerrechts durch die kriegführenden Parteien zusammenzutragen und jedesmal, wenn solche Verletzungen nachgewiesen werden, in schärfster Form bei ihnen zu protestieren;
5. die Maßnahmen vorzusehen, die die Mitgliedsländer gemeinsam ergreifen müßten, falls es zu einer Ausweitung terroristischer Praktiken sowohl im Nahen und Mittleren Osten als auch in Westeuropa kommt;
6. eine Studie über die Lehren anfertigen zu lassen, die Europa für seine eigene Sicherheit aus dem Golfkrieg ziehen kann;
7. die Mitgliedsländer darin zu bestärken, umfangreiche Erdölvorräte zu unterhalten und ihre im Jahre 1973 begonnenen Bemühungen um eine Diversifizierung ihrer Energiequellen fortzusetzen.

Tagesordnungspunkt:

Die militärische Nutzung des Weltraums (Teil II)

(Drucksache 993)

Berichterstatter: Abg. Wilkinson (Großbritannien)

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der umfassende und ausgezeichnete Bericht des Kollegen Wilkinson gibt in seinem zweiten Teil eine gute Übersicht über das **Engagement der Vereinigten Staaten im Weltraum**, über strategische Überlegungen in den Vereinigten Staaten, ob sie nun High Frontier, Star Wars oder United States Strategic Defense Initiative — SDI —

genannt werden. All dies sind nur unterschiedliche Bezeichnungen, Namen für die gleichen Überlegungen. Sie stehen für Überlegungen, die Strategie der Mutual Assured Destruction — MAD — durch ein Abwehrsystem gegen sowjetische Raketen, das noch entwickelt werden muß bzw. sich bereits in der Entwicklung befindet, abzulösen.

MAD soll also durch eine Strategie ersetzt werden, die Assured Survival genannt wird, durch eine Strategie, die im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung mehr Sicherheit für das eigene Volk und das eigene Territorium bieten soll und die letztlich — nach Meinung des Berichterstatters — die Abschreckung verstärkt.

Nicht unerwähnt dürfen in diesem Zusammenhang beispielsweise die hohen Forschungsaufwendungen für SDI bleiben, die nach der National Security Decision Directive 119 vom 6. Januar 1984 vorläufig mit 2 Milliarden Dollar im Jahre 1985 und bis 1989 mit 26 Milliarden Dollar beziffert werden.

Ich vermisse grundsätzlich eine kritische Bewertung durch den Berichterstatter. Ich habe — besonders wenn man das alles vor diesem Hintergrund reflektiert — das Gefühl, daß hier jemand einen Bericht vorgelegt hat, der von den technischen Möglichkeiten fasziniert ist, es aber nicht als seinen Auftrag angesehen hat, darüber hinauszudenken.

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Bericht des Kollegen Wilkinson ist seine Annahme, daß ein Verteidigungssystem gegen interkontinentale Flugkörper unzweifelhaft den Zusammenhalt der NATO stärkt, da die geringere Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten durch die UdSSR gleichzeitig die Bereitschaft in den USA fördert, Europa zu verteidigen. Das ist eine sehr problematische Annahme, die nach meiner Ansicht kaum belegbar ist.

Ein nicht unwichtiger Aspekt ist die Feststellung, daß eine erhebliche Steigerung der Forschungsaktivitäten im Weltraum zu erwarten ist, wobei natürlich Forschungen, die der zivilen Nutzung des Weltraums dienen, auch für militärische Nutzung angewendet werden können; jedenfalls kann das nicht ausgeschlossen werden. Der Hinweis, daß es dabei den einzelnen Staaten obliegt, zu entscheiden, wie sie ihr Know-how und ihre Hardware einsetzen wollen, wird die Verantwortung jedes einzelnen sichtbar machen, aber eines ist dabei nicht klar: ob derjenige, der eine geistige Leistung ermöglicht, letztlich auch darüber befinden kann, wie sie angewendet wird.

Wenn der Bericht beispielsweise die Funktion hat, die Aufmerksamkeit der Staaten der WEU, ja, ganz Europas, auf die Implikationen einer militärischen Nutzung des Weltraums zu lenken, dann ist, so meine ich, dieser Bericht wertvoll, indem er nämlich einerseits Begründungen für die militärische Nutzung liefert und andererseits darauf hinweist, daß die **militärische Nutzung des Weltraums** für uns Europäer noch nicht erkannte Gefahren bewirkt, die sicherlich als destabilisierend für ein europäisches Sicherheitssystem gedeutet werden müssen.

Ich verkenne dabei nicht, daß die Nutzung des Weltraums zunehmend in den Blickpunkt politischer, strategischer und wirtschaftspolitischer Überlegungen geraten ist. Der Kosmos ist in vielfacher Hinsicht eine unerschöpfliche Quelle für den Fortschritt der Menschheit. Meteorologische Vorhersage, geologische Erkundung der Erdbeschaffenheit, Erkennung drohender Naturkatastrophen, medizinische und pharmazeutische Experimente und Sicherung weltweiter Kommunikation sind erst durch die Weltraumforschung in einer nicht erwarteten Präzision möglich geworden.

Wir Europäer können auf diesen Feldern nicht abseits stehen und müssen mit unserem wissenschaftlichen und technologischen Potential unseren Beitrag zur Nutzung — zur friedlichen Nutzung — des Weltraums leisten.

Auch dies ist heute Realität, und diese Realität will ich nicht verkennen: 1983 halten die USA nach verlässlichen Quellen im Durchschnitt 94 militärische und zivile Nachrichtensatelliten in einer Erdumlaufbahn. Die Sowjetunion hat ungefähr 90 Satelliten im Einsatz, die wahrscheinlich auch in erster Linie militärischen Zwecken dienen. Die Bedeutung dieser Satelliten ergibt sich aus ihren Einsatzmöglichkeiten wie: Frühwarnung vor einem atomaren Angriff durch Raketen, Fotoaufklärung zur Erfassung von militärischen Aktivitäten, elektronische Aufklärung und Überwachung, Navigationshilfen, Ermöglichen weltumspannender Kommando-, Kontroll-, Kommunikations- und Aufklärungssysteme zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit aller Streitkräfte, Verbesserung der Raketenlenksysteme in bezug auf Punktzielgenauigkeit.

Fachleute messen diesen Satelliten, die sich in Umlaufbahnen zwischen 100 und 36 000 km Höhe befinden, eine maßgebliche Bedeutung im Rahmen der nuklearen Abschreckung zu.

Auch folgendes ist zu bedenken: Die Möglichkeit der Zerstörung dieser Satellitenkomponente mit der ASAT-Technologie trägt nicht zur Stabilisierung bei, sondern verändert jede Annahme eines militärischen Gleichgewichts.

Im Bericht meines verehrten Kollegen Wilkinson wird auch darauf hingewiesen, daß eine militärische Überlegenheit nicht erreicht werden kann. Das ist nur zu unterstreichen. Die bisherige Geschichte des Wettrüstens belegt es übrigens. Die destabilisierende Wirkung eines Wettrüstens im Weltall ist insofern nicht zu übersehen.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident, lassen Sie mich zum Schluß noch erklären: Wir Sozialdemokraten wenden uns grundsätzlich gegen jegliche militärische Nutzung des Weltraums. Dabei bin ich mir allerdings dessen bewußt, daß ein Staat oder eine Staatengemeinschaft im nächsten Jahrhundert wohl nur dann eine wirtschaftliche und politische Spitzenstellung haben kann, wenn er oder sie in der Lage sind, die Weltraumtechnologie zu nutzen.

Grundsätzlich möchte ich sagen: Keine Unterstützung vermag ich Tätigkeiten der WEU zu geben,

deren Hauptziel darauf gerichtet ist, die Westeuropäische Union als ein Zentrum zur Zusammenfassung militärischer Raumfahrtprogramme zu installieren, auch wenn hier der defensive Charakter aller Ansätze betont wird.

Für uns Sozialdemokraten kann ich nur sagen: Wir halten es wirklich für erwägenswert, diesen Bericht an den zuständigen Ausschuß zurückzuüberweisen, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, daß ein Bericht dieser Komplexität nach der breiten Diskussion, die hier angefacht worden ist, einer Überarbeitung bedarf. Wir behalten uns vor, am Ende dieser Debatte dementsprechende Anträge zu stellen.

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Juni haben wir — auch auf der Grundlage eines Berichts unseres Kollegen Wilkinson — einen, wenn ich mich recht erinnere, einstimmigen Beschluß gefaßt, um hier eine gemeinsame europäische Position für die Frage der zivilen und der friedlichen Nutzung des Weltraums zu verabschieden und gleichzeitig deutlich zu machen, welche Sorgen wir gegenüber Formen einer aktiven militärischen Nutzung haben.

Wir haben uns im Juni für einen Vertrag zur Begrenzung der Weltraumrüstung eingesetzt. Wir haben uns für die Verhinderung der **militärischen Nutzung des Weltraums** durch die Entwicklung offensiver Waffensysteme eingesetzt. Wir waren für eine detaillierte Analyse durch das Standing Armament Committee über die Konsequenzen einer militärischen Nutzung des Weltraums für die europäische Verteidigung, um die ganzen Gefahren und Probleme, die damit verbunden sind, näher zu erörtern. Wir haben uns für eine Studie der Agency for the Control of Armaments eingesetzt, um hier die Möglichkeit einer Internationalen Satellitenagentur für Europa zu erörtern. Es gab Änderungsanträge, unter anderem den des Kollegen Hardy, der noch einmal die Notwendigkeit hervorgehoben hat, sich auf die zivile und friedliche Nutzung zu beschränken. Darüber hinaus gab es einen Änderungsantrag der Kollegen Tummers und Garrett, ein Symposium über die militärische Nutzung des Weltraums zu veranstalten, um dort all die Probleme noch einmal zu erörtern.

Wenn wir uns die Schlußfolgerung, die wir damals gezogen haben, betrachten und sie mit den jetzigen Empfehlungen im Bericht des Kollegen Wilkinson vergleichen, müssen wir leider feststellen, daß die damalige Vereinbarung, die wir untereinander getroffen haben — nämlich einen Pfad für die zivile und friedliche Nutzung des Weltraums von europäischer Seite aus zu ebnen und die einzelnen Elemente dafür aufzuzeigen —, jetzt verlassen worden ist. Ich befürchte, wenn wir die jetzige Empfehlung annehmen, schließen wir uns im Grunde einfach an den Zug der **Weltraumrüstung** an, wie er angefahren ist und wie er weiter vorangetrieben wird.

Im jetzigen Bericht wird von der Harmonisierung der industriellen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Nutzung gesprochen. Es wird von den Aussichten eines wirksamen im Weltraum sta-

tionierten Verteidigungssystems gegen ballistische Flugkörper gesprochen. Es wird eine einheitliche westeuropäische Politik im Bereich der militärischen Nutzung des Weltraums gefordert. Industrielle, technische und strategische Gründe für ein erweitertes europäisches Raumforschungsprogramm werden angeführt. Außerdem spricht Herr Wilkinson von den Möglichkeiten, über eine Weltraumrüstung Risiken für einen Erstschatz zu verhindern und die Abschreckung zu verbessern.

Es tut mir leid, das, was jetzt beschlossen werden soll, steht im Widerspruch zu dem, was wir einvernehmlich, auch mit meiner Unterstützung, im Juni beschlossen haben. Es steht im Widerspruch zu den offiziellen Erklärungen der westeuropäischen Regierungen. Es steht auch im Widerspruch zu meiner Bundesregierung. Dies sage ich, obwohl ich nicht einer Partei angehöre, die unsere Bundesregierung trägt, sondern der Opposition in meinem Land angehöre. Wir können nicht das, was wir im Juni ernst genommen haben, jetzt einfach umwerfen.

Ich bitte deshalb darum und ermahne eindringlich, jetzt nicht Bezugspunkte für diejenigen in den Vereinigten Staaten zu schaffen, die im Grunde von uns eine Beteiligung an der Weltraumrüstung, natürlich auch eine Kostenbeteiligung, verlangen. Damit würden wir uns auf einen falschen Weg begeben.

Ich sehe keine Erklärung einer westeuropäischen Regierung, die mit diesen Empfehlungen jetzt übereinstimmt, weil in diesen Empfehlungen jetzt keine Bremse gegen diese verhängnisvolle Weltraumrüstung mehr enthalten ist. Damit würde jetzt ein falscher Weg begangen; denn er ist strategisch naiv. Wenn Satellitenbekämpfungssysteme ausgebaut werden, stellt dies einen eklatanten Schritt zur **Mißtrauensbildung** im Ost-West-Verhältnis dar, und dies muß automatisch destabilisierende Konsequenzen haben. Deswegen müssen Schritte Vorrang haben, die einen solchen Weg einer Weltraumrüstung durch vertragliche Vereinbarungen verhindern.

Wenn ein System der Raketenabwehr aus dem Weltraum aufgebaut wird, bedeutet das doch nicht, daß die Abschreckung verbessert wird. Da den Kontrahenten jeweils Tausende von Angriffsraketen zur Verfügung stehen, würde es eine nicht auszumalende Kostensumme ausmachen, wenn wir gegen alle diese Tausenden von Angriffsraketen Abwehrsysteme einführen wollten. Eine hundertprozentige Sicherung gibt es nicht; sie würde jede Seite Billionen Dollar kosten. Und wenn von den Tausenden von Angriffsraketen, die jede Seite zur Verfügung hat, auch nur 5 % durchkommen, ist die wechselseitige Zerstörung immer noch möglich.

Deswegen gibt es aus Verantwortungsgründen wirklich nur den Weg, unseren europäischen Beitrag dazu zu leisten, daß die Weltraumnutzung friedlich bleibt und daß wir passive militärische Nutzung betreiben in dem Sinne, daß wir — auch aus unserem Interesse — Satellitenaufklärung versuchen, aber eben keine aktive militärische Nut-

zung. Lassen sie uns bitte den im Juni eingeschlagenen Weg weitergehen.

Ich bitte deshalb auch den Kollegen Wilkinson darum, zu akzeptieren, daß wir die jetzige Empfehlung noch einmal beraten, indem wir sie zurücküberweisen.

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich dem Kollegen Wilkinson sehr herzlich für seinen Bericht danken. Ich kann diesem Bericht nicht wie mein Vorredner irgendeine Begeisterung für die strategischen Möglichkeiten der militärischen Nutzung des Weltraums entnehmen, sondern ich glaube, daß dieser Bericht auch insofern eine ganz objektive Darstellung der Gegebenheiten gibt, als man die Möglichkeiten und Gefahren **militärischer Nutzung des Weltraums** noch nicht absehen kann, weshalb man auch noch nicht absehen kann, welche Konsequenzen sich für die übrigen Waffensysteme, für die konventionellen Waffensysteme etc., ergeben.

Ich glaube, uns allen vermittelt die Erkenntnis ein sehr ungutes Gefühl, daß neben dem Boden und dem Luftraum für die Flugzeuge in den vergangenen Jahren auch der Weltraum immer mehr in die militärischen Überlegungen einbezogen worden ist. Ich glaube, wir alle schätzen nicht die Idee, daß wir einen völlig neuen Gefahrenbereich haben, daß sich dort hinsichtlich der Notwendigkeit des militärischen Gleichgewichts eine neue Front eröffnet. Ich glaube, es dient auch in diesem Bereich nicht unserer Sicherheit, wenn wir einfach den Kopf in den Sand stecken und sagen: Wir wollen das nicht. Auch bei allen anderen Waffensystemen ist es so, daß es uns überhaupt nichts nutzt, den Kopf in den Sand zu stecken, was die Erfahrungen der Vergangenheit beweisen. Vielmehr vergrößern wir damit nur die Gefahren für uns. Wir haben die Waffen nicht etwa deswegen, weil wir sie anwenden wollen, sondern weil wir verhindern wollen, daß andere diese Waffen gegen uns nutzen.

Gestern hat ein Kollege hier gesagt, die Abschreckung sei unlogisch; denn wenn man Waffen habe, so liege in diesen automatisch die Gefahr. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, warum hat denn der übliche Polizeibeamte in unseren Ländern Waffen? Er hat sie nicht, um sie zu nutzen, sondern um sie bei der notwendigen Aufrechterhaltung der Ordnung nicht nutzen zu müssen. Warum haben wir Feuerlöscher? Nicht deswegen, weil wir das Feuer lieben, sondern um den Gefahren des Feuers begegnen zu können. Es ist also überhaupt nicht unlogisch, daß man selbst Waffen hat, selbst wenn man sie nicht benutzen will, sondern man braucht sie einfach wegen dieses schrecklichen Gleichgewichts.

Der Bericht empfiehlt, daß der **Ständige Rüstungsausschuß und das Rüstungskontrollamt der WEU** modernisiert werden sollten und sich in besonderer Weise auch mit den Möglichkeiten und Gefahren der Waffenentwicklung im Weltraum befassen sollten. Wir kommen da auf das Gebiet, das gerade diese Versammlung noch mehrfach beschäftigen wird, nämlich die Frage der Revitalisierung der

WEU. Ich möchte bei dieser Gelegenheit einmal sagen, daß mir in diesen Tagen mehrfach der Begriff „Entmumifizierung der WEU“ begegnet ist. Ich meine, wir Parlamentarier der WEU sollten diesen Begriff möglichst nicht verwenden, weil das auch eine Kritik gegenüber unserer eigenen Arbeit und gegenüber der WEU in den vergangenen Jahren enthält. Ich meine, wir sollten den Begriff „Entmumifizierung“ nicht benutzen und allenfalls von einer „Revitalisierung“, einer Umänderung, einer Einstellung der WEU auf die neuen Gegebenheiten sprechen. Ich glaube, da stellen sich uns als der parlamentarischen Versammlung der WEU auch eine Reihe von unangenehmen Aufgaben, denen wir uns aber unterziehen müssen. Wenn wir die WEU umgestalten und ihr weitere Aufgabenbereiche geben wollen, dann gehört dazu das Eingeständnis, daß wir noch Institutionen besitzen, die ihre Aufgaben erfüllt haben. Die damals vor fast 30 Jahren geschaffene Institution der Rüstungskontrolle hat heute tatsächlich keine Aufgabe mehr, und wir sollten den Mut haben, das auch untereinander einzugestehen und diese Institution tatsächlich gründlich umgestalten. Das bedeutet auch, daß wir personelle Konsequenzen ziehen müssen. Dazu müssen wir den Mut haben, weil wir alle in unseren Staaten gewissen Haushaltszwängen unterliegen und wir nicht die Möglichkeit haben werden, über erhebliche neue Mittel für die Revitalisierung zu verfügen. Deswegen müssen wir, glaube ich, mit einem scharfen Messer, einem scharfen Verstand und auch mit dem Mut, unbequeme Entscheidungen treffen zu müssen, die gegebenen Institutionen der WEU überprüfen, damit sie den neuen Herausforderungen gewachsen sind, damit sie die neuen Aufgaben erfüllen können. Eine spezielle neue Aufgabe ergibt sich aus dem Bericht Wilkinson, für den ich noch einmal danken möchte.

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige kurze Bemerkungen am Schluß dieser sehr interessanten Diskussion: Zunächst einmal möchte ich mich im Namen des Ausschusses bei dem Herrn Berichterstatter für diesen ganz ausgezeichneten Bericht sehr bedanken. Der Berichterstatter hat wieder einmal seine außergewöhnliche Kompetenz in den Bereichen der Luft- und der Raumfahrt unter Beweis gestellt.

Daß man in einzelnen Fragen politisch natürlich anderer Auffassung sein kann, ist eine Selbstverständlichkeit. In diesem Sinne möchte ich mich auch und gerade bei denjenigen bedanken, die hier mit kritischen Anmerkungen zur Belebung der Debatte beigetragen haben.

Wenn wir jetzt aber einen Antrag bekämen, der darum bittet, heute von einer Abstimmung abzusehen, würde ich dem im Namen des Ausschusses schon jetzt widersprechen wollen und auf einer Abstimmung und einer Entscheidung durch das Haus hier und heute bestehen.

Wir haben am 8. November 1984 im Ausschuß mit einer breiten Mehrheit — das steht ja auch in dem Bericht —, nämlich mit 9 Stimmen bei einer einzi-

gen Gegenstimme und zwei Enthaltungen, eine breite Zustimmung zu dem Empfehlungsentwurf gefunden, und ich meine, diesen Weg sollten wir weitergehen.

Was das Symposium betrifft, so hat der Berichterstatter bereits darauf hingewiesen, daß natürlich mit der heutigen Entscheidung die Arbeit der WEU und insbesondere des zuständigen Fachausschusses nicht beendet sein wird. Vielmehr werden wir uns im September nächsten Jahres in München im Rahmen eines Kolloquiums noch einmal vertieft mit diesen Fragen beschäftigen.

Es ist ja in der letzten Zeit schon fast ein Modethema geworden, sich mit Fragen des Weltraums zu beschäftigen. Es gibt im Kalender der Weltraumdiskussion eine Fülle von wichtigen Daten allein in diesem Jahr, angefangen mit dem Angebot des amerikanischen Präsidenten an die Europäer, sich an der bemannten Raumstation zu beteiligen, wie er es in der State-of-the-Union-message getan hat, über das Angebot des französischen Präsidenten Mitterrand vom 7. Februar 1984, sich über eine europäische Weltraumgemeinschaft Gedanken zu machen, bis hin zu einem auch technisch wichtigen Datum, nämlich dem erfolgreichen Abschluß der Ariane III am 4. August 1984.

In vielen Ländern Europas wird im Moment über die Weiterentwicklung des europäischen Ariane-Trägers oder aber die Beteiligung an der amerikanischen Weltraumstation diskutiert. Ich glaube, man kann deswegen nicht den Vorwurf erheben, daß der Berichterstatter hier vor lauter Begeisterung weiteres kritisches Nachdenken vergessen hätte. Wir sind jetzt einfach vor die Alternative gestellt, uns am Willensbildungsprozeß aktiv zu beteiligen oder uns aus dieser Diskussion zu verabschieden. Ich denke, der letztgenannte Teil dieser Alternative kann für uns nicht akzeptabel sein.

Ich sehe auch nicht ein, wie man Bedenken gegen die Aufforderung haben könnte, sich aktiv in diese Willensbildung einzuschalten, die Meinungen untereinander abzustimmen und zu einer gemeinsamen europäischen Position im Rahmen der WEU-Arbeit zu kommen. Ich muß sagen, ich sehe hier keinen Gegensatz zur Beschlußlage der WEU-Regierungen, und ich verweise in diesem Zusammenhang darauf, daß Pessimismus nicht weiterführt. So haben sich ja all die Kassandrarufer auch in meinem Land hinsichtlich der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses und der daraufhin zu erwartenden „Eiszeit“ nicht bewahrheitet.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns heute entscheiden! Wir wollen die Tatsachen nicht totschweigen, sondern zur Kenntnis nehmen und wollen daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Der Bericht fordert zu weiteren Überlegungen auf. Wir dürfen nicht den Kopf vor der Entwicklung in den Sand stecken. Ich bitte heute um eine Entscheidung und darf Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit herzlich danken.

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es liegen hier eine Reihe von Ände-

rungsanträgen vor, die die Kollegen Fourré und Pignion eingereicht haben. Ich will vorausschicken, daß wir für den Fall, daß abgestimmt wird, für diese Änderungen stimmen würden, bitte aber darum, daß wir, bevor wir in eine Abstimmung gehen, darüber befinden, ob nicht dieser Bericht in den Ausschuß zurückverwiesen wird, und zwar aus folgendem Grund:

Falls dies geschieht, würden wir erstens keineswegs mit leeren Händen dastehen, weil wir im Juni bereits einen Bericht verabschiedet haben. Das heißt, es ist nicht so, daß wir gar keine Grundlage hätten. Wir sind ja bereit, auf der Grundlage vom Juni aufzubauen.

Zweitens könnten wir dann zunächst einmal das Symposium, das wir im Juni beschlossen haben, durchführen, darüber im Ausschuß beraten und dann erneut vor die Versammlung treten. Denn es wäre besser, wenn wir einen zweiten Bericht mit den Zielen des ersten Berichts und auch mit den Zielen, die in den Amendments stehen, harmonisieren würden.

Deswegen würde ich es bevorzugen, den Bericht in den Ausschuß und in eine Symposiumsberatung zurückzuüberweisen. Ich bitte um entsprechende Abstimmung.

(Der Antrag wird von der Versammlung abgelehnt).

Ziffer 8 der nachstehenden Empfehlung 413 wurde durch Änderungsantrag Nr. 5 angenommen. Hierzu gibt Abg. Dr. Scheer eine Erklärung zur Abstimmung ab.

Dr. Scheer (SPD): Meine Erklärung zur Abstimmung gebe ich auch für andere Mitglieder der Versammlung ab, und zwar für die Mitglieder, die mit Nein gestimmt haben.

Sie lautet folgendermaßen. Unsere Auffassung spiegelt sich wider in dem, was im Juni von der Versammlung verabschiedet worden ist, und dem, was im 5. Änderungsantrag enthalten ist. Da der 5. Änderungsantrag im Widerspruch zu den Ausführungen des Kollegen Wilkinson steht, der sich voll an die Strategische Verteidigungsinitiative anschließt, konnten wir diesen Widerspruch nicht einfach auf sich beruhen lassen. Wir mußten deswegen mit Nein stimmen.

Empfehlung 413

betr. die militärische Nutzung des Weltraumes (Teil II)

Die Versammlung

- (i) ist entschlossen, weiterhin ihr beständiges Interesse auf die sich aus den derzeitigen und künftigen Aufwendungen der Weltraumtechnologie ergebenden strategischen Folgewirkungen für Westeuropa zu richten;
- (ii) ist bestrebt, die in den reaktivierten Organen der WEU, insbesondere dem Ständigen Rüstungsausschuß und dem Amt für Rüstungskontrolle, vorhandenen Fachkenntnisse zu nutzen, um die industrielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Nutzung des Weltraums zu harmonisieren und eine westeuropäische Rüstungskontrollpolitik zu entwickeln, die den derzeitigen und geplanten Entwicklungen im Bereich der militärischen Weltraumtechnologie Rechnung trägt;

stungsausschuß und dem Amt für Rüstungskontrolle, vorhandenen Fachkenntnisse zu nutzen, um die industrielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Nutzung des Weltraums zu harmonisieren und eine westeuropäische Rüstungskontrollpolitik zu entwickeln, die den derzeitigen und geplanten Entwicklungen im Bereich der militärischen Weltraumtechnologie Rechnung trägt;

- (iii) begrüßt die in einem gemeinsamen Communiqué von der Nachrichtenagentur Tass und dem US-Außenministerium veröffentlichte Ankündigung vom 22. November 1984 über die mögliche Eröffnung von Verhandlungen über alle Probleme in bezug auf Kern- und Weltraumwaffen;
- (iv) begrüßt, daß bei den unter Leitung der Europäischen Weltraumbehörde unternommenen europäischen Raumfahrtanstrengungen stetige Fortschritte erzielt werden und insbesondere, daß sich Spacelab und die Trägerrakete ARIANE bewährt haben, und begrüßt ferner die auf den Gebieten des Fernmeldewesens und der Fernerkundung erzielten Erfolge;
- (v) begrüßt das von Präsident Mitterrand zum Ausdruck gebrachte Engagement der französischen Regierung im Hinblick auf die vollständige Nutzung des europäischen strategischen Potentials im Weltraum und das öffentlich geäußerte Interesse der französischen Regierung, entsprechende Schlußfolgerungen für die europäische Sicherheitspolitik zu ziehen und in die Tat umzusetzen;
- (vi) ist überzeugt, daß die WEU den geeignetsten Rahmen für parlamentarische Aussprachen und Untersuchungen über die Initiative zur strategischen Verteidigung der Regierung der Vereinigten Staaten sowie über die Aussichten eines wirksamen, im Weltraum stationierten, Verteidigungssystems gegen ballistische Flugkörper bieten kann;
- (vii) unterstützt die mit Hilfe der Europäischen Weltraumbehörde und der nationalen Regierungen unternommenen Anstrengungen zur Erzielung umfassender Garantien über die Bedingungen einer möglichen Zusammenarbeit im Rahmen der von der NASA beabsichtigten Entwicklung einer Weltraumstation, wobei die Möglichkeit der Entwicklung einer eigenen europäischen Weltraumstation offen bleibt;

empfiehlt dem Rat,

1. als wichtigstes politisches Instrument der intergouvernementalen Abstimmung zu fungieren mit dem Ziel, eine einheitliche westeuropäische Politik im Bereich der militärischen Nutzung des Weltraums herbeizuführen;
2. den Ständigen Rüstungsausschuß und das Amt für Rüstungskontrolle nach deren Umstrukturierung und personalmäßig angemessener Ausstattung zu beauftragen, fachkundige Beratung über die militärischen und industriellen Aspekte und Folgewirkungen der derzeitigen

Entwicklungen im Bereich der militärischen Weltraumtechnologie im Hinblick auf Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen zu leisten;

3. engste Kontakte zur Regierung der Vereinigten Staaten zu unterhalten, um Meinungsverschiedenheiten zwischen den amerikanischen und westeuropäischen Partnern des Atlantischen Bündnisses zu verhindern;
4. sich aus industriellen, technologischen und strategischen Gründen für ein erweitertes europäisches Raumfahrtprogramm einzusetzen und einen verstärkten Dialog sowohl mit der Europäischen Weltraumbehörde als auch mit den nationalen Regierungen über damit verbundene Politiken und Ziele zu fördern;
5. eine gemeinsame europäische Antwort auf die Vorschläge der NASA für eine Weltraumstation zu fördern, die sich auf die vorhandenen europäischen Fähigkeiten stützt, den Moduln, Elementen und Systemen der gesamten Weltraumstation komplementär ist und Europas technische Fähigkeit zu eigenständigen Entwicklungen auf diesem Gebiet, einschließlich bemannter Raumfahrtunternehmen, erhöht;
6. den Parlamentariern und der Öffentlichkeit eine klare Orientierungshilfe für eine bedeutende europäische Anstrengung zu geben mit dem Ziel, der Herausforderung des Weltraumzeitalters im umfassendsten Sinne durch eine Verstärkung der wissenschaftlichen Versuche im Weltraum, der kommerziellen Anwendungen und der sicherheitsfördernden Raumfahrtentwicklungen zu begegnen;
7. dafür Sorge zu tragen, daß sich das reorganisierte Sekretariat des Ministerrates der WEU bei seinen Beratungen über die zunehmend bedeutenderen Folgewirkungen der Entwicklungen der Weltraumtechnologie für die westeuropäische Sicherheitspolitik auf ausreichende Fachkenntnisse von Raumfahrtexperten stützen kann;
8. den von Frankreich bei der Genfer Abrüstungskonferenz im Juni 1984 unterbreiteten Vorschlag zu berücksichtigen, wonach Verhandlungen über die militärische Nutzung des Weltraums geführt werden sollen, die zu begrenzten Verpflichtungen in bezug auf Satellitenabwehrsysteme, weitergehenden Verpflichtungen im Hinblick auf einen Teststopp und verifizierbaren Verpflichtungen in bezug auf das bestehende System, demzufolge der Start von Gegenständen in den Weltraum angekündigt wird, führen.

Tagesordnungspunkt:

Die Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa auf dem Gebiet der Spitzentechnologie

(Drucksache 992)

Berichterstatte: Abg. Hill (Vereinigtes Königreich)

(Themen: Entwicklungen in der Raumfahrt — Energiepolitik — Luftfahrttechnologie)

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir sind dabei, die Westeuropäische Union als den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken. Europas Zukunft in Freiheit hängt von dem engen Bündnis mit den USA ab. Dieses Bündnis soll und wird mit der Wiederbelebung der WEU zusätzlich positive Impulse erhalten. Europas Zukunft hängt aber auch davon ab, ob es gelingt, seinen technologischen Stand nicht nur zu halten, sondern zu verbessern. Dazu wiederum ist die enge Zusammenarbeit Westeuropas mit den USA für beide notwendig, für die USA und für Westeuropa.

Der Bericht des Kollegen Hill macht für mich in eindrucksvoller Weise diese Notwendigkeit deutlich. Die Verbesserung und Intensivierung der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit wird schlüssig als Lebensfrage für das Bündnis dargestellt. Der Wille, die **technologische Zusammenarbeit mit den USA** zu stärken, der im Bericht und in den Empfehlungen zum Ausdruck kommt, beweist aber auch, daß die angestrebte Wiederbelebung der WEU nicht ein Schritt auf irgendeinem europäischen Sonderweg, sondern ein Schritt zur Stärkung des europäischen Pfeilers der atlantischen Allianz ist. Unsere Bemühungen im Rahmen der WEU sind ein Teil der Antwort auf die immer dringender werdende Frage, welche politische, wirtschaftliche und speziell sicherheitspolitische Bedeutung die schnelle Entwicklung im Bereich der Hochtechnologie für Europa hat.

Die rasante Entwicklung in der Mikroelektronik, der Telekommunikation und in der Weltraumtechnologie, die wir besonders in den USA und Japan feststellen und die uns bei der Reise des Ausschusses vor Augen geführt wurde, übt immer stärkeren Einfluß auf die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Gegebenheiten aller Industrieländer aus.

Welche Rolle spielt nun Europa in diesem technologischen Prozeß? In einigen Bereichen der Hochtechnologie ist Europa in Rückstand geraten, z. B. bei den integrierten Schaltkreisen, der Basistechnologie für die gesamte Elektronik. Insgesamt gesehen braucht Europa aber nach meiner Auffassung den Vergleich seiner wirtschaftlichen und technologischen Gegebenheiten nicht zu scheuen. Die Rückgänge der europäischen Anteile am Weltmarkt dürfen nicht dramatisiert werden. Wir müssen sie als Herausforderung betrachten. Dabei gilt es auch, der **Technologiefurchung**, die besonders in Deutschland sichtbar wird, entgegenzuwirken und die Kooperation mit den USA zu verbessern. In erster Linie muß Europa aber die Möglichkeiten seines einheitlichen Marktes von 260 Millionen Menschen nutzen und über die nationalen Grenzen verstärkt zusammenarbeiten.

Dabei kann an die sichtbaren Erfolge gemeinsamer Anstrengungen angeknüpft werden, wie sie beim

Airbus und in der Weltraumtechnik sichtbar werden. Europa kann und wird als Partner für technologische Zusammenarbeit ebenso Gewicht gewinnen wie als Konkurrent im internationalen Wettbewerb. Dann — und nur dann — bleibt es für USA und Japan als Markt für ihre Produkte der Hochtechnologie interessant. Es darf nicht übersehen werden, daß der Vorsprung der USA in verschiedenen Sektoren nicht zuletzt das Ergebnis des gezielten Einsatzes öffentlicher Mittel ist, der uns in Europa in dieser Form nicht möglich ist.

Im amerikanischen Verteidigungshaushalt für 1985 von rund 293 Mrd. Dollar sind für Forschung, Entwicklung und Erprobung rund 34 Mrd. Dollar vorgesehen. Die staatlichen und privaten Mittel für Forschung und Entwicklung werden sich auf rund 100 Mrd. Dollar belaufen. In der Tat: Das sind unvorstellbare Größenordnungen für unseren Kontinent.

Von allen in den USA staatlich finanzierten Forschungsvorhaben entfallen rund 70 % auf den militärischen Bereich. Sie kommen zu einem erheblichen Teil auch dem zivilen Sektor zugute und erhöhen dort dessen weltweite Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen Europas Rüstungsbeschaffungen in den USA und den amerikanischen Beschaffungen in Europa, das gegenwärtig mit 7 : 1 aus europäischer Sicht völlig unbefriedigend ist. **Rüstungszusammenarbeit** darf nicht eine Einbahnstraße bleiben, sie muß zur Zweibahnstraße werden. Konkrete Projekte hat der Kollege Hill in seinem Bericht aufgezeigt, wobei ich an das Jagdflugzeug und den Kampfhubschrauber erinnere. Ebenso hat Herr Kollege Hill eindrucksvoll auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß Europa, wenn es als dritte Kraft im Weltraum präsent bleiben will, seine Beteiligung an der Raumstation wahrnehmen muß. Partnerschaftliche Zusammenarbeit zu festgelegten Bedingungen halte ich dabei für den ökonomisch gangbaren Weg.

Die reibungslose Zusammenarbeit in der Hochtechnologie liegt im Interesse aller Beteiligten. Die WEU sollte die Förderung dieser Zusammenarbeit als eine ihrer Hauptaufgaben ansehen. Der Bericht des Kollegen Hill gibt dafür eine diskussionswerte Grundlage.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei große Themenkomplexe beschäftigen uns heute: die Militarisierung des Weltraums heute morgen und nun die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa auf dem Gebiet der Spitzentechnologie, gelegentlich auch schon Ultra-Technologie genannt, übrigens nach meiner Einschätzung ein guter, sehr differenzierter Bericht.

Man könnte meinen, diese beiden Themen hätten nichts miteinander zu tun. Ich meine allerdings, sie sind in ihren wissenschaftlichen Aussagen nicht voneinander zu trennen und in ihren Perspektiven sehr differenziert zu betrachten und auch zu bewerten. Dies gilt nach meiner Einschätzung heute noch

vermehrt — wenn ich mir das jetzt hier anzumerken erlauben darf —, und dies ist das gravierendere Problem.

Unser Lebensraum muß intakt bleiben für die künftigen Generationen. Die Erde ist für uns nur eine Leihgabe. Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir über Technologie und deren Perspektiven befinden.

Zur Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa auf dem Gebiet der Spitzentechnologie hat uns unser Kollege Hill einen Bericht vorgelegt, den ich mit großem Interesse und Aufmerksamkeit gelesen habe. Der Bericht vermittelt uns einen guten Überblick über das gegenwärtige Industriepotential der Vereinigten Staaten und muß nach meiner Einschätzung für uns eine Herausforderung sein. Er informiert uns auch über die Forschungsfelder, in denen gearbeitet wird und deren wirkliche Grenze eigentlich die eigene Phantasie ist.

Manche behaupten heute schon, daß die Ultra-Technologie das politische Machtinstrument von morgen ist. Denen, die das behaupten, wage ich nicht zu widersprechen.

Zwei wesentliche Feststellungen möchte ich herausgreifen. Erstens: Die amerikanische Administration und der Kongreß schotten den amerikanischen Markt für zivile und militärische Flugzeuge europäischer Produktion ab.

Zweitens: Ich teile die Auffassung des Berichterstatters, daß aus der Einbahnstraße, nämlich Technologieprodukte nur zu kaufen bzw. kaufen zu dürfen, eine **Zweibahnstraße** werden muß, die den Austausch von highly-sophisticated technology ermöglicht. Dabei begrüße ich ausdrücklich, daß, wenn eine gemeinsame Waffenentwicklung notwendig ist, eine Auswahl in Form von Wettbewerben stattfindet. Wir Deutschen haben da mit unserem Panzer Leo 2 besondere Erfahrungen gemacht.

Drittens: Wir Europäer wollen aber auch nicht nur eingeladen werden, teure Programme letztlich nur mitzufinanzieren, sondern wollen in Form von „work sharing“ eigene Komponenten entwickeln, die einen hohen Technologieanteil haben, wobei der Spin-off-Effekt für andere Produktionen insbesondere bei Technologieprogrammen der Luftfahrt- und Raumfahrttechnik nicht übersehen werden kann. Der hohe technische Standard oder das technische Know-how der Amerikaner auf den Gebieten Supercomputer, Datenverarbeitung, optische Systeme, Sensoren, Mikroelektronik, Robotik, künstliche Intelligenz, Telekommunikation, Miniaturisierung, Lenkung — Avionik oder Trägheitsnavigation —, Lasertechnologie, Laser-Mikroholographie sind hinlänglich bekannt. Sie müssen für uns Europäer eine Herausforderung sein.

Wir müssen überall dort die Kooperation suchen, wo wir diesbezüglich etwas anbieten können. Von unseren amerikanischen Freunden erwarten wir dabei allerdings eine faire Partnerschaft.

Wir haben in Europa eine leistungsfähige Industrie, und wir müssen uns über die Grenzen in Europa hinweg verständigen. Wir müssen auch daran denken — und daran möchte ich Sie erinnern —, daß viele qualifizierte Arbeitsplätze bei uns in diesem Bereich angesiedelt sind. Diese müssen erhalten werden. Die Kooperation einiger europäischer Länder bei der Produktion des Waffensystems Tornado ist für mich ein Beispiel für unsere Leistungsfähigkeit und für die Fähigkeit, gute Arbeit zu leisten, wenn wir es nur wollen.

Lassen Sie mich eine weitere Bemerkung machen. Ich bedaure es zutiefst, daß es bisher nicht gelungen ist, die USA zu überzeugen, daß es richtig ist, die **UN-Seerechtskonvention** zu zeichnen. Die Frage der Zeichnung am Tiefseebergbau-Regime festzumachen ist erst sehr spät in der amerikanischen Politik artikuliert worden. Leider haben die Christdemokraten in der Bundesrepublik sich ähnlich verhalten und so den Sitz des Seegerichtshofs in Hamburg gefährdet. Die Chance, beispielsweise durch Zeichnung in die Vorbereitungskommission hineinzukommen und dort noch zu versuchen, im Rahmen der Möglichkeiten eine Änderung des Tiefseebergbau-Regimes zu erreichen, ist damit verspielt worden. Ich hätte mir persönlich gewünscht, daß eine Einigung der Europäer möglich gewesen wäre, weil insbesondere das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt unter dieser Entscheidung leidet.

In diesem Zusammenhang darf ich auch daran erinnern, daß nicht nur die Weltraumtechnik, sondern auch die Tiefseetechnologie eine Spitzentechnik von morgen ist. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern hätten wir Europäer auf Grund unserer Spitzentechnologie in diesem Bereich die notwendige Unterstützung geben können, um so an den Möglichkeiten der Meeresnutzung auch diejenigen zu beteiligen, die sonst immer hinten anstehen.

Wir Europäer sollten alle Möglichkeiten nutzen, die dieser Bericht uns bietet. Insofern finde ich, daß dieser Bericht ein guter und umfassender Bericht ist. Für die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik darf ich der Versammlung Zustimmung zu dieser Vorlage signalisieren.

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zum Schluß noch einige kurze Bemerkungen aus der Sicht des Ausschusses zu machen. Auch ich möchte mich bei all denjenigen bedanken, die in der Diskussion zur Belebung der Debatte beigetragen haben, und ich möchte dem Berichterstatter, dem Kollegen Hill, danken, der jetzt schon zum zweitenmal die Ergebnisse einer USA-Reise für unseren Ausschuß in bewährter Weise zusammenfaßt.

Damit möchte ich auch ausdrücken, daß die Kontakte unseres Ausschusses und damit dieser Versammlung der WEU mit den Vereinigten Staaten schon Tradition sind. Ich selbst gehöre diesem Ausschuß seit über zehn Jahren an, und in dieser Zeit haben wir mehr oder weniger regelmäßig immer

wieder versucht, die Kontakte mit den USA aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, weil wir der Meinung sind, daß wir auf enge politische Zusammenarbeit angewiesen sind. Und was könnte zur politischen Zusammenarbeit stärker beitragen als die enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der fortgeschrittenen Technologie?

Von einigen Kollegen ist schon angesprochen worden, daß bei dieser Reise besonders beeindruckend war, welcher Schub an Innovation und moderner Technologie von den Verteidigungsprogrammen in den USA ausgeht. Um die Zahlen zu wiederholen und sie in Beziehung zueinander zu setzen: 1985 werden die USA nicht ganz 300 Mrd. US-Dollar allein für Verteidigung ausgeben, weitgehend zur Förderung von Hochtechnologie im Bereich der Verteidigung. Demgegenüber werden in meinem Land, in der Bundesrepublik Deutschland, die sicherlich nicht ein kleines Industrieland, sondern ein Land mit ebenfalls erheblichen Aktivitäten auf dem Gebiet moderner Technologie ist, insgesamt von der öffentlichen Hand und der Wirtschaft etwa 46 Mrd. DM ausgegeben. Dadurch bekommt man, so glaube ich, einen Begriff von den unterschiedlichen Dimensionen, die sich hier auftun.

Auch in diesem Bericht ist als besondere Priorität wieder die deutsche Beteiligung an der amerikanischen bemannten Raumstation herausgestellt. Hier verweise ich noch einmal ganz klar auf die in dem Empfehlungsentwurf fixierten Prämissen, nämlich: Zugang zu den Informationen über das gesamte System der Raumstation, Gleichberechtigung zwischen den europäischen und den amerikanischen Unternehmen, die die Forschungs- und Produktionseinrichtungen an Bord der Raumstation nutzen, Zulassung von europäischen Besatzungen zur Bedienung der Raumstation, nicht nur zu deren Besichtigung, und damit eigentlich eine europäische Verantwortung für die industrielle Herstellung eines wesentlichen Hardware-Bestandteils der Raumstation.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Europa muß aus der Rolle des reinen Komponentenlieferanten, des Zulieferers, herauswachsen und muß, wenn das Ganze einen Sinn machen soll, echte Gesamtverantwortung für das System erhalten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir am Beginn einer hochinteressanten Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA stehen, was nicht ausschließt, daß auch andere Länder — ich denke etwa an Japan — für uns von großer Bedeutung sind. Dazu ist es aber notwendig, daß wir uns selbst erst einmal über das, was wir wollen, klar werden. Dazu haben, so hoffe ich, dieser Bericht und die heutige Debatte einen entsprechenden Beitrag geleistet. Vielen Dank.

Empfehlung 414

betr. die Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa auf dem Gebiet der Spitzentechnologie

Die Versammlung

(i) betrachtet diesen Bericht als Ergänzung früherer Berichte über die Zusammenarbeit zwi-

schen den Vereinigten Staaten und Europa im Bereich der Spitzentechnologie, insbesondere der Dokumente 773 von Mai 1978 und 889 von Oktober 1981;

- (ii) berücksichtigt, daß der Rat am 7. April 1982 in seiner Antwort an die Versammlung auf die Empfehlung 376 erklärte, die Regierungen der Mitgliedsländer der WEU seien sich voll bewußt, daß die Materialkosten eingedämmt werden müßten und daß die Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG), das zentrale Instrument der multinationalen europäischen Zusammenarbeit im Materialbereich, aktiv nach entsprechenden Möglichkeiten suche;
- (iii) ist sich bewußt, daß die Vereinigten Staaten im Jahr 1985 die Entwicklung eines neuen modernen taktischen Jagdflugzeuges in Auftrag geben werden und daß fünf europäische Länder — und die Niederlande, die ihre Beteiligung beantragt haben — zusammen an einem neuen europäischen Jagdflugzeug-Projekt arbeiten, dessen Entwicklungskosten auf 4 Mrd. Dollar geschätzt werden;
- (iv) vermerkt die Bereitschaft der Amerikaner, ihre Erfahrungen auf dem Gebiet von Kernkraftwerken mit den europäischen Ländern zu teilen;
- (v) stellt fest, daß die Weltraumstation auf der Tagesordnung des Wirtschaftsgipfeltreffens in London im Juni 1984 stand, daß jedoch eine europäische Mitwirkung an der Weltraumstation der Vereinigten Staaten nicht bestätigt wurde;
- (vi) vertritt die Auffassung, daß ein in internationaler Zusammenarbeit durchgeführtes Programm zur Entwicklung einer Weltraumstation sowohl den Interessen der Vereinigten Staaten als auch denen Europas dient und die Beziehungen innerhalb des Atlantischen Bündnisses während der Forschungs- und Entwicklungsphase wie auch während des Einsatzes der Weltraumstation erheblich verbessern würde;
- (vii) ist sich bewußt, daß es notwendig ist, die amerikanisch-europäische Zusammenarbeit in vielen Bereichen der Spitzentechnologie mit neuem Leben zu erfüllen;

empfiehlt dem Rat,

- I. die Versammlung über die von der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe seit 1978 erzielten Erfolge in der multinationalen europäischen Zusammenarbeit im Materialbereich zu informieren und dabei zu präzisieren, welche Einsparungsmöglichkeiten bei der Waffenbeschaffung festgestellt und welche Zweibahnstraßen-Programme mit den Vereinigten Staaten vereinbart wurden oder möglicherweise in naher Zukunft vereinbart werden;
- II. den Ständigen Rüstungsausschuß als technisches Organ der WEU aktiver zu nutzen, um die Standpunkte der sieben Mitgliedstaaten in Fragen der europäischen Rüstungsindustrie zu

harmonisieren und ihre Anstrengungen zu koordinieren mit dem Ziel, die Wirksamkeit der gemeinschaftlichen Arbeit in den verschiedenen multinationalen Gremien zu erhöhen;

III. die Regierungen der Mitgliedsländer aufzufordern:

- 1. der Regierung der Vereinigten Staaten einen Plan zu unterbreiten, der als Diskussionsgrundlage über die Modalitäten der Zusammenarbeit bei neuen Militärprogrammen, wie z. B. Jagdflugzeugen, Hubschraubern, Plattformen für andere Waffensysteme und Unterwasser-Waffensystemen dient, mit deren Entwicklung in Kürze begonnen wird, und der darauf abzielt, den ständigen Anstieg der Verteidigungskosten einzudämmen;
- 2. eine gemeinsame Politik in bezug auf das Projekt der ersten Weltraumstation zu fördern und dabei zu berücksichtigen, daß Europa präzise Garantien erhalten muß, wie zum Beispiel:
 - (a) Zugang zu den Informationen über das gesamte System der Weltraumstation;
 - (b) Gleichberechtigung zwischen den europäischen und amerikanischen Unternehmen, die die Forschungs- und Produktionseinrichtungen an Bord der Weltraumstation nutzen;
 - (c) Zulassung von europäischen Besatzungen zur Bedienung der Weltraumstation und nicht nur zu deren Besichtigung;
 - (d) europäische Verantwortung für die industrielle Herstellung und Bedienung eines wesentlichen Hardware-Bestandteils der Weltraumstation;
- 3. die Ausarbeitung eines gemeinsamen europäischen Programms zu fördern, das dem Informationsaustausch mit den Vereinigten Staaten über künftige Kernkraftwerke dient und auf den neuesten Erfahrungen, die im Einzelfall in Europa und den Vereinigten Staaten gewonnen wurden, beruht;
- 4. die Vereinigten Staaten und andere Regierungen aufzufordern, ihre Haltungen in bezug auf den Entwurf des Seerechtsübereinkommens noch einmal zu überprüfen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des britischen Staatsministers für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenheiten, Richard Luce.

(Themen: Die zukünftige Rolle der WEU innerhalb des Atlantischen Bündnisses — die unveränderte Strategie des Bündnisses)

Frage des Abg. Gansel:

Abg. Gansel (SPD) (deutsche Übersetzung): Viele Mitglieder der Versammlung, und auch der Kollege Cavaliere, sind von der Notwendigkeit überzeugt, daß **alle Organe der WEU an einem einzigen Sitz** in

einer Stadt vereinigt sein sollten. Würde es die britische Regierung begrüßen, wenn die WEU London als ihren einzigen Sitz wählte?

Staatsminister Luce antwortet, eine solche Entscheidung würde die britische Regierung sehr begrüßen. Zuvor müßte jedoch geklärt werden, welche Funktionen die WEU habe, wie sie organisiert sein und wie sie arbeiten solle.

Dr. Scheer (SPD): Herr Minister, ich beglückwünsche die britische Regierung dazu, daß sie das Amt eines Abrüstungsministers geschaffen hat, was nicht überall der Fall ist. Vielleicht weil das nicht überall der Fall ist, ist die Abrüstungspolitik weitgehend bürokratisiert. Das ist im Bereich der **Abrüstungspolitik** häufig unser Problem. Die Probleme entwickeln sich in negativer Richtung rascher als die politischen Möglichkeiten, dagegenzuwirken. Aus dem Grunde sind neue Initiativen erforderlich, politische Initiativen.

Dazu möchte ich zwei Fragen stellen. Die erste Frage bezieht sich auf die Initiative der Regierungschefs aus vier Kontinenten. Der spanische Ministerpräsident, der griechische Ministerpräsident, der tansanische Präsident, die Präsidenten von Mexiko und Argentinien und die seinerzeitige, inzwischen getötete, indische Ministerpräsidentin haben die Initiative für einen Appell insbesondere an die Nuklearmächte ergriffen, damit die Nuklearmächte ihrerseits alle zusammen einmal eine neue Überlegung auf der Grundlage eines **Einfrierens des gegenwärtigen Standes der Atomrüstung** anstellen. Bei uns hat sich eine breite Öffentlichkeit dem angeschlossen, unter anderem auch der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt. Ich habe die Frage an die Adresse der britischen Regierung gerichtet, inwieweit sie sich vorstellen könnte, Gedanken dieser Initiative zu übernehmen und aufzugreifen.

Die zweite Frage bezieht sich auf das Problem der eurostrategischen Rüstungskontrollverhandlungen. Wir kennen die Argumente — deswegen brauchen sie nicht wiederholt zu werden —, warum die britische Regierung es bisher abgelehnt hat, bei **eurostrategischen Rüstungskontrollverhandlungen** ihr Potential im westlichen Kontingent zu berücksichtigen. Ich frage: Unter welchen Voraussetzungen ist es für die britische Regierung denkbar, dieses Potential, das ja — um die Worte des italienischen Ministerpräsidenten Craxi zu gebrauchen — nicht auf dem Mond steht, bei Verhandlungen über ein nukleares Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West zu berücksichtigen. Vielen Dank.

Staatsminister Luce erklärt, die britische Regierung halte ein Einfrieren des gegenwärtigen Standes der Atomrüstung nicht für hilfreich, da dies eine Festbeschreibung des Ost-West-Ungleichgewichts bedeute; vielmehr wünsche sie eine Verminderung der atomaren Waffen.

Unter der Voraussetzung, daß Abrüstungsgespräche zwischen den USA und der UdSSR tatsächlich zur Reduzierung von Kernwaffen führten, wäre es möglich und angebracht, auch Umfang und Art des bri-

tischen unabhängigen, strategischen Abschreckungspotentials zu überdenken.

Tagesordnungspunkt:

Rüstungskontrolle und Abrüstung

(Drucksache 998)

Berichterstatter: Abg. Blaauw (Niederlande)

(Themen: INF und START — Weltraum — umfassendes Verbot von Kernwaffenversuchen — Chemische Waffen)

Haase (Fürth) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Herrn Blaauw zu seinem Bericht beglückwünschen. Der Bericht ist insgesamt abgewogen und entspricht dem, was wohl auch die vorherrschende Meinung in diesem Hause ist. Die Ungeduld vieler Menschen in unseren Ländern erfordert jedoch ein schnelles Handeln im Bereich von Abrüstungsmaßnahmen.

Die europäischen Interessen an einer Entspannung sind naturgemäß differenziert von denen der USA. Die europäischen Länder sehen die Sicherheitsinteressen wohl vor allem unter einem regionalen Aspekt, die USA wohl vor allem unter einem globalen Aspekt. Dies ist ein Unterschied, der uns zunächst nicht schrecken muß, der jedoch auch beinhaltet, daß die europäischen Interessen nachdrücklich gegenüber der Führungsmacht des Westens wahrgenommen werden müssen.

Organisatorisch drückt sich das wohl in der Belegung der WEU aus — darüber gibt es weitgehend Einverständnis —, in einer stärkeren Zusammenarbeit auch im Bereich der Euro-Group der NATO, was die Rüstungskooperation angeht — auch hier gibt es wohl keine wesentlichen Differenzen —, und in einer verstärkten Zusammenarbeit in der EPZ, in der Europäischen Zusammenarbeit der EG-Staaten.

Inhaltlich aber, meine ich, werden die europäischen Interessen vor allem dadurch dargestellt, daß wir folgende wichtigen Ziele anstreben, die auch im Bericht enthalten sind. Das ist zunächst das **Verbot von chemischen Waffen**. Hier möchte ich verfügen, daß es gegebenenfalls auch möglich ist, eine Vorleistung in der Weise zu erbringen, daß man sich bereit erklärt, zunächst auf dem europäischen Kontinent keine chemischen Waffen zu stationieren und zu lagern, und wo sie gelagert sind, diese Lager vorzeitig aufzulösen, weil es ausreicht, wenn die USA in ihrem Bereich über diese Waffen verfügen.

Ein zweiter Punkt ist, daß sich die Staaten der WEU insbesondere für die vertrauensbildenden Maßnahmen einsetzen, damit die Konferenz so bald wie möglich zu einem Erfolg kommt und damit es Grundlagen für weitere Gespräche gibt.

Vor allem aber scheint es mir wichtig zu sein, daß wir die **neuen Verhandlungen der beiden Supermächte** — die ja erst im Januar aufgenommen wer-

den — nicht skeptisch begleiten, sondern Positives dazu beitragen. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, skeptisch in die Zukunft zu blicken. Nach meiner Meinung gibt es vielmehr eine ganze Reihe von Anzeichen, die darauf hindeuten, daß diese Konferenz in sich mehr Erfolgchancen bietet als die vorausgegangenen.

Aber das bedeutet auch — das sage ich mit allem Nachdruck —, daß die europäischen Regierungen sich darum bemühen müssen, von Anfang an in intensiven **Konsultationen mit den USA** zu stehen. Wir sollten als parlamentarische Versammlung dafür ein Mandat, ein parlamentarisches Mandat, geben und unsere Regierungen auffordern, sich bereits zu Beginn der Verhandlungen um diese Kooperation und diese Konsultation zu bemühen.

Ich habe einen Änderungsantrag eingebracht. Ich meine nicht, daß es unbedingt notwendig ist, die Ziffer 4 der Empfehlung zu streichen, obwohl sie sich zunächst mit den INF-Verhandlungen beschäftigt, die durch die neuen Verhandlungen ja ein bißchen überholt sind. Aber ich meine, daß diese Ziffer 4 im Sinne des von mir und zwei Kollegen eingebrachten Änderungsantrags mindestens dahin gehend ergänzt werden muß, daß wir unsere Regierungen dringlich bitten, die Konsultation aufzunehmen und die USA zu bitten und aufzufordern, zu dieser Konsultation ebenfalls bereit zu sein. Ich will offenlassen, ob der Berichtersteller von sich aus meint, daß die Ziffer 4 verändert werden muß. Auf jeden Fall sollte sie in diesem Punkt ergänzt werden.

Wir müssen auch die differenzierte Position der osteuropäischen Staaten gegenüber der Sowjetunion sehen. Das trifft für Rumänien wie für Ungarn, aber auch für die DDR zu. Ich will das hier nicht weiter ausführen. Nur, meine ich, müssen wir das einfach zur Kenntnis nehmen und Schlußfolgerungen daraus ziehen. Das heißt, wir müssen uns so verhalten, daß die Sowjetunion nicht ihrerseits eine neue Chance hat, die osteuropäischen Staaten stärker an sich zu binden, als dies ohnehin der Fall ist. Die Ziffer I des Berichts von Herrn Blaauw geht darauf zwar indirekt ein, für meine Empfindung hätte dies aber ausführlicher und vor allem richtungsweisender sein sollen.

Einiges möchte ich jedoch auch in diesem Punkt durch den Änderungsantrag beitragen, der sich mit der **Fortsetzung des Warschauer Paktes** befaßt.

Hier, meine ich, sollte dieser Änderungsantrag eingefügt werden — ich glaube, daß das eine gute Ergänzung wäre —, mit dem wir die Sowjetunion und die Paktstaaten auffordern, zu überdenken und uns eine Antwort zu geben, ob der Warschauer Pakt in dieser Weise noch notwendig ist oder nicht. In diesem Punkt haben wir Zeitverzug, weil das Paktssystem am 5. Juni nächsten Jahres endet. Ich wäre dankbar, wenn der Berichtersteller diesen Änderungsantrag aufnehmen könnte.

Insgesamt darf ich noch einmal feststellen: ein Bericht, der akzeptabel ist und der meine Zustimmung hat, und die Bitte, die beiden Änderungsanträge aufzunehmen. Schönen Dank.

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße den Bericht und werde auch empfehlen, diesem zuzustimmen, weil er für den gegenwärtigen Stand der Entwicklungen in etwas authentischerer Weise als frühere Stellungnahmen das wiedergibt, was die westeuropäischen Anliegen in der **Rüstungskontrolle** sind, und weil er diese Rolle Westeuropas inmitten dieses komplizierten Verhandlungskompromisses hervorhebt.

Weil wir heute früh eine Debatte über die Weltraumrüstung hatten, begrüße ich insbesondere das entsprechende Kapitel, weil hier ein Problembeußtsein zum Ausdruck gebracht wird, dem ich mich voll anschließen kann. Es wäre etwas verwunderlich — vielleicht ist mir diese ironische Bemerkung gestattet —, wenn alle, die sich heute direkt oder indirekt für die SDI ausgesprochen haben, dem Inhalt dieses Berichtes zustimmen könnten. Ich persönlich kann das tun, weil ich zwischen dem, was ich heute früh gesagt habe, und dem, was hier steht, keinen Widerspruch sehe; aber es gibt einen Widerspruch zwischen der SDI-Befürwortung und der Befürwortung dieses Berichtes. Das sollte man meines Erachtens hier mit hervorheben.

Ich will die beiden Punkte, mit denen dieser Bericht meines Erachtens über den bisherigen Stand von Entschlüssen hinausgeht, hervorheben. Das eine ist die Feststellung des Berichtes, daß alle Verhandlungen nur wünschenswert sind, wenn sie letztlich global geführt werden können, aber daß eine Trennung der verschiedenen Kernwaffenkategorien im Grunde genommen undurchführbar und deswegen auch gar nicht wünschenswert ist. Ich glaube, das ist eine grundlegende Erkenntnis, über die man nicht einfach hinweggehen sollte, die für die künftige Verhandlungsstrategie sehr wesentlich ist.

Im übrigen kommen hier Auffassungen zum Ausdruck, wie sie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands schon seit Jahren zum Ansatz der Verhandlungen äußert. Es hat sich in der Tat herausgestellt, daß die Trennung von INF- und START-Verhandlungen die Verhandlungen im einzelnen nicht erleichtert, sondern die Probleme eigentlich erhöht hat. Es hat sich auch herausgestellt, daß die separaten Verhandlungen über landgestützte Systeme unter Außerachtlassung von seegestützten Mittelstreckensystemen das Problem nicht erleichtert, sondern eher erschwert hat. Deswegen ist dieser Satz, der im Bericht steht, von enormer Bedeutung, wenn man ihm in der Praxis Rechnung tragen würde. Da Parlamentarier über den Stand der gegenwärtigen diplomatischen Bemühungen hinausgehen sollten, wird dieser Bericht diesem Anliegen von Parlamentariern in vorsichtiger Weise gerecht.

Als zweiten Punkt will ich hervorheben, was in dem Punkt 4 der Empfehlungen enthalten ist. Hier wird empfohlen, daß ein zeitweiliges Einfrieren der INF- und nuklearen Kurzstreckenwaffen auf dem derzeitigen Stand nicht ausgeschlossen werden soll. Nach unserer Auffassung, der Auffassung der Sozialdemokratischen Partei, ist es in der Tat so, daß die grassierende Weiterrüstung bei Mittelstrecken- und

Kurzstreckenwaffen auf beiden Seiten der europäischen Demarkationslinie erhebliche Folgen hat.

Würde über einen Ausschnitt verhandelt, und der Rest der Rüstungen ginge weiter — ich erinnere an die SS-22-Rüstung, die für Westeuropa eigentlich noch dramatischer ist als die SS-20-Rüstung —, würden wir bei Rüstungskontrollverhandlungen immer hinter den Problemen hinterherlaufen. Deswegen ist der Gedanke, daß als Voraussetzung für beiderseitige Verhandlungen auch ein Einfrieren der gegenwärtigen Mittel- und Kurzstreckenstationierung in Ost und West nicht ausgeschlossen werden sollte, besonders hervorzuheben. Es wäre wichtig, diesen Gedanken auch an die verantwortlichen Regierungen heranzutragen. Es ist ein Punkt, der nach meiner Auffassung in der Zukunft noch vertiefter Erörterungen bedarf. Es ist die Frage, in welcher Weise das Problem der taktischen Atomwaffen bei Verhandlungen hätte berücksichtigt werden können.

Bisher fehlt diese Problematik bei den Rüstungskontrollbemühungen, und die Ansätze, die hierzu vielleicht bei MBFR-Verhandlungen oder woanders entwickelt werden könnten, sind für uns von besonderer Bedeutung. Ich weise darauf hin, weil ich der Meinung bin, daß wir uns in der Zukunft noch intensiver damit beschäftigen müssen, was den Wert dieses Berichtes hier nicht schmälern soll.

Vielen Dank.

Abg. Jäger (Wangen) (CDU/CSU) wendet sich gegen einen Änderungsantrag von französischer Seite, der in Ziffer 2 der nachstehenden Empfehlung 415 die Worte „gemeinsame Anweisungen zu vereinbaren“, durch die Worte „einen Austausch von Gesichtspunkten zu fördern“ zu ersetzen vorschlägt.

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin weit entfernt davon, mich mit dem verteidigungspolitischen Sachverstand des Kollegen Pignion messen zu wollen, der in diesem Hause über eine außerordentlich große Erfahrung verfügt. Meine Kritik richtet sich deswegen weniger gegen die generelle Vorsicht in diesen Dingen, die er anspricht, als gegen die Art der Formulierung, die er vorgeschlagen hat.

Wenn wir seit der Sonderversammlung von Rom auf eine Erneuerung des Instruments der WEU dringen und dieser WEU neue Schlagkraft geben wollen, scheint es mir eben zu schwach zu sein, nur von Gedankenaustausch, von einem Austausch der Gesichtspunkte, von einem „échange des vues“ zu sprechen;

(Beifall)

dann muß sich die WEU in der Tat zu gemeinsamen Beschlüssen aufrufen und muß auch ihren Vertretern auf internationalen Konferenzen gemeinsame Anweisungen geben. Ich glaube, das ist der neue Geist der WEU, der zum Ausdruck kommen sollte.

Ausschließlich deshalb wende ich mich gegen diesen Ihren Antrag, Kollege Pignion, nicht etwa dage-

gen, daß in der Sache selbst Vorsicht und ein sehr sorgfältig abgewogenes Vorgehen am Platze sind. Wir müssen in der Sprache die neue Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, die WEU zu einem effektiven Faktor der Sicherheit und auch der Abrüstung in Europa zu machen.

(Der Änderungsantrag wird abgelehnt.)

Abg. Dr. Scheer (SPD) widerspricht zwei Änderungsanträgen des französischen Abg. Pignion, denen zufolge in Ziffer 2 der nachstehenden Empfehlung 415 die Forderung eines umfassenden Teststopps und in Ziffer 3 die Forderung der Wiederaufnahme der dreiseitigen Verhandlungen über einen umfassenden Teststopp gestrichen werden sollen.

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte ausdrücklich darum, diese Änderungsanträge 4 und 5 abzulehnen und es bei dem ursprünglichen Text zu belassen.

Die Forderung nach einem **umfassenden Teststopp** ist seit Jahren eine Forderung aller westeuropäischen Regierungen und der Parlamente mit Ausnahme der französischen Regierung. Es ist nicht möglich, daß hier mit Rücksicht auf die Sonderrolle, die Frankreich in diesem Zusammenhang spielt, alle anderen westeuropäischen Staaten ihre Standpunkte zurückstellen. Es ist notwendig, daß in Zukunft über die Frage diskutiert wird, in welcher Weise die französische Rolle, die mit der Force de frappe zusammenhängt — das ist ja keine neue Erkenntnis —, in eine bessere Harmonie mit der Politik der übrigen WEU-Länder in dieser Frage gebracht werden kann. Man kann diese Frage für die Zukunft nicht ausklammern. Aber wir werden hier nicht hinter Positionen zurückfallen können, die seit Jahren aus wohlerwogenen Gründen von allen Ländern einschließlich Großbritanniens im Zusammenhang mit einem umfassenden Teststopp eingenommen werden.

Ich bitte aus diesem Grunde, es bei dem vorliegenden Text zu belassen. Auch das gehört zum neuen Geist der WEU.

(Die beiden Änderungsanträge werden abgelehnt.)

Abg. Haase (Fürth) (SPD) beantragt die Einfügung des zweiten Teiles von Ziffer 4 sowie der Ziffer 5 der nachstehenden Empfehlung 415 in den Beschlußtext. Hiergegen führt Abg. Reddemann aus:

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Der Änderungsantrag des Kollegen Haase, der uns vorliegt, war bereits Inhalt eines Antrags, den die Versammlung im Eilverfahren durchziehen sollte. Die Versammlung hat sich mit großer Mehrheit dagegen ausgesprochen, weil sie meinte, daß dieses Thema erst im Politischen Ausschuß behandelt und dann dem Plenum erneut vorgelegt werden sollte. Wir würden unserem eigenen Beschluß widersprechen, wenn wir jetzt diese Änderungsanträge zusätzlich

in den Bericht des Kollegen Blaauw aufnehmen. Wir würden dann praktisch unsere Arbeit von gestern heute für falsch erklären.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, die Änderungsanträge nicht zu akzeptieren.

(Beide Änderungsanträge werden von der Versammlung angenommen.)

Empfehlung 415

betr. Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die Versammlung

- (i) bekräftigt die vom Rat in der Erklärung von Rom geäußerte Auffassung, daß eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der WEU auch zur Aufrechterhaltung ausreichender militärischer Stärke und politischer Solidarität beiträgt und auf dieser Grundlage die Bestrebungen nach stabileren Beziehungen zwischen Ost und West durch die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit unterstützt;
 - (ii) ist überzeugt, daß die Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung, wie zum Beispiel diejenigen, die im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz stattfinden, für die Sicherheit Europas und des Atlantischen Bündnisses zu wichtig sind, als daß sie gänzlich vom Stand der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion abhängig gemacht werden sollten;
 - (iii) begrüßt daher, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung zu den spezifischen Bedingungen der Sicherheit in Europa gezählt werden, über die der Ministerrat eingehende Gespräche führen und sich dabei bemühen wird, die Auffassungen seiner Mitglieder zu harmonisieren;
 - (iv) bringt erneut zum Ausdruck, daß ihrer Meinung nach die Aufstellung eines separaten Ost-West-Gleichgewichts bei jeder der verschiedenen Kernwaffenkategorien — strategischen, Mittelstrecken- oder Kurzstreckenwaffen — undurchführbar und in der Tat nicht wünschenswert ist, und wiederholt ihre Auffassung, daß ein solches nukleares Gleichgewicht nur global ermittelt werden kann;
 - (v) ist jedoch überzeugt, daß konkrete Verhandlungen über die Verminderung der derzeitigen Kernwaffenbestände am besten mit Hilfe solcher Kategorien geführt werden können;
- empfiehlt dem Rat,
1. sich um eine Vereinbarung über den Umfang der Verifikationsmaßnahmen zu bemühen, die notwendig sind, um die Einhaltung von Rüstungskontrollabkommen, insbesondere eines Verbots chemischer Waffen, eines umfassenden Verbots von Kernwaffenversuchen und eines MBFR-Abkommens in ausreichender Weise sicherzustellen;
 2. gemeinsame Anweisungen an die Vertreter der an der Genfer Abrüstungskonferenz teilnehmenden Mitgliedsländer der WEU zu vereinbaren mit dem Ziel, zu einem baldigen Abschluß von Abkommen über ein Verbot chemischer Waffen, ein Verbot von Weltraum-Waffen einschließlich Satelliten-Abwehrsystemen oder neuen ABM-Systemen, sowie über ein umfassendes Verbot von Kernwaffenversuchen zu gelangen;
 3. gleichzeitig die Vereinigten Staaten aufzufordern, den Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche und den Vertrag über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken zu ratifizieren und die trilateralen Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich über ein umfassendes Teststoppabkommen wieder aufzunehmen;
 4. jeden konstruktiven Vorschlag seitens der Sowjetunion in Zusammenhang mit der baldigen Wiederaufnahme der INF- und START-Verhandlungen zu prüfen und dabei die Möglichkeit eines beiderseitigen, zeitweiligen Einfrierens der INF- und nuklearen Kurzstreckenwaffen auf dem derzeitigen Stand nicht auszuschließen, und im übrigen darauf hinzuwirken, daß im Verlauf neuer Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion intensive Konsultationen zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Bündnispartnern stattfinden;
 5. die Staaten des Warschauer Paktes daran zu erinnern, daß die WEU in ihrer 30jährigen Geschichte niemals aggressive oder feindselige Maßnahmen gegen den Warschauer Pakt vorbereitet oder ergriffen, sondern im Gegenteil den Weg für die Politik der Entspannung geebnet hat und den friedlichen Austausch und den Abbau von Spannungen zwischen den europäischen Völkern anstrebt; und empfiehlt ferner, die Staaten des Warschauer Paktes aufzufordern, dieser Haltung der WEU, die darüber hinaus mit den Haltungen der Vereinigten Staaten und Kanadas sowie mit denen der NATO-Mitgliedstaaten übereinstimmt, bei einer Entscheidung über die Fortführung ihres Vertrages über den Juni 1985 hinaus Rechnung zu tragen und aus dieser Haltung Konsequenzen für die Fortführung oder Gestaltung des Warschauer Paktes zu ziehen;
 6. das Amt für Rüstungskontrolle anzuweisen, zur Unterstützung des Rates bei den vorgenannten Aufgaben und denjenigen, die im Bericht des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen definiert wurden, spezifische Studien durchzuführen.

Mittwoch, 5. Dezember 1984

Tagesordnungspunkt:

WEU, Europäische Union und das Atlantische Bündnis

(Drucksache 990)

Berichterstatter: Abg. Masciadri (Italien)

Die Beziehungen zwischen der Versammlung und dem Rat

(Drucksache 1002)

Berichterstatter: Abg. Lord Reay
(Vereinigtes Königreich)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frantz Fanon hat in seinem Buch „Die Verdammten dieser Erde“ über Europa folgendes geschrieben:

Ganze Jahrhunderte lang hat Europa nun schon den Fortschritt bei anderen Menschen aufgehalten und sie für seine Zwecke und zu seinem Ruhm unterjocht. Ganze Jahrhunderte hat es im Namen eines angeblich geistigen Abenteuers fast die gesamte Menschheit erstickt. Seht, wie es heute zwischen der atomaren und der geistigen Auflösung hin und her schwankt...

Meine Damen und Herren, nicht nur fremde Völker sind von den europäischen Lebens- und Wirtschaftsordnungen erstickt worden, sondern zum Beispiel die Europäische Gemeinschaft selbst hat ihren Völkern überindustrialisierte, konsumorientierte und ausbeuterische Verhältnisse mit Gift ausstoßenden Industriebetrieben, chemischer Überdüngung und Zerstörung der Böden, umweltverseuchenden Methoden des Transports und der Energieerzeugung beschert.

Ich möchte diese Liste nicht fortsetzen, sondern will hier nur sagen, daß es einen Zusammenhang zwischen dieser ausbeuterischen und dieser verschwenderischen Wirtschaftsweise gibt und daß es kein Zufall ist, daß sich die Europäer immer dann, wenn Engpässe in der weltweiten Rohstoffversorgung aufgetreten sind, daran erinnert haben, daß sie eigentlich in der Lage sein müßten, die Lebensordnung mit einer Wirtschaftsweise, die ich hier als verschwenderisch und als verseuchend beschrieben habe, aufrechtzuerhalten.

Meine Damen und Herren, ich meine, es wäre einmal an der Zeit, sich zu überlegen, ob es sich lohnt, den Preis zu zahlen, den nicht nur wir Europäer dafür zahlen, sondern den wir auch anderen Völkern aufnötigen.

Es gab eines, was an der Europäischen Gemeinschaft noch einigermaßen sympathisch war, nämlich daß diese Europäische Gemeinschaft keine Mi-

litärmacht war, daß man nicht befürchten mußte, daß die Europäische Gemeinschaft, wenn sie weiter zur Europäischen Union ausgebaut würde, den Weg zur Supermacht und den Weg der Abschreckung gehen würde.

Nun, meine Damen und Herren, sind Sie hier dabei, mit die Weichen zu einer militärisch gerüsteten — und ich sage: eines Tages auch atomar gerüsteten — Supermacht zu stellen. Es geht nicht nur, wie Sie behaupten, darum, daß hier der europäische Pfeiler innerhalb der NATO aufgebaut werden soll, sondern es soll auch — ich zitiere aus dem Bericht Masciadri — das Verteidigungsgerüst der zukünftigen Europäischen Union geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, wenn Sie im Augenblick noch sagen, daß dies eine konventionelle Verteidigung ist, und wenn im Augenblick davon profitiert wird, daß die Bevölkerungen durch die atomaren Strategien, durch die Massenvernichtungswaffen zutiefst verunsichert sind und Sie deshalb den Europäern sozusagen diese Angst abkaufen wollen, indem Sie eine Europäisierung und eine Konventionalisierung der Rüstung in Aussicht stellen, sollten die Völker dennoch nicht übersehen, daß es die Logik des Atomzeitalters sein wird, daß sich eines Tages auch diese Europäische Union mit allen Mitteln verteidigen will, und dazu werden dann auch die Atomwaffen gehören.

Bereits zwei Länder der WEU haben die Voraussetzungen, sie sind bereits Atommächte, und sie entziehen sich ja, wie Sie wissen, nicht nur ganz allgemein jeder Kontrolle, sondern entziehen ihre Atompotentiale sogar auch der Kontrolle dieser Institution, der Westeuropäischen Union.

Sie können die Völker auch nicht beruhigen, indem Sie sagen, daß Sie die Abrüstungskomponente und die Komponente der **Rüstungskontrolle** verstärken wollen, denn wenn Sie in den Rom-Bericht hineinsehen und wenn Sie an die institutionellen Folgen denken, müssen Sie sich damit abfinden — und ich glaube, es ist sehr schwer für eine solche Versammlung, sich damit abzufinden —, daß die Kompetenzen der Rüstungskontrolle noch mehr beschnitten werden, als sie ohnehin schon beschnitten sind, und daß auch schon durch die personelle Ausstattung nicht die hinreichenden Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden, um wirklich von europäischer Seite, von seiten der Westeuropäischen Union, die Impulse zu geben, die eigentlich nötig sind, wenn wir in Westeuropa zur Abrüstung kommen wollen.

Wir haben wiederholt gefordert, daß die Europäische Gemeinschaft, meinetwegen die Europäische Union, nicht den militärischen Weg und auch technologisch nicht den harten Weg gehen soll, sondern Zivilmacht bleiben soll. Die Regierungsvertreter — Verteidigungsminister und Außenminister —, die sich in Rom getroffen haben, haben nun aber die Weichen in Richtung dieser Militarisierung gestellt; sie haben, nachdem in der Europäischen Gemeinschaft Widerstand, Opposition gegen den Weg zu einer Militärmacht Westeuropa, aufgetreten ist, diese Fragestellung dem direkt gewählten Europäischen Parlament entzogen; sie haben diese Frage-

stellung in diese Westeuropäische Union herübergezogen. Aber, meine Damen und Herren, ist dies hier ein Gremium, das eine parlamentarische Kontrolle jenes Rüstungsaufbaus, eine Kontrolle, die diesen Namen verdient, zustande bringt? Nach allen Beobachtungen, die ich gemacht habe, habe ich da ganz erhebliche Zweifel.

Es ist auch nicht so — ein Redner, nämlich Herr Vecchiotti, hat das hier am Anfang der Debatte gesagt —, daß man sich darüber wundern soll, daß wir als Versammlung nicht ernst genommen werden, daß man uns schon in Rom hingehalten hat, indem wir einen ganzen Tag nur Fragesteller waren und nun lediglich in Beiträgen von fünf Minuten eine eventuelle Opposition gegenüber diesem Projekt anmelden können. Denn es heißt in der Rom-Erklärung zu den institutionellen Fragen, daß man eine Stärkung der Versammlung wolle — das ist das verbale Bekenntnis —, aber was kommt dann? Es kommt die Aussage, daß sich diese Versammlung — also wir — insbesondere vermehrt darum bemühen soll, der Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten die politischen Erklärungen des Rates bewußt zu machen, die den politischen Willen der einzelnen Regierungen zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren, das zeigt doch ganz klar, was der Ministerrat von dieser Versammlung denkt! Das Bedauerliche ist, daß wir — einschließlich dessen, was der Präsident und der Präsidialausschuß dazu veranstaltet haben —, daß wir und Sie, gestandene Parlamentarier, dieses Spiel mitmachen. Und ich sage Ihnen: Das ist nur der Anfang! Es wird mit jeder Militarisierung auch eine Entdemokratisierung einhergehen.

Herr Präsident, ich komme gleich zum Ende. — Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, hat kürzlich in einem Interview bedauert, daß hier nicht Verhältnisse wie in den USA herrschen, daß Westeuropa noch nicht zu diesem Maß an Rüstungsoperation gekommen ist, und er hat darauf hingewiesen, daß die Rüstungsproduzenten in den USA es von einer Küste zur anderen viel leichter hätten, denn das sei ein einheitliches Gebiet, und es gebe einen Auftraggeber, das Pentagon.

Wollen Sie es verantworten, und soll die Entwicklung darauf hinauslaufen, daß Sie eine militärische Superstruktur in die europäische Entwicklung, in die Europäische Union, einbauen? Soll es am Ende ein europäisches Pentagon geben? Streben Sie eine solche Entwicklung an? Dann müssen Sie es auch sagen.

Meine Damen und Herren, ich meine, Sie haben keine Chance, und wir werden uns Mühe geben, dafür zu sorgen, daß Sie keine Chance haben. Sie haben keine Chance, wenn Sie der Bevölkerung klarmachen wollen, dies sei eine Entwicklung, die demokratisch kontrolliert würde, und Sie haben auch keine Chance, wenn Sie gleichzeitig der Bevölkerung, den Völkern in Westeuropa, weismachen wollen, von der Westeuropäischen Union gingen ernsthafte Impulse für Abrüstung und Rüstungskontrolle aus.

Wenn Sie wollen, daß diese Beteuerungen glaubwürdig sind, müssen Sie ganz entscheidende Änderungen an dem vornehmen, was in der römischen Erklärung vorgesehen ist, und Sie müssen noch darüber hinaus dafür sorgen, daß diese Versammlung auch eine wirklich demokratische und zur Kontrolle fähige Versammlung ist.

Danke schön.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Wie wichtig die römische Erklärung und der Geist von Rom sind, erkennen wir ja schon am Beginn dieser Debatte, in der ich als der zehnte Redner erst der zweite bin, der nicht italienisch spricht. Die Schönheit dieser Sprache genießen wir, aber es ist ja auch schon die Anregung gekommen, daß man hier bei der Einteilung der Redner anders vorgeht.

Zunächst aber muß ich mich nicht mit einem Italiener beschäftigen, sondern mit dem anderen, der nicht italienisch gesprochen hat, mit dem Kollegen Vogt. Er wird Verständnis dafür haben, denn er hat mich natürlich provoziert. Er hat Frantz Fanon zitiert, einen Europa-Hasser, als den er ihn auch zitiert hat, einen Ideologen der Guerilla der Dritten Welt. Er hat hier ein Bild Europas gemalt, das von einem Kulturpessimismus getragen ist, wie man ihn bei der deutschen nationalen Rechten der 20er Jahre, anfangend bei Spenglers „Untergang des Abendlandes“, gekannt hat.

Lieber Kollege Vogt, ich empfehle Ihnen: Gehen Sie einmal in das Nationalmuseum in Daressalem, und schauen Sie sich dort an, wie die Tansanier selbst die Rolle Europas bei der Entwicklung ihres Landes, bei der Bekämpfung der Sklaverei usw. einschätzen, oder fahren Sie einmal nach Äthiopien oder in die Sahel-Zone, wo die Menschen hungern; dann werden Sie feststellen, daß nur die Europäer diese Menschen retten können, daß es die europäische pharmazeutische oder chemische Industrie ist, die mit ihren Produkten diesen Menschen helfen muß, oder daß es die effiziente Landwirtschaft in Europa ist, nicht irgendwelche bärtigen Mediziner mit Amuletten, die diese Menschen vor dem Hunger und dem Hungertod bewahren kann. — Dies wollte ich vorweggeschickt haben, weil ich glaube, daß das auch in dieser Versammlung klar gestellt werden muß.

Bevor ich jetzt zum eigentlichen Thema komme, sage ich Ihnen, lieber Herr Kollege Vogt: Gehen Sie doch einmal in die Geschichte dieser WEU zurück, dann wissen Sie, warum diese WEU entstanden ist. Sie ist entstanden, weil die Menschen in Europa die Logik der Verteidigung erkannt haben und bereit gewesen sind, sich zusammenzuschließen, um einem drohenden Angriff der Sowjetunion oder des Ostblocks ein entsprechendes Gegengewicht entgegenzusetzen zu können.

Die WEU war ja ursprünglich ein Pakt gegen ein Wiederaufleben des Militarismus in Deutschland. Dieser Pakt wurde durch eine andere, durch eine neue Gefahr, die entstanden war, umorientiert. Daß wir heute die WEU wiederbeleben wollen, hängt,

glaube ich, genau mit diesen Fakten zusammen, die sich seitdem nicht geändert haben.

Nun wissen wir alle, daß der Krieg keine Fortsetzung der Politik sein kann. Wir alle wissen heute, daß wir bei den fürchterlichen Waffen, die es in der Welt gibt, den Frieden erhalten müssen. Aber wir wissen auch, daß Frieden nicht dadurch geschaffen wird, daß einseitig abgerüstet wird, sondern nur dadurch, daß vernünftig miteinander verhandelt wird. Hier liegt eine neue Aufgabe der WEU: nicht nur in der Koordinierung der Rüstung — auch das betrachte ich als eine Aufgabe der WEU, solange Abrüstung nicht zustande kommt —, sondern auch in den Verhandlungen das entsprechende Gewicht der Europäer einzubringen.

Meine lieben Kollegen, wir bedauern ja immer, daß die Europäer nicht mit einer Stimme reden. Das berühmte Wort des Präsidenten Kennedy von den zwei Säulen der NATO — Europa und die Vereinigten Staaten — ist ja bis in die Gegenwart hinein nur Gerede gewesen. Wir wissen, daß die Europäische Gemeinschaft dafür kein Mandat hat, daß das einzige Mandat, das wirklich vorhanden und in Verträgen festgeschrieben ist, das **Mandat der WEU** ist.

Warum sollen wir dieses Mandat nicht nutzen, zumal in der WEU Länder vertreten sind, die am gleichen Strang ziehen, was heute im Rahmen der NATO oder der Europäischen Gemeinschaft schon wesentlich schwieriger zu erreichen ist, wenn Sie an Äußerungen etwa von griechischen oder von dänischen Vertretern in der NATO und in der EG denken? Unter den Sieben der WEU ist es leichter, eine gemeinsame Politik zu finden und zu machen.

Als wesentlich betrachte ich es auch — das wird dem Herrn Vogt gar nicht passen —, daß wir nach Artikel 8 des WEU-Vertrages die Aufmerksamkeit auf Konfliktherde außerhalb des Bereichs der NATO lenken können, und zwar, wie es ausdrücklich heißt, auch unter ökonomischen Gesichtspunkten. Ich halte es für notwendig, hier gemeinsam zu beraten und auch gemeinsam zu handeln. Ich selber war Berichterstatter dieser Versammlung für den Tschad-Konflikt, und ich befürchte, daß wir uns, wie die Entwicklung jetzt aussieht, wahrscheinlich bald wieder mit diesem Konflikt beschäftigen müssen. Ich halte das für notwendig, nicht im Sinne einer europäischen Großmachtrolle oder eines Ersatzweltpolizisten, der hier in Europa entstehen sollte, sondern weil es für die Sicherheit in Europa heute notwendig ist, alle Konfliktherde auf dieser Erde zu betrachten, da es nämlich keine lokal begrenzte Politik mehr gibt. Die Leute vom Staatssicherheitsdienst der DDR, die den Staatssicherheitsdienst in Nicaragua aufbauen, und die bulgarischen Pioniere, die in Angola sind, sind Leute aus Staaten des Warschauer Pakts, aber sie sind nicht in Europa tätig. Sie sind in Afrika tätig, sie sind in Lateinamerika, in Mittelamerika tätig. Daran sehen Sie, meine Damen und Herren, wie sehr die Konflikte heute Weltkonflikte sind, wie wenig sie lokal begrenzt sind. Gerade aus diesem Grunde ist — ich sage es noch einmal — die Information, ist die Kontaktnahme nach Artikel 8 notwendig.

Ich bedaure, daß dies in der Vergangenheit viel zu wenig in Anspruch genommen wurde, daß man nicht gemeinsam konsultiert und nicht gemeinsam handelt, sondern diese Kontaktnahme mit den Mitgliedstaaten sowohl beim Tschad-Konflikt als auch bei der Falkland-Auseinandersetzung nicht stattgefunden hat, obwohl sie notwendig gewesen wäre.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen: Es heißt in der römischen Erklärung auch, daß die Rolle dieser Versammlung aufgewertet werden soll. Liebe Kollegen, ich halte das für dringend notwendig. Ich halte z. B. den Punkt II 3 der Erklärung von Rom, wonach auch ein Dialog zwischen den Mitgliedern dieser Versammlung und den nationalen Parlamenten stattfinden soll, für dringend notwendig, für notwendig im Sinne einer besseren Koordinierung auch der nationalen Politiken in Europa.

Vor einem möchte ich aber warnen: Ich möchte nicht, daß — wie es in Reformvorschlägen immer wieder vorkommt — aus dieser Versammlung eine reine Verteidigungsversammlung gemacht wird, indem man sagt, hier sollen die Stellvertreter sein, die anderen sollen im Europarat sein, und man soll Stellvertreter, die Experten für Verteidigung sind, benennen. Natürlich gehören Experten für Verteidigung in diese Versammlung. — Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung, denn ich habe mich erkältet und kann nicht weitersprechen, sondern nur noch sagen: Es gehören auch Politiker, nicht nur Verteidiger, in diese Versammlung.

Antretter (SPD): Herr Präsident! Ich glaube, wir haben unserem Kollegen Masciadri für diesen klaren und ausgezeichneten Bericht, den er uns vorgelegt hat, zu danken. Wir haben ihm, meine ich, auch für das leidenschaftliche Engagement zu danken, mit dem er hinter seiner und unserer Sache steht.

Der Bericht hat dokumentiert, daß die Erklärung von Rom weniger durch inhaltlich-konzeptionelle Ideen geprägt ist als von der Vorstellung, einen zweiten gleichwertigen Pfeiler für das Verhältnis Westeuropa—USA zu errichten. Deshalb zielt die Erklärung zunächst auf die Belegung eines vorhandenen institutionellen Rahmens ab, innerhalb dessen sich eine deutlicher konturierte **sicherheitspolitische Identität Westeuropas** herausbilden soll.

Dabei werden zwei Hauptakzente gesetzt, die ich kurz skizzieren möchte: zum einen eine Intensivierung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Beratungs- und Koordinierungsprozesse im Ministerrat, im Ständigen Rat und in der WEU-Versammlung sowie zwischen diesen Gremien. Zum anderen wird eine Neubestimmung der Funktionen des Ständigen Rüstungsausschusses und des Amtes für Rüstungskontrolle ins Auge gefaßt.

Diese Überlegungen beinhalten prinzipiell begrüßenswerte Ansätze. Aber ich meine, sie leuchten nicht alle Probleme aus.

Diese Ansätze müssen z. B. auf ihre Verträglichkeit mit dem Grundsatz überprüft werden, alles zu vermeiden, was die Möglichkeiten eines friedlichen Wandels zwischen den Staaten in Europa ein-

schränken könnte. Eine verstärkte westeuropäische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann ihr Hauptziel nur darin sehen, die wechselseitigen überzogenen Bedrohungsvorstellungen und militärischen Bedrohungspotentiale in Ost und West abzubauen und damit die Kriegsgefahr zu verringern. Dazu gehört im militärischen Bereich eine grundlegende Überprüfung der sogenannten flexiblen Reaktion, insbesondere des Ersteinsatzes von Kernwaffen sowie aller Pläne für eine offensive Reaktion gegen das Hinterland des Gegners. Dazu gehört ferner der Übergang zu einer strikten Defensivverteidigung, deren Übernahme vom Warschauer Pakt für Europa selbstverständlich ebenfalls gefordert werden muß, um „gleiche Sicherheit“ zu gewährleisten. Dies könnte möglicherweise ein Ergebnis der künftigen KVAE-Verhandlungen sein. Und dazu gehört im politischen Bereich eine Auflockerung der Supermachtkonfrontation in Europa, ohne dabei die Bündnissysteme grundsätzlich in Frage zu stellen. Dazu gehört als flankierende Maßnahme eine von der Europäischen Gemeinschaft ausgehende Initiative für eine Erweiterung und Vertiefung der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Osten.

Nun wurde seit den Tagen von Rom viel diskutiert und spekuliert, und manches wird hinter vorgehaltener Hand gesagt. Wenn wir es aber mit einer substantiellen Neugestaltung der WEU ernst meinen, dann dürfen wir erstens nicht bei Strukturfragen stehenbleiben, und dann dürfen wir außerdem Widersprüche nicht nur hinter vorgehaltener Hand ansprechen. Ich will auf einige dieser Punkte eingehen versuchen.

Wie immer die Mitverantwortung der Sowjetunion für die in den letzten Jahren entstandene Krise der Entspannung sein mag — und sie ist, weiß Gott, nicht gering zu veranschlagen —, die Tendenz zur Beschränkung der NATO auf eine Agentur militärischer Sicherheitspolitik und neue Rüstungsprogramme hat jedenfalls verstärkt die Frage nach den Möglichkeiten einer Neuordnung des Sicherheits- und Verteidigungsbündnisses für Westeuropa entstehen lassen. Dabei wäre es übrigens eine zu enge Sichtweise, Dissonanzen zu den USA nur im Bereich der Sicherheitspolitik zu sehen. Die Auseinanderentwicklung der Interessen zeigt sich auch in weiten Teilen der Wirtschaftspolitik. Und wir wissen hier ganz besonders gut, daß auf dem Gebiet der rüstungspolitischen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa die amerikanischen Regierungen mit besonderer Selbstverständlichkeit die transatlantische Beziehung als Einbahnstraße betrachten. Wir haben bei der Beratung mehrerer Berichte Gelegenheit gehabt, gerade hier in der Versammlung darüber zu sprechen.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen, der für die Bundesrepublik Deutschland als Dreh- und Angelpunkt aller Pläne für eine Stärkung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in Westeuropa gesehen werden muß. Ich meine die Rolle, die Frankreich derzeit spielt und die Frankreich möglicherweise spielen

könnte. Der Vertrag der WEU sieht bekanntlich eine automatische Beistandspflicht vor. Diese Beistandspflicht steht aber nur auf dem Papier, solange sich die französischen Streitkräfte jeder militärischen Integration entziehen und die französische Atomstreitmacht erklärtermaßen nur zum Schutz des Sanktuariums Frankreich — und womöglich noch auf deutschem Vorfeld — geplant ist. Die Frage ist also — ich stelle sie mit den Worten meines Kollegen Gansel vor dem Deutschen Bundestag —, wie weit sich die Interessen Frankreichs an der Reaktivierung der WEU mit den Interessen der andern WEU-Länder decken, die an der militärischen Integration der NATO teilhaben und Risiko tragen, und ob **Frankreich** bereit sein wird, auf **seine sicherheits- und verteidigungspolitische Sonderrolle** zu verzichten und statt dessen eine westeuropäische Führungsrolle in diesem Bereich zu spielen.

Zum Schluß darf ich an dieser Stelle auf eine Skizze hinweisen, die der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer Rede im Bundestag entworfen hat. Gegenstand dieser Sicherheitsinitiative, wie er sie nannte, wäre ein planmäßiges Aufeinanderabstimmen des französischen und westdeutschen konventionellen Verteidigungspotentials für die Zwecke der Vorneverteidigung, wodurch das Problem des Umfangs der amerikanischen Truppenpräsenz in Westeuropa entschärft würde. Ferner würde das von der französischen Force de frappe zu schützende Sanktuarium durch einseitige französische Erklärung auf die Bundesrepublik ausgedehnt, womit die mit der amerikanischen Truppenpräsenz verbundenen Nuklearschwellenprobleme in den Hintergrund treten könnten. Im Gegenzug würde sich die Bundesrepublik verpflichten, der rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit und vor allem der Kooperation im Bereich der Spitzentechnologien in Westeuropa Priorität einzuräumen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir wissen natürlich, daß sich dann das Problem des **Waffenexports** in besonderer Weise abzeichnet, und wir haben da auch gewisse Bedenken, weil sich gerade die Bundesrepublik sehr weitgehende Rüstungsbegrenzungen auferlegt hat. Dem muß Augenmerk geschenkt werden. Das Problem könnte vielleicht lösbar sein.

Weil ich sehe, daß ich meine Zeit schon überschritten habe, möchte ich mich an dieser Stelle bedanken, Herr Präsident.

Dr. Freiherr Spies von Büllenheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Der Bericht des Kollegen Masciadri ist ein Bericht, für den man dem Berichterstatter sehr danken muß. Man muß ihm vor allem deshalb für diesen Bericht danken — ich schließe da auch den Kollegen Lord Reay ein —, weil er eine Fülle von Anregungen für die künftige Arbeit der WEU gibt. Angesichts der Fülle dieser Anregungen möchte ich mich auf vier Bemerkungen beschränken.

Die erste ist ganz allgemeiner Art. Wann immer man über eine **Reaktivierung der WEU** redet, wird

man immer wieder gefragt: Wie wird denn euer künftiges Verhältnis zu Amerika sein? Wie stehen denn die USA dazu? Wollt ihr euch etwa aus dem Westen lösen? Wollt ihr etwa selbständig sein? Ich kann dabei immer nur darauf verweisen — und das ist eine sehr erfreuliche Feststellung —, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die Reaktivierung der WEU mit großem Wohlwollen begleiten. Angesichts mancher Äußerungen, die wir auch heute wieder hier gehört haben, sollte man darauf verweisen, daß nichts, was von der WEU, jedenfalls von der Mehrheit der Abgeordneten dieser Versammlung, gesagt wird, jemals so interpretiert werden könnte, daß die Reaktivierung der WEU sich etwa gegen die Vereinigten Staaten richten könnte. Das wäre ausgeschlossen. Nichts, was hier gesagt wird, könnte in dieser Richtung verstanden werden. Denn wir alle sind uns darüber klar, daß wir eine wirksame Verteidigung, eine wirksame Sicherheit für uns auf absehbare Zeit nicht ohne die Vereinigten Staaten schaffen und erhalten können.

Die zweite Bemerkung betrifft das Verfahren, das im Hinblick auf diese Reaktivierung gewählt wird. Der Berichterstatter verweist in seinem Bericht etwas kritisch darauf, daß ein **informelles Verfahren** gewählt worden ist, daß unser Präsident ad personam Gespräche geführt hat und natürlich auch führen wird, daß aber die Versammlung als solche bei einem informellen Verfahren nicht in der gebührenden Weise eingeschaltet ist. Ich glaube, daß der Berichterstatter recht hat. Das ist nicht kritisch gegenüber unserem Präsidenten gemeint. Die erste Pflicht des Präsidenten ist es, sich einzuschalten und diese Versammlung zum Zuge zu bringen, wo immer ihm das möglich ist. Aber ich meine, wir sollten aus den Reihen dieser Versammlung auch diese Bemerkung des Berichterstatters noch einmal unterstreichen und unseren Präsidenten oder den Präsidialausschuß bitten, bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hinzuwirken, daß auch Ausschüsse dieser Versammlung — vielleicht in informellen Gesprächen, als auf der zweiten oder dritten Ebene — mit den eingesetzten Arbeitsgruppen konferieren. Ich glaube, das ist erreichbar und sollte angestrebt werden. Die jeweiligen Ausschüsse dieser Versammlung sollten einen direkten, wenn auch informellen, Kontakt zu den Arbeitsgruppen oder Vertretern der Arbeitsgruppen haben, die der Ständige Rat eingesetzt hat. — Herr Präsident, Sie nicken zu meiner Bemerkung. Das ist eine auch ganz persönliche Bitte an Sie.

Die dritte Bemerkung. Es wird immer wieder darüber Klage geführt, auch in diesem Bericht, daß die **gemeinsame Herstellung von Rüstungsgütern** bei weitem noch nicht den Stand erreicht hat, den wir uns vorgestellt haben und den wir für wünschenswert halten. Wir sollten aber, meine ich, hier in der parlamentarischen Versammlung, wie man in Deutschland so sagt, unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Wir sollten uns nicht schlechter darstellen als wir sind. Es besteht durchaus Anlaß zu der Feststellung, daß der gegenwärtig erreichte Stand der gemeinsamen Produktion und der Abstimmung nicht in dieser Weise erreicht worden wäre, wenn es nicht in den Ausschüssen dieser Ver-

sammlung diesen engen Kontakt der Nationen gäbe. Ich kann das auch als Mitglied des Ausschusses für Forschung und Technologie dieser Versammlung sagen. Wie oft haben wir Projekte beraten! Wie oft sind wir zusammengekommen und haben gesagt: Wir als Parlamentarier unserer Nationen wollen uns jetzt bei unseren Verteidigungsministerien einmal ganz informell darum bemühen, daß dieses oder jenes gemeinsame Projekt vorangetrieben wird! Wenn wir auch das Ziel, das wir erreichen wollen, längst nicht erreicht haben, haben wir doch zu dem jetzt wenigstens erreichten Stand erheblich beigetragen.

Meine vierte und letzte Bemerkung bezieht sich auf die **Beitrittswünsche anderer europäischer Staaten**. Wir können ja die erfreuliche Entwicklung beobachten, daß, seitdem die WEU reaktiviert wird, Freunde aus den nordischen Staaten, die wir zum Teil natürlich aus dem Europarat kennen, als Beobachter hier sind, daß wir Beobachter von Spanien und Portugal hier haben und daß unsere Versammlung auf ein positives Interesse stößt. Das ist sicherlich eine positive Begleitwirkung.

Ich sehe, meine Redezeit ist abgelaufen. Herr Präsident! Ich bin in einer Minute zu Ende.

Wir sollten aus dieser Versammlung noch einmal den allgemeinpolitischen Wunsch nachdrücklich betonen, daß es natürlich im Interesse der Sicherheit Europas nicht so sein kann: Gemeinsame Sicherheit Europas, gemeinsames Europa im Wirtschaftsbereich im Rahmen der EG, aber einige Staaten aus diesem Europa, die wir auch strategisch und für unsere Verteidigung brauchen, stehen außerhalb der WEU. Es besteht also der politische Wunsch des Zusammenfügens aller Staaten auch im militärischen Bereich. Wir sollten uns bemühen — damit will ich schließen —, für die notwendige Zwischenzeit einen **Beobachterstatus** zu formalisieren, mehr zu formalisieren, als es nach den Regeln unserer Geschäftsordnung bisher möglich ist. In dieser Zwischenzeit wäre schon viel gewonnen, wenn auch Beobachter der am Beitritt interessierten Staaten hier in der Versammlung das Wort nehmen und die Sicht ihrer Länder ausdrücken könnten. Eine Wartezeit wird es immer geben; es sind viele Probleme zu lösen. Aber das wäre ein Weg, der nach und nach alle europäischen Staaten zu dem Ziel führen könnte, das wir erreichen wollen, nämlich daß sich auf die Dauer die Mitgliedsländer der EG und unserer WEU decken. Vielen Dank.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, nachdem so viele Kollegen bereits die Thematik der ausgezeichneten Berichte behandelt haben, möchte ich mich nicht mehr lange über die Frage auslassen, ob wir die Westeuropäische Union reformieren wollen, sondern wie wir es tun sollen. Dazu darf ich in Ergänzung der Berichte ein paar kurze Überlegungen vortragen.

Ich glaube, das zentrale Organ der Westeuropäischen Union ist derzeit immer noch der **Ständige Rat** der Botschafter in London. Ich stelle die Frage, ob die Konstruktion dieses Rates wirklich den Auf-

gaben entspricht, die die Westeuropäische Union hat. Jede andere Institution europäischer Art, die wir kennen, auch etwa die Institution der NATO, verfügt über besondere Botschafter, über Mitglieder, die sich ausschließlich um die Frage der entsprechenden Organisation kümmern, und sie haben nicht die Praxis, die sich zwangsläufig bei den Botschaften in London eingeschlichen hat, jeweils die jüngsten Beamten des Hauses mit den Fragen der Organisation, also der Westeuropäischen Union, zu befassen.

Wenn wir wirklich ernsthaft an eine Reform der Westeuropäischen Union gehen, dann, meine ich, ist es notwendig, den Ständigen Rat völlig neu zu besetzen, einen eigenen Ständigen Rat zu schaffen und nicht nur ein Gremium zu besetzen, in dem bereits überbeschäftigte Botschafter noch etwas nebenbei erledigen müssen, was nach unserer Auffassung eine zentrale Arbeit wäre.

Ein zweites, meine Damen, meine Herren: Ich glaube, es wird notwendig sein, daß es eine so relativ kleine Einrichtung wie die Westeuropäische Union endlich aufgibt, sich den Luxus zu leisten, gleich zwei Hauptstädte zu haben. Wir werden, wenn wir ernstgenommen werden wollen, nicht darum herumkommen, die verschiedenen **Institutionen der Westeuropäischen Union in einer Stadt** zu konzentrieren. Ich will dabei keine Stadt vorschlagen, ich habe lediglich die Bitte, daß dann für die parlamentarische Versammlung ein Sitzungs- und Arbeitsraum geschaffen wird, in dem man nicht wie hier unter Lichtverhältnissen arbeitet, die denen einer pompösen Friedhofskapelle entsprechen.

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie mich als dritten Punkt die Frage anschneiden, wie wir uns als parlamentarische **Versammlung der Westeuropäischen Union** gegenüber dem Ministerrat, gegenüber dem Ständigen Rat nicht nur besser äußern, sondern vor allem unsere Arbeit besser vorbereiten können. Wir haben gestern im Politischen Ausschuß unserer Versammlung eine bewegte Debatte erlebt und darüber geklagt, wie wenig wir uns im Grunde genommen um die Fragen kümmern können, die uns hier aufgeladen werden. Wir haben an die Wahlkreisarbeit erinnert, an die Tätigkeit im nationalen Parlament, an die Tätigkeit im Europarat und kamen erst an vierter Stelle zur Westeuropäischen Union.

Gewiß, Lord Reay hat Vorschläge unterbreitet, wie man dies vielleicht verbessern kann, indem man z. B. die Zahl der Delegationsmitglieder der zumindest der stellvertretenden Delegationsmitglieder verändert, um möglicherweise wenigstens die Zusatzarbeit im Europarat auszuschalten.

Meine verehrten Damen, meine Herren, ich bin aber sicher, daß dies allein nicht ausreicht. Es ist notwendig, daß wir eine Einrichtung schaffen, die sozusagen das parlamentarische Gegenstück zum Ständigen Rat bildet, nicht eine Einrichtung aus Parlamentariern, sondern aus **Beauftragten der Parlamentarier**, die dann in ähnlicher Form für die Versammlung arbeiten wie der Ständige Rat für den Ministerrat. Ich sage dies mit aller Sorgfalt,

weil ich davon überzeugt bin, daß wir erst dann eine wirkliche Entlastung bei der Vorbereitung und Koordinierung der Arbeit vorfinden, wenn wir ein solches Gremium schaffen können. Dieses Gremium soll und kann uns als den gewählten Vertretern nicht die Arbeit abnehmen, aber es kann die Arbeit so vorbereiten, daß es in der Tat später in Zusammenarbeit mit dem Ministerrat mehr aus dieser Westeuropäischen Union macht, als dies derzeit der Fall ist.

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie mich in dem Zusammenhang auch die Frage anschneiden, wie nützlich im Augenblick die Arbeit der verschiedenen Sekretariate ist. Ich bekenne offen: Ich kann dies nicht voll beurteilen, weil ich einfach nicht die Zeit habe, die Arbeit in vollem Umfang zu würdigen. Aber ich bemerke, daß alle internationalen Organisationen darangehen — wenn sich gerade die Gelegenheit bietet, muß ich einfügen —, den Generalsekretär ihrer Einrichtung nicht mehr aus dem Stand der Beamten zu nehmen, sondern daß sie einen **politischen Generalsekretär** an die Spitze der Organisation stellen, und zwar nicht, weil die beamteten Generalsekretäre nicht in der Lage wären, die Arbeit auszuführen, wo wir gerade in unserem Fall kaum Kritik anbringen können, sondern einfach weil sie wissen, daß ein ehemaliger Minister, der Generalsekretär einer Organisation ist, natürlich einem amtierenden Minister ganz anders als ein Beamter entgegentreten kann, der nie die Chance hatte, irgendwann einmal Minister zu werden.

Lassen Sie mich auch bitte überlegen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die verschiedenen Sekretariate und vor allem die wichtigsten Funktionen in diesen Sekretariaten nicht mehr als **Stellen** anzusehen, die jemand **auf Lebenszeit** einnimmt, sondern als Stellen, die für ein paar Jahre besetzt werden, wobei dann die Außenämter oder die Verteidigungsministerien unserer Mitgliedstaaten darum wetteifern dürfen, die besten Beamten in die WEU-Einrichtungen zu schicken, damit wir auf diese Weise ebenfalls in der Lage sind, die Effizienz der Sekretariate zu steigern, ohne daß man in die Gefahr gerät, weil man seit 20 Jahren dieselbe Arbeit tut, unter Betriebsblindheit zu leiden.

Meine Damen und meine Herren, Herr Präsident, ich sehe, daß meine Zeit abläuft und möchte deswegen nur noch eine Schlußbemerkung machen. Es kommen inzwischen — das spricht eigentlich für die Attraktivität der WEU — die ersten Anfragen, ob wir es uns nicht leisten könnten, diese **Westeuropäische Union zu vergrößern**, ob wir nicht weitere Mitgliedstaaten aufnehmen sollten. Ich glaube, wir sind uns darüber im klaren, daß wir alle demokratischen Staaten Europas in unserer Runde herzlich willkommen heißen würden. Aber ich möchte davor warnen, dies undifferenziert zu tun, und will den Rat geben, zunächst einmal dieses derzeit in Unordnung befindliche Haus der Westeuropäischen Union wirklich zu reformieren, damit wir dann denen, die zu uns kommen wollen, die Chance geben, in einem reformierten Haus in der Tat so gut mit uns zusammenzuarbeiten, wie wir es alle im Interesse der Sicherung des Friedens tun möchten.

Gansel (SPD): Herr Präsident! Ich begrüße den sorgfältigen Bericht und die Empfehlung, die in einem Geist erarbeitet worden ist, der darauf abzielt, unter uns so viel Gemeinsamkeit wie möglich herzustellen. Dennoch sind an dieser Empfehlung Ergänzungen und Verbesserungen möglich. Die deutschen Sozialdemokraten und mit ihnen eine größere Anzahl von Sozialisten und Sozialdemokraten in dieser Versammlung werden den meisten Änderungsanträgen zustimmen, z. B. dem ersten Antrag von unserem Kollegen Cavaliere und den Anträgen 5 bis 13. Dem Antrag 10 kann man zustimmen, wenn man dem Antrag 6 zustimmt. Die Anträge 2, 3, 4 und 14 werden wir ablehnen. Unter den Anträgen, die wir befürworten, befinden sich Anträge von Christdemokraten und Kommunisten, von französischen Sozialisten und von holländischen Sozialisten, von Liberalen und von Sozialdemokraten, also aus der ganzen politischen Parteienlandschaft unseres Europas. Ich halte es für notwendig, daß wir uns in dieser Versammlung nicht auseinanderdividieren, nach den Frontlinien der innenpolitischen Streitigkeiten in unseren Ländern, sondern daß wir uns hier als Europäer verstehen.

Wir haben in der Herausbildung und gemeinsamen Vertretung europäischer Interessen noch sehr viel zu leisten. Wir reden immer davon, daß Europa mit einer Stimme reden soll. Mir geht es nicht um eine Stimme oder um Harmonie; wir sind kein Kirchenchor, wir sind auch kein Symphonieorchester, wir sind keine Musiker, sondern wir sind Politiker. Wir haben in Europa gemeinsame Interessen zu vertreten, und da dürfen wir nicht der Gefahr erliegen, in blumigen Bildern zu sprechen, sondern wir sollten die Wirklichkeit nüchtern analysieren, unsere gemeinsamen Ziele entwickeln und gemeinsam **europäische Interessen** vertreten.

Ich glaube, das ist vor allen Dingen in drei Bereichen erforderlich.

Erstens. Unser wichtigstes gemeinsames Interesse ist es, daß wir in Europa einen Krieg verhindern, daß wir unsere **Sicherheit garantieren**. Wir sehen diese durch die militärischen Potentiale der Sowjetunion und des Warschauer Paktes bedroht. Wir wissen, daß wir unsere Sicherheit nur mit den Vereinigten Staaten von Amerika garantieren können, aber wir wissen auch, daß europäische und amerikanische Interessen nicht identisch sind, und zwar aus geopolitischen wie nuklearstrategischen Gründen und weil die USA als Weltmacht globale Verantwortung und globale Verwicklungen hat. Es ist wichtig, daß Europa sich nicht in diese Verwicklungen hineinziehen läßt, daß der Funke des Krieges nicht aus anderen Regionen der Welt nach Europa überspringt. Es ist wichtig, daß wir unsere Verteidigung auf das Gebiet des Nordatlantikpaktes beschränken; aber wir müssen erkennen, daß es Bedrohungen in anderen Teilen der Welt gibt, und deshalb bitte ich, dem Amendment 6 zuzustimmen, das sich an dem Minimum des Art. 8 des Vertrages der Westeuropäischen Union orientiert.

Unser zweites gemeinsames Interesse — neben unseren jeweiligen nationalen Interessen — ist die **europäische Einigung**. Es ist unsere Aufgabe, un-

sere nationalen Interessen mit den europäischen Interessen in Einklang zu bringen. Wir werden den Prozeß der politischen Einigung Europas nur beschleunigen können, wenn wir die Westeuropäische Union für andere europäische Staaten offenhalten, nicht aus Gründen gemeinsamer Waffenproduktion, wie es im Amendment 11 heißt, sondern aus Gründen der politischen Einigung. Das gilt für Portugal und Dänemark, das gilt vielleicht auch für Norwegen und für Spanien. Die Westeuropäische Union darf kein exklusiver Club sein, der die europäische Einigung möglicherweise militarisiert und auf ein Kleineuropa begrenzt. Wir wissen, Sicherheitspolitik ist ein Element der europäischen Einigung; es darf nicht das dominierende sein. Ich glaube nicht, daß ein Europa der Generale und Waffenhändler erfolgreicher sein wird als ein Europa der Weinbauern und der Milchviehhalter.

Unser drittes Interesse ist es, daß wir wahrnehmen, daß Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik auf Grund ihrer bevölkerungsmäßigen, wirtschaftlichen und militärischen Stärke zwar eine besondere Position haben, dies aber nicht bedeutet, daß diese drei Staaten in Europa besondere Rechte haben. Sie haben besondere Pflichten. Ihre Position darf keine Position der Privilegien sein, sondern es muß die Position einer besonderen Verantwortung für Europa sein. Deshalb warne ich vor dem, was mein Kollege Bruce George in der NATO-Versammlung als die Gefahr einer **Tripartheit in Europa** bezeichnet hat: Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik auf der einen Seite und auf der anderen Seite sozusagen der Rest. Wenn wir so verfahren, wird es nie ein einiges Europa geben, und deshalb ist es auch wichtig, daß wir nicht vorschnell über einen einzigen Sitz der Westeuropäischen Union entscheiden.

Nur London als Sitz könnte Frankreich in eine Abseitsposition bringen. Nur Paris als Sitz könnte eine dominierende Rolle Frankreichs in der WEU bedeuten. Vielleicht gibt es auch andere Alternativen. Aber das Wichtigste ist, daß alle europäischen Mitgliedstaaten, daß alle Staaten in der Westeuropäischen Union sich von uns gemeinsam vertreten fühlen, und deshalb bitte ich, die Anträge 2 und 3 des Kollegen Cavaliere jetzt abzulehnen.

Die Erklärung von Rom besteht im wesentlichen aus Formalitäten. Ich habe Respekt vor der Arbeit der Diplomaten, aber die Hauptarbeit müssen wir als Politiker leisten, vielleicht nicht in dieser Versammlung, sondern in den Versammlungen zu Hause. Die Hauptaufgabe wird nicht sein, Absprachen zu treffen, ob sich Minister auch einmal informell treffen dürfen, sondern die Hauptsache wird sein, daß wir unsere gemeinsamen europäischen Interessen besser erkennen, sie besser durchsetzen und daß wir es im Geiste des Kompromisses tun. Dazu wollten wir mit unseren konkreten Vorschlägen zu den vielen Amendments unseren Beitrag leisten. Rom ist ein Versuch, wir wollen ihn nicht überschätzen, wir wollen ihn als eine Chance betrachten und dazu wollen wir unseren Beitrag leisten.

Ich bedanke mich, Herr Präsident.

Empfehlung 416

**betr. WEU, Europäische Union
und das Atlantische Bündnis**

Die Versammlung

- (i) erinnert an ihre Empfehlungen 406 und 407
- (ii) unterstützt die Initiative ihres Präsidenten, der am 20. September 1984 dem Amtierenden Ratsvorsitzenden ein Memorandum überreichte;
- (iii) vertritt die Auffassung, daß ein konzertiertes Vorgehen der europäischen Mitglieder des Atlantischen Bündnisses insbesondere in Fragen der Verteidigungspolitik des Bündnisses und der von diesen Ländern außerhalb des Vertragsgebietes des Nordatlantischen Bündnisses verfolgten Aktionen für die europäische Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist;
- (iv) begrüßt daher den Beschluß der Minister, eingehende Gespräche zu führen und eine Abstimmung ihrer Auffassungen zur konkreten Sicherheitslage in Europa, und insbesondere zu den in Absatz 8 der Erklärung von Rom angeführten sechs Punkten anzustreben;
- (v) begrüßt die Absicht des Rates, die WEU mit neuem Leben zu erfüllen, um sie den derzeitigen Erfordernissen der europäischen Sicherheit und der Wahrung des Weltfriedens anzupassen, sowie das Bestreben des Rates, zu diesem Zweck den Dialog zwischen dem Rat und der Versammlung zu verbessern;
- (vi) vertritt die Auffassung, daß die Übertragung einer neuen und umfassenderen Rolle an die WEU zunächst einmal impliziert, daß der Rat seine Verpflichtung gemäß Artikel VIII des Geänderten Brüsseler Vertrages effektiv erfüllt;
- (vii) stellt fest, daß eine verstärkte informelle Verfahrensweise der Arbeit des Rates dienlich sein kann, jedoch die Gefahr in sich birgt, daß die Mitgliedsländer sowohl bei intergouvernementalen Konsultationen als auch im Bereich der Beziehungen zwischen dem Rat und der Versammlung weniger Verpflichtungen eingehen;
- (viii) begrüßt, daß die Liste der Rüstungsgüter in Anhang III des Protokolls Nr. III gestrichen wurde;
- (ix) stellt fest, daß die Übertragung einer neuen und umfassenderen Rolle an den Rat bedeutet, daß der Rat andere Informationsmöglichkeiten erhalten muß als diejenigen, die ihm das Amt für Rüstungskontrolle bisher geboten hat, insbesondere, um Fragen der Abrüstung und des Gleichgewichts der Kräfte angehen zu können;
- (x) vertritt die Auffassung, daß die gemeinsame Herstellung von Rüstungsgütern durch die Mitgliedsländer der WEU nur langsam Fortschritte macht;
- (xi) vertritt die Auffassung, daß die Tätigkeit der Versammlung nur auf der Grundlage des ständigen Dialogs mit dem Rat möglich ist;
- (xii) begrüßt die Beschlüsse oder Richtlinien, die der Rat am 27. Oktober 1984 angenommen und der Versammlung mitgeteilt hat, sowie den fruchtbaren Meinungsaustausch in Rom am 29. Oktober, erinnert jedoch daran, daß eine Reorganisation der Strukturen der WEU dringend erforderlich ist, damit diese den neuen Erfordernissen gerecht werden kann;
- (xiii) begrüßt, daß in der Erklärung von Rom, die Frage der Abrüstung in das Tätigkeitsfeld des Rates aufgenommen wurde;

empfiehlt dem Rat,

1. an seinem Beschluß festzuhalten, die Verteidigungs- und Außenminister der Mitgliedsländer mindestens zweimal pro Jahr, insbesondere vor den Tagungen des Nordatlantikrates, zu einem Treffen einzuberufen;
2. dem Ständigen Rat entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit dieser in Anwendung von Artikel VIII des Geänderten Brüsseler Vertrages handeln kann, und zu diesem Zweck
 - (a) die Mitgliedsländer aufzufordern, im Rahmen der Anwendung von Artikel VIII des Geänderten Brüsseler Vertrages einen ständigen Vertreter beim Rat zu ernennen;
 - (b) dem Generalsekretär die Initiativbefugnisse zu erteilen, die es ihm ermöglichen, die Verantwortung für die Anwendung von Artikel VIII zu übernehmen;
3. Die Existenz- und Funktionsfähigkeit der technischen Organe der WEU zu gewährleisten, um die Unterstützung und die Informationen zu erhalten, die notwendig sind, um Fragen der Sicherheit Europas im Rahmen des Atlantischen Bündnisses, Ereignisse, die außerhalb des Vertragsgebietes des Nordatlantischen Bündnisses stattfinden und die Sicherheit Europas betreffen, sowie Probleme der Abrüstung und der Rüstungskontrolle, die Aussichten einer europäischen Rüstungszusammenarbeit und eine aktive Politik zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West zu untersuchen;
4. das Amt für Rüstungskontrolle und den Ständigen Rüstungsausschuß schrittweise an diese neuen Erfordernisse anzupassen;
5. den informellen Dialog zwischen dem Rat und der Versammlung entsprechend den Vorschlägen des Rates zu verbessern, jedoch zugleich auch das offizielle Verfahren des Austausches zwischen den beiden Organen der WEU beizubehalten;
6. die zu erwartende Wiederaufnahme der internationalen Abrüstungsverhandlungen genau zu verfolgen und die erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten, die Europa eine aktive Rolle in diesen Verhandlungen ermöglichen;

7. die Zusammenarbeit zwischen der WEU und den europäischen Mitgliedsländern des Atlantischen Bündnisses, insbesondere auf dem Gebiet der gemeinsamen Rüstungsproduktion, zu verbessern und dabei das Ziel, nämlich den Beitritt dieser Länder zur WEU, sobald es die Umstände erlauben, zu berücksichtigen.

Richtlinie 58

betr. die Beziehungen zwischen der Versammlung und dem Rat

Die Versammlung

bringt ihre Genugtuung über die in der Erklärung von Rom angekündigten Absichten zum Ausdruck;

fordert den Präsidenten auf,

in Abstimmung mit dem Rat geeignete Schritte im Hinblick auf die Beteiligung der Versammlung an den Beratungen und Entscheidungen zu unternehmen, die durch die Übertragung einer neuen und bedeutenderen Rolle an die Westeuropäische Union erforderlich werden;

beauftragt den Präsidialausschuß,

die Modalitäten einer ständigen Verbindung zum Rat oder seinem Vorsitzenden festzulegen und dafür Sorge zu tragen, daß der Versammlung der erfolgreiche Abschluß ihres Auftrags in bezug auf die Erarbeitung einer neuen und bedeutenderen Rolle für die WEU ermöglicht wird.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des italienischen Verteidigungsministers, Giovanni Spadolini

(Themen: Wiederbelebung der WEU, ein Schritt zur europäischen politischen Union — Instrumente der Abrüstung und Waffenkontrolle)

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Minister, der Rat hat die Absicht bekräftigt, die WEU zu reaktivieren, und er hat gleichzeitig erklärt, daß der WEU keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt würden. Ich halte das für richtig, denn jede Bürokratie hat im Hinblick auf erhoffte Zuständigkeiten die Tendenz, sich auszuweiten. Meine Frage ist, wo der Rat tatsächlich sehr bald konkrete Vorschläge machen wird, ob überflüssige Stellen und **überflüssiger Finanzaufwand in der WEU, Rüstungskontrolle etc.**, tatsächlich **eingespart werden können**, ob wir diese Vorschläge bald erwarten können und ob sich die italienische Regierung dafür einsetzen wird, daß wir sie bekommen, und zweitens, ob diese Vorschläge auch so eingebracht werden, daß sie Gegenstand einer Beratung in dieser Versammlung sein können.

Verteidigungsminister Spadolini bejaht den ersten Teil der Frage

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Minister, ich habe vier Fragen.

Die erste Frage: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß es in der Westeuropäischen Union sehr viele Bürger gibt, die den **Begriff der Sicherheit** nicht ausschließlich militärisch definiert wissen wollen, die also nach politischen Lösungen suchen und die im Augenblick sehr enttäuscht darüber sind, daß die Europäische Gemeinschaft von einer Zivilmacht zu einer Militärmacht wird? Es ist in diesem Zusammenhang natürlich klar, daß, wenn Ihnen ein — wie Sie sagen — Billet überreicht wird, in dem auf diesen Zustand hingewiesen wird, dies ein ernster Appell an Sie ist, darüber einmal nachzudenken.

Die zweite Frage: Ist Ihnen bewußt, daß die Sowjetunion im Zusammenhang mit der **Aufhebung der Waffenrestriktionen gegenüber der Bundesrepublik** aus historischen Gründen sehr besorgt ist? Ist Ihnen das Aide-mémoire vom 10. Juli 1984 gegenwärtig, in dem zum Ausdruck kommt, daß gerade die Fähigkeit der Bundesrepublik, weitreichende strategische Waffen herzustellen, in der Sowjetunion erhebliche Besorgnis auslöst? (Zurufe). — Herr Kollege, ich frage, ob der Herr Minister bereit ist, dieses Aide-mémoire zur Kenntnis zu nehmen.

Die dritte Frage stelle ich, nachdem die Rom-Erklärung von den Ministern abgegeben worden ist: Ist Ihnen bewußt, daß es sehr viele Bürger in Europa gibt, die der Meinung sind, daß in der Europäischen Gemeinschaft bzw. in der Westeuropäischen Union eher **Abrüstungsinitiativen** ergriffen werden sollten, und ist Ihnen bewußt, daß es in weiten Kreisen der europäischen Bevölkerung als außerordentlich problematisch angesehen wird, daß die Minister der Westeuropäischen Union keine andere Sorge haben, als einen neuen Rüstungsschub auszulösen?

Viertens. Was meinen Sie angesichts der Formulierung in der römischen Erklärung, die da lautet, daß sich die Versammlung besonders und vermehrt darum bemühen soll, der Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten die politischen Erklärungen des Rates bewußt zu machen? Sind Sie nicht auch der Meinung, daß dies eine Formulierung ist, die einer demokratischen Versammlung unwürdig ist? Sollte es nicht eher umgekehrt sein, nämlich so, daß die Versammlung dem Rat bestimmte Vorstellungen nahezubringen hat, daß der Rat dann darauf reagieren kann und daß er dies möglicherweise auch der Öffentlichkeit bewußt machen kann?

Verteidigungsminister Spadolini verweist hinsichtlich des angestrebten Charakters der WEU auf den Text seiner Ansprache, der nicht durch die von den GRÜNEN in Umlauf gebrachte Broschüre berührt sei. Der frühere Bundeskanzler Schmidt habe ihm einmal die unmittelbar hinter der Grenze befindlichen osteuropäischen Arsenale gezeigt. Die Erklärung von Rom beschränke sich keineswegs auf Verteidigungsfragen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher

Bundesminister **Genscher** (Bundesrepublik Deutschland): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Auf ihrer Jubiläumstagung in Rom haben die Außen- und Verteidigungsminister der WEU ein klares Bekenntnis zu einer engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit abgelegt.

Über die in Rom gefaßten Beschlüsse habe ich Sie am 29. Oktober dieses Jahres ausführlich unterrichtet.

Diese Beschlüsse sind mutig, sie sind wegweisend und sie sind konstruktiv.

Eine enge vertrauensvolle **sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit in der WEU** bringt

- den europäischen Einigungsprozeß voran,
- stärkt das Atlantische Bündnis,
- leistet einen Beitrag zum Dialog zwischen West und Ost
- und dient dem Frieden.

Für eine erfolgreiche sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Sieben trägt die WEU-Versammlung eine hohe Mitverantwortung. Sie hat wichtige Aufgaben zu erfüllen.

Dazu gehören:

1. Die Versammlung reflektiert die Meinungen der Bürger unserer Länder zu sicherheitspolitischen Fragen und gibt ihnen parlamentarischen Ausdruck.
2. Versammlung und Ministerrat stehen in ständigem Austausch. Die Versammlung erarbeitet eigene Vorstellungen zu wichtigen sicherheitspolitischen Fragen, die in Beschlüssen des Ministerrats Berücksichtigung finden.
Diese Beschlüsse sind wiederum Gegenstand von Beratungen der Versammlung.
Dies ist — auf internationaler Ebene — praktizierte Demokratie.
3. Die Versammlung unterhält regelmäßige Kontakte zu anderen Parlamenten.
Sie trägt dazu bei, die Arbeit der WEU in anderen Gremien, vor allem in der NATO, verständlich zu machen.
4. Versammlung und Ministerrat arbeiten zusammen in dem Bemühen, den Konsens zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen in der öffentlichen Meinung zu sichern.

Der Sonderministerrat in Rom hat eine Reihe konkreter Vorschläge zur notwendigen Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Versammlung gemacht.

Ich begrüße es, daß die Versammlung auf der laufenden ordentlichen Sitzung zu den Vorschlägen Stellung nehmen wird. Ministerrat und Versammlung sollten ihre Kontakte weiter vertiefen.

In diesem Zusammenhang möchte ich hervorheben:

Ich habe die beiden informellen Begegnungen mit dem Präsidium der Versammlung am 9. Oktober und am 19. November 1984 als erfreulichen Beginn eines solchen verbesserten Dialogs zwischen Rat und Versammlung empfunden.

Herrn Präsidenten Caro gebührt Dank für sein aktives Mitwirken. Ich bin überzeugt, daß wir mit diesen Begegnungen Fakten schaffen, die richtungweisend für die zukünftige **Zusammenarbeit zwischen Ministerrat und Versammlung** sein werden.

Meine Damen und Herren,

der Ministerrat in Rom hat den Ständigen Rat beauftragt, für seine nächste Tagung Vorschläge zu einer Reihe wichtiger Fragen zu unterbreiten.

Ich darf diese Aufträge noch einmal wiederholen:

- Wie können das Rüstungskontrollamt und der Ständige Rüstungsausschuß umstrukturiert werden, damit sie den zukünftigen Aufgaben der WEU besser gerecht werden?
- Wie läßt sich die Öffentlichkeitsarbeit der Sieben im Bereich von Sicherheit und Verteidigung verbessern und koordinieren?
- Auf welche Weise kann für die Arbeit des Ministerrats der Rat militärischer Experten genutzt werden?
- Wie soll der Ministerrat den portugiesischen Antrag auf Beitritt zur WEU beantworten?

Ich selbst habe in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines **wissenschaftlichen Instituts zur Erforschung sicherheits- und verteidigungspolitischer Fragen** vorgeschlagen.

Unterstützt vom Generalsekretär hat der Ständige Rat in London die Arbeiten unverzüglich aufgenommen.

Als Ratspräsident werde ich mich für eine zügige Erledigung einsetzen.

Zum nächsten Ministerrat müssen entscheidungsreife Vorschläge vorliegen.

Herzstück der Belebung der WEU ist jedoch der künftige intensive Gedankenaustausch zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Außen- und Verteidigungsminister werden auf ihrer nächsten Ratssitzung, für die ich als Termin die zweite Aprilhälfte 1985 vorgeschlagen habe, ausführlich über die aktuellen Probleme sprechen.

Ich werde vorschlagen, daß **Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle** einen wichtigen Platz einnehmen. Die vertragliche weltweite Ächtung der chemischen Waffen ist dabei ein herausragender Aspekt.

Außerdem könnten die Sieben über Fragen der militärischen Nutzung des Weltraums und ihre Bedeutung für Europa sprechen.

Das Thema Abrüstung und Rüstungskontrolle hat durch die Entscheidung der Vereinigten Staaten

und der Sowjetunion, den bilateralen Dialog wieder in Gang zu bringen, besondere Aktualität erhalten.

Wir begrüßen und unterstützen die **Wiederaufnahme des Dialogs**. Das Treffen der beiden Außenminister **der USA und der Sowjetunion** am 7. und 8. Januar 1985 in Genf bestätigt die westliche Friedens- und Sicherheitspolitik. Diese Politik haben die Bündnispartner der Nordatlantischen Allianz in der Washingtoner West-Ost-Erklärung vom 31. Mai 1984 eindrucksvoll bekräftigt.

Die amerikanisch-sowjetischen Gespräche können positive Auswirkungen auf die West-Ost-Beziehungen insgesamt haben. Wir werden in dieser Einschätzung bestärkt durch die Tatsache, daß auch die Außenminister des Warschauer Pakts in ihrem gestrigen Kommuniqué die Übereinkunft zur Aufnahme dieser Gespräche begrüßt haben und daß sie festgestellt haben, daß „die Möglichkeit für eine Wende der Lage zum besseren besteht“.

Der Erfolg der Verhandlungen wird davon abhängen, daß beide Seiten jeweils auch die Sicherheitsinteressen der anderen Seite erkennen und nach dieser Einsicht handeln.

Zwangsläufig werden zunächst die schwierigen und komplexen Sicherheits- und Rüstungskontrollfragen im Vordergrund stehen.

Bundeskanzler Kohl und ich haben während unseres kürzlichen Besuchs in Washington feststellen können:

Es bestehen gute Voraussetzungen für eine enge Abstimmung zwischen den USA und den europäischen Verbündeten.

Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan haben in einer gemeinsamen Erklärung die Notwendigkeit ständiger und intensiver Konsultationen innerhalb des Bündnisses bekräftigt.

Sie haben insbesondere die Bedeutung enger Konsultationen über alle Rüstungskontrollfragen betont und ihre Entschlossenheit unterstrichen, auch in Zukunft aktiv zu diesem Konsultationsprozeß beizutragen.

In der gegenwärtigen Phase des sich wiederbelebenden West-Ost-Dialogs ist eine Stärkung der politischen und der sicherheitspolitischen Identität Europas von besonderer Bedeutung.

Die Europäer tragen hier für sich selbst und ihren Kontinent besondere Verantwortung.

Sie müssen dieser Verantwortung in allen Aspekten der West-Ost-Beziehungen gerecht werden.

In diesem Zusammenhang ist von großer Bedeutung, daß der **KSZE-Prozeß** seine zentrale Rolle im West-Ost-Verhältnis behält und in ganzer Breite vorangetrieben wird.

Die kleineren und mittleren Staaten Europas sind durch die KSZE-Schlußakte, deren zehnjähriges Unterzeichnungsdatum wir am 1. August 1985 begehen werden, aufgerufen, gleichberechtigt neben den Großmächten für den Frieden im geteilten Europa zu arbeiten und die Zusammenarbeit zu fördern.

Auch die Staaten des Warschauer Paktes haben in ihrem Kommuniqué vom 4. Dezember 1984 die Bedeutung der Rolle unterstrichen, die alle europäischen Staaten für die Festigung des Friedens in Europa zu spielen haben.

Dies ist ein wichtiger Hinweis.

Ich begrüße auch, daß sich die WP-Staaten zur Fortsetzung und Vertiefung des KSZE-Prozesses, der Förderung der Entspannung und der Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki ausdrücklich bekannt haben.

Das breite Themenspektrum, welches die Außenminister der Großmächte am 7. und 8. Januar behandeln werden, bietet gute Ansätze für einen neuen Anlauf.

Das Ziel muß sein:

Ausgewogene und verifizierbare Vereinbarungen, die ein stabiles Gleichgewicht mit weniger Waffen sicherstellen.

Das gilt für strategische wie für Mittelstreckenwaffen ebenso wie für die militärische Nutzung des Weltraums.

Wir müssen uns dabei bewußt bleiben, daß Ungleichgewichte bei den konventionellen Streitkräften Krisen auslösen können.

Die Konferenz für Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa soll durch Vereinbarung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen dazu beitragen, die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa zu verhindern.

Die Wiener Verhandlungen haben das Ziel, durch Parität der Streitkräfte in Mitteleuropa auf niedrigem Niveau zur militärischen Stabilisierung beizutragen.

Darüber hinaus ist es uns ein außerordentlich wichtiges Anliegen, daß die Welt durch ein umfassendes Abkommen von der Geißel der chemischen Waffen befreit wird.

Die Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz über ein weltweites Verbot chemischer Waffen sind in einem fortgeschrittenen Stadium.

Dabei hat sich gezeigt, daß bei grundsätzlicher Übereinstimmung in Teilbereichen wichtige Fragen noch ungelöst geblieben sind. Im Rahmen der WEU können Auffassungsunterschiede zwischen Mit-

gliedstaaten geklärt, kann eine gemeinsame Position erarbeitet werden. Die WEU kann auf diese Weise einen positiven Beitrag für den Fortgang der Verhandlungen leisten.

Rüstungskontrolle im Weltraum ist von direktem Interesse für uns Europäer, da wir uns selbst mehr und mehr an der Nutzung des Weltraums beteiligen.

Wir sollten unsere Interessen und Vorstellungen in der WEU bündeln und sie möglichst einheitlich in die Konsultationen mit unserem wichtigsten Bündnispartner, den USA, einbringen. Auch unsere Mitarbeit in der Genfer Abrüstungskonferenz, auf deren Tagesordnung auch die „Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum“ steht, sollte koordiniert werden.

Die WEU kann nach meiner Auffassung eine bedeutende Rolle bei der Definition der spezifisch europäischen Interessen in allen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen spielen. Sie kann z. B. zum Meinungsbildungsprozeß in der Allianz beitragen und die Verhandlungsposition der USA im Dialog mit der Sowjetunion mitbestimmen.

Dabei müssen wir jedoch klar erkennen:

Europa kann nicht ohne, sondern nur zusammen mit den USA Rüstungskontrollpolitik betreiben.

Zur vorbereitenden Behandlung des Themas Abrüstung und Rüstungskontrolle — auch im Hinblick auf die nächste Ministertagung der WEU — wird die deutsche Präsidentschaft zu einem Treffen der Abrüstungsbeauftragten der Mitgliedstaaten nach Bonn einladen.

Meine Damen und Herren, in ihrer Erklärung von Rom haben die Minister das Thema Verteidigungsfragen an herausragender Stelle genannt. In diesem Bereich werden wir in besonderem Maße auf das Wissen und die Mitarbeiter der Verteidigungsminister zählen.

Das Thema Verteidigungsfragen ist weit gefaßt.

Zu den hier aufzunehmenden Aufgaben wird gehören, eine gemeinsame Analyse der sicherheitspolitischen Lage Europas zu erstellen. Dazu können zunächst die Regierungen der Mitgliedstaaten und der Rat beitragen.

Aber auch die Versammlung wird ihren hohen Wissensstand nutzbringend zur Verfügung stellen müssen.

Erst dann können wir allen Aspekten der vor uns liegenden Aufgabe gerecht werden.

Der europäische Beitrag zur **Stärkung des Atlantischen Bündnisses** ist ein weiterer wichtiger Themenkomplex.

Die Minister werden sich dabei mit einer Bewertung des gegenwärtigen europäischen Verteidigungsbeitrages zum Bündnis befassen.

Das erfordert Anstrengungen aller Partner.

Die Bundesrepublik Deutschland hat gerade mit der Verabschiedung der Bundeswehrplanung ihre Bereitschaft zu neuen Opfern, darunter einer Verlängerung der Wehrpflicht, bewiesen. Wir müssen den Stimmen entgegenwirken, die den europäischen Verteidigungsbeitrag unterbewerten und zusätzliche Leistungen fordern.

Bei der Bewertung der Verteilung der Lasten im Nordatlantischen Bündnis stehen die Europäer gut da.

Es gibt schließlich auch Lasten, die nicht mit Zahlenangaben zu erfassen sind.

Der europäische Verteidigungsbeitrag und seine Bedeutung für die gemeinsame Sicherheit der Bündnispartner der Nordatlantischen Allianz müssen in Umfang und Qualität deutlich herausgestellt werden.

Und wo es noch Mängel und Lücken gibt, sollten wir uns weiter bemühen, sie zu beheben und auszufüllen.

Europa strebt ein ausgewogenes Verhältnis zu Nordamerika an. Um dies zu erreichen, müssen wir das Gewicht der europäischen Stimme im transatlantischen Dialog erhöhen.

Die Gemeinsamkeit der Interessen bei Definition und Ausgestaltung unserer Sicherheitspolitik zeigt sich an unserem Bestreben, gleiche Sicherheit für alle Bündnispartner und die Integrität des Bündnisgebietes zu erhalten.

Die Rolle Europas im Nordatlantischen Bündnis zur Geltung zu bringen — das ist eine der großen Aufgaben der Westeuropäischen Union.

Die transatlantischen Beziehungen umfassen auch die Wirtschaft, Wirtschafts- und Handelsaustausch, Absage an Reglementierung und Protektionismus, Zusammenarbeit und gemeinsame Nutzung des technologischen Fortschritts und der Hochtechnologie sind wichtige Aspekte der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit.

Verbesserungsbedürftig ist allerdings die europäisch-amerikanische Zweibahnstraße im Bereich der **Rüstungszusammenarbeit**. Das gegenwärtige Verhältnis von europäischen zu amerikanischen Lieferungen beträgt etwa 7 : 1 zu unseren Ungunsten. Dieses Mißverhältnis ist unbefriedigend.

Durch Verbesserung der Koordination in der europäischen Rüstungszusammenarbeit, durch Herstellung eines ausgewogenen Leistungsvermögens beiderseits des Atlantik kann eine echte Zweibahnstraße verwirklicht werden.

Wir müssen sie intensiv anstreben und dazu alle unsere Anstrengungen zusammenfassen.

Ziel muß es sein, in Europa über die Beratung von Grundsatzfragen hinaus zur Lösung von praktisch konkreten Fragen zu gelangen.

Es müssen mehr gemeinsame Projekte zur Produktion von Rüstungsgütern angepackt werden. Unsere Ressourcen sind knapp. Rationeller Einsatz mit dem Ziel der Vermeidung von Parallelentwicklungen und die Einigung auf Prioritäten sind erforderlich.

Wir müssen darauf achten, daß die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auch im Bereich der Rüstungsbeschaffung erhalten bleibt.

Hier zeigt sich, wie eng Sicherheitspolitik und Wirtschaftspolitik miteinander verknüpft sind.

Die Westeuropäische Union wird in diesem Bereich politische Impulse zu geben haben.

Die politische Bedeutung der Rüstungszusammenarbeit muß hervorgehoben werden.

Die laufenden Bemühungen in der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe der NATO müssen durch die WEU unterstützt werden.

Ein weiteres wichtiges Thema auf dem nächsten Ministerrat wird die Frage sein, wie die **Öffentlichkeitsarbeit** der Europäer im **Sicherheits- und Verteidigungsbereich** verbessert werden kann. Sicherheitspolitische Fragen müssen unseren Bürgern besser verständlich gemacht werden.

Gerade im Zuge des wieder beginnenden West-Ost-Dialogs über Abrüstung und Rüstungskontrolle kann die WEU einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der komplizierten Materie leisten. Dies ist eine zentrale Aufgabe für Ministerrat und Versammlung.

Meine Damen und Herren, die Implementierung der Beschlüsse von Rom ist auf den Weg gebracht.

Der Ständige Rat und seine Organe werden intensiv und ergebnisorientiert arbeiten.

Sie werden dem Ministerrat konstruktive Vorschläge zur Entscheidung vorlegen.

Die sieben Partnerstaaten der WEU sind zur engen sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit entschlossen.

Ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren, ich appelliere an die Versammlung: Wirken Sie aktiv mit!

Nutzen wir gemeinsam die Chance, mit der belebten WEU den europäischen Einigungsprozeß voranzubringen, das Atlantische Bündnis zu stärken und zur Friedenssicherung beizutragen.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Minister, nachdem Sie die Frage des Antrags von **Portugal** ausschließlich positiv beurteilt haben, habe ich die Frage an Sie, ob Ihnen nicht aufgefallen ist, daß es sich bei den sieben Ländern, vielleicht mit Ausnahme von Luxemburg, Portugal und Spanien, um Länder handelt, die irgendwann auf nationaler

Grundlage versucht haben, ein Reich, oder ein Empire zu errichten, und ob Sie nicht aufmerken, daß es sehr auffällig ist, daß diese Europäer nun mit dem Rest ihrer Vitalität zusammenkommen, um eine Art westeuropäisches Reich zu gründen. Ich frage Sie, was Sie unter diesem Aspekt von diesem Antrag halten. (Heiterkeit) — Ich freue mich über den Humor in dieser Versammlung.

Zweitens. Sie haben davon gesprochen, daß es Aufgabe der Versammlung sei, der Öffentlichkeit den Konsens deutlich zu machen. Ich möchte Sie fragen, von welchem Konsens da die Rede ist und auf welche demokratische Weise dieser Konsens zustande gekommen ist. Ich möchte die Frage präzisieren, indem ich Ihnen vor Augen halte, daß Sie genau in dem Augenblick, wo Sie gemerkt haben, daß in Wirklichkeit kein **Konsens in Westeuropa** ist, — nämlich daß Dänemark, Irland, Griechenland und auch neue politische Kräfte, z. B. die Regenbogenfraktion, DIE GRÜNEN und andere, darin eine Opposition haben (Zuruf: Wer ist das?) — ich kann es Ihnen erklären, privatissime et gratis —, daß dort eine Opposition ist, die jetzt gerade in Europa an Kraft zunimmt, — die europäische Ebene innerhalb der Europäischen Gemeinschaft verlassen haben und mit Ihren Militarisierungsprojekten in der Westeuropäischen Union Zuflucht gesucht haben, was genau der Behauptung widerspricht, es gebe einen Konsens, der der Öffentlichkeit plausibel zu machen wäre.

Dritte Frage. Sie haben von einem **Institut der Sicherheit und Verteidigung** gesprochen. Sind Sie nicht der Meinung, daß im Augenblick Fragen anstehen, wie Abrüstung, Rüstungskontrolle, neue Abrüstungsinitiativen, die auch im personalen Bereich eine wesentlich bessere Ausstattung als die Ausstattung verlangen, die das Rüstungskontrollamt im Augenblick hat, und was gedenken Sie in administrativer Weise, auch in personalpolitischer Weise zu tun, um hier auch in der Personalausstattung einen wirklichen Wandel sichtbar zu machen?

Bundesminister **Genscher** (Bundesrepublik Deutschland): Herr Abgeordneter, wenn Sie erlauben, werde ich mit der Beantwortung der dritten Frage beginnen. Wie dieses Institut aussehen kann, wird eine Entscheidung sein, die wir im April zu treffen haben, aber ich muß Ihnen entschieden widersprechen, wenn Sie einen Unterschied zwischen Sicherheitspolitik einerseits und Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik andererseits machen. Es ist doch gerade die Besonderheit der **Sicherheitspolitik des westlichen Bündnisses**, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung integrale Bestandteile, nicht etwa Gegensätze unserer Sicherheitspolitik sind.

Was nun Ihre anderen Fragen angeht, Herr Abgeordneter, so ist mir zunächst einmal aufgefallen, daß Sie jede Bemühung um **Stärkung des europäischen Gedankens** mit großem Mißtrauen beobachten, während wir der Meinung sind, daß die Stärkung der europäischen Identität einen wertvollen Beitrag zur Friedenssicherung in Europa darstellt. Letztlich ist doch der Wille zur Einigung der euro-

päischen Demokratien nichts anderes als die geschichtliche Lehre, die wir gemeinsam gezogen haben: daß nämlich nur die europäischen Demokratien gemeinsam in der Lage sind, die Freiheit und den Frieden für ihre Völker zu bewahren.

Deshalb kann ich auf gar keinen Fall Formulierungen akzeptieren, in denen Sie Vorstellungen entwickeln, wonach angeblich unsere Zusammenarbeit — sei es in der Europäischen Gemeinschaft, sei es in der Westeuropäischen Union — sozusagen ein Ersatz für frühere koloniale Bestrebungen sein soll, wovon Sie dankenswerterweise Luxemburg angenommen haben.

Nein, hier geht es in Wahrheit darum, daß die historische und politische — auch sicherheitspolitische — Identität Europas dazu beiträgt, daß unser Europa, dargestellt durch die Europäische Gemeinschaft und dargestellt in der engeren Zusammenarbeit hier, ein wichtiger Faktor des Friedens nicht nur in Europa ist, sondern daß diese Europäische Gemeinschaft auch wichtige Initiativen für die Sicherheit überall in der Welt entfalten kann. Das ist unser Ziel, und das sollte man nicht als Militarisierung herabsetzen, sondern man sollte im Gegenteil diese friedliche Zielsetzung der europäischen Einigung mit aller Energie unterstützen.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es so, daß wir in der Erweiterung eine Stärkung unserer Bemühungen sehen. Da sind wir um einen Konsens zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten bemüht. Wir sind um einen Konsens bemüht, den ich als einen Grundkonsens verstehe, der darin besteht, daß der Zusammenschluß der europäischen Demokratien ein Beitrag zum Frieden in Europa und in der Welt ist.

Das läßt immer noch Platz für Auseinandersetzungen über den richtigen Weg, dieses Ziel zu erreichen. Diese Auseinandersetzungen führen wir und müssen wir führen — in unseren nationalen Parlamenten und hier in der Versammlung der Westeuropäischen Union. Aber es wäre gut, wenn der Grundkonsens, daß die europäische Einigung, verstanden als die Einigung der europäischen Demokratien, ein Beitrag zum Frieden in Europa und in der Welt ist, hier in diesem Hause von keiner Seite bestritten würde.

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Ratspräsident, Sie haben Ihre Rede mit dem Appell geschlossen, diese Versammlung möge an der Belebung der WEU mitwirken. Meine Frage betrifft das Verfahren, mit dem das geschehen soll.

Der Rat hat **informelle Kontakte** — vielleicht sollte man hinzufügen: dankenswerterweise informelle Kontakte — mit unserem Präsidenten und unserem Präsidium gehabt. Aber bei diesen informellen Kontakten — so gut sie auch sein mögen, weil sie entkomplizieren und beschleunigen — besteht natürlich ein wenig die Sorge, daß die eigentliche Wiederbelebung, auch was die technischen Bereiche betrifft — Sie haben ja gerade gesagt, daß wir alle die Wege kennen, auf denen man Geld spart; ich

möchte das einmal so ansprechen, wie sie es eben gesagt haben —, etwas an dieser Versammlung als solcher vorbeigehen könnten, wenn diese informellen Kontakte nur auf der oberen Ebene bestehen.

Deswegen meine Frage: Sehen Sie Möglichkeiten oder sind Sie dazu bereit, die Möglichkeiten zu fördern, daß die vom Rat eingesetzten Sachverständigengremien auch einmal mit der zweiten Ebene dieses Hauses, also z. B. mit den zuständigen Ausschüssen, zusammenkommen, um die anstehenden Fragen gemeinsam zu beraten?

Bundesminister Genscher (Bundesrepublik Deutschland): Herr Abgeordneter, es fällt mir natürlich schwer, mir einen Gedankengang zu eigen zu machen, der darin besteht, daß es in einem Parlament eine erste und eine zweite Ebene geben könnte.

(Dr. Freiherr Spies von Büllesheim: Auf Grund der Aufgaben!)

Ich glaube im übrigen, daß es natürlich Sache des Parlaments ist, zu entscheiden, inwieweit das Präsidium in der Lage ist, Materien mit dem Ratsvorsitz zu erörtern. Ich sage bewußt „mit dem Ratsvorsitz“, weil es sicher eine Illusion wäre, anzunehmen, daß diese informellen Kontakte jeweils mit dem Rat stattfinden könnten.

Daß ich an diesen beiden Kontakten teilgenommen habe, hängt damit zusammen, daß ich der Vorsitzende bin. Ich habe dem Herrn Präsidenten schon gesagt, daß ich natürlich nicht garantieren kann, daß ich, wenn ich nicht den Vorsitz habe, jedesmal dabei bin. In einer ähnlichen Lage sind meine Kollegen.

Auf der Seite des Parlaments muß, wie gesagt, von Ihnen entschieden werden, inwieweit diese Kontakte in Sachfragen, in substantielle Fragen gehen. Das kann nicht vom Rat oder vom Ratsvorsitz entschieden werden.

Was Ihre Kernfrage nach der Zusammenarbeit der eingesetzten Sachverständigen mit den Ausschüssen der Versammlung angeht, so würde ich diese Zusammenarbeit für nützlich halten und werde mich im Kreise meiner Kollegen dafür einsetzen.

Dr. Enders (SPD): Herr Minister, zwei meiner Vorredner haben schon auf die Perspektiven im Weltraum hingewiesen. Meine Fragen liegen auf der gleichen Linie.

Angesichts der zunehmenden Überlegungen, den **Weltraum** militärisch zu nutzen, möchte ich Sie bitten, den von Ihnen benutzten Begriff der „**vorbeugenden Rüstungskontrolle**“ etwas näher zu konkretisieren, einmal hinsichtlich der Notwendigkeit, aber auch hinsichtlich der praktischen Durchführung.

Sie sprachen davon, Herr Minister, in den transatlantischen Dialog auch die Zusammenarbeit bei der technologischen Forschung und bei der Hochtechnologie einzufügen. Die gesamte Weltraumfor-

schung ist ja nun eine derartige **hochtechnologische Forschung**, die auch immense Mittel beansprucht. Wir sind im europäischen Bereich nicht in der Lage, mit den Amerikanern zu konkurrieren; denn in den Dimensionen bestehen erhebliche Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und uns. Wie beurteilen Sie diesen Sachverhalt? Meinen Sie, die Europäer sollten sich mehr an die amerikanischen Forschungen und Projekte anhängen, etwa die Weltraumstation oder gar eine Mondstation? Oder meinen Sie, daß der etwas eingeschränkte europäische Forschungsbereich, der sich mit Ariane 5, Hermes und Columbus befaßt, seine Unabhängigkeit von den amerikanischen Großraumprojekten bewahren sollte?

Schönen Dank, Herr Präsident.

Bundesminister **Genscher** (Bundesrepublik Deutschland): Herr Abgeordneter, „**vorbeugende Rüstungskontrolle**“ will sagen, daß man in bezug auf den Weltraum nicht erst untätig zusehen soll, bis sich ein Rüstungswettlauf ergibt, und dann darüber nachdenkt, wie man durch Rüstungskontrolle und Abrüstung sozusagen die Entwicklung wieder zurückdrehen kann, sondern daß man sich diesmal schon von Anfang an bemüht, diese Dimension möglicher Rüstung rüstungskontrollpolitisch zu erfassen. Das heißt „vorbeugende Rüstungskontrolle“.

Ich komme nun auf Ihre Frage nach den **technologischen Möglichkeiten der Europäer** zu sprechen. Man sollte sich keinen Möglichkeiten verschließen, technologische Entwicklungen, die sich ergeben, auch für Europa zu nutzen, ohne sich abhängig zu machen. Ich kann Ihrer Auffassung nicht zustimmen, Herr Abgeordneter, daß unsere Möglichkeiten in Europa nicht so seien wie die der Amerikaner. Wir müssen doch einmal selbst die Frage stellen, warum eine etwa gleiche Zahl von Bürgern in der Europäischen Gemeinschaft nicht in der Lage ist, dieselben Anstrengungen für technologische Entwicklungen — ich sage das jetzt nicht im Sinne der Rüstung, sondern ganz allgemein — zu unternehmen, wie dieselbe Zahl in den Vereinigten Staaten das tut. Wenn Sie diese Frage stellen, wird die Antwort relativ schnell kommen: einfach deshalb nicht, weil die Europäer bisher nicht in der Lage gewesen sind, ihre Möglichkeiten für technologische Entwicklungen zusammenzufassen. Wir haben einen gespaltenen Markt. Wir reden von einem gemeinsamen Markt in der Europäischen Gemeinschaft. In Wahrheit ist es ein gespaltenen Markt, und da ist keiner engelhafter und tugendhafter als der andere. Wenn Sie sich die Bestellpraxis der staatlichen Behörden ansehen: Im Lande X wird eben die X-Post nur X-Produkte der X-Produktionen des eigenen Landes bestellen und nicht die möglicherweise preiswerteren und fortgeschritteneren Y-Produkte des Landes Z. Das heißt, hier muß der Markt erst noch geschaffen werden.

Dasselbe gilt für die Zusammenfassung der finanziellen Ressourcen. Herr Spadolini hat doch recht, wenn er sagt, daß weder die Deutschen noch die

Franzosen noch die Italiener noch wer immer allein in der Lage sind, die Mittel für Großforschungsprojekte aufzubringen, die im Bereich der Spitzentechnologien nun einmal notwendig sind. Natürlich wird nebeneinander entwickelt, parallel zueinander geforscht. Alles das muß man zusammenführen, damit Europa seine technologisch führende Position wiedererlangt. Wir haben sie in manchen Bereichen noch. Es gibt andere Bereiche, in denen wir sie nicht haben. Die führende Position Europas in der Vergangenheit hat immer darauf beruht, daß es technologisch eine Spitzenposition hatte. Das hat nichts damit zu tun, daß diese führende Position nicht immer im positivsten Sinne und im edelsten Sinne genutzt wurde. Aber rein von der Potenz her war es immer ein Ausdruck des technologischen Entwicklungsstandes Europas. Wir sind heute im Begriff, diese Führungsrolle nicht nur an die Vereinigten Staaten zu verlieren, sondern sie genauso an die Japaner zu verlieren.

Das SDI-Programm ist ein besonderes Beispiel dafür, Herr Abgeordneter. Es ist ein Forschungsprogramm der Vereinigten Staaten, ausgelegt auf fünf Jahre mit fünf Milliarden Dollar pro Jahr. Ich habe hier vor der Versammlung schon einmal gesagt: Ich kann heute nicht die Frage beantworten, ob am Ende dieses Fünfjahreszeitraums, in dem 25 Milliarden Dollar — nach dem derzeitigen Umrechnungskurs 75 Milliarden DM — eingesetzt worden sind, ein neues, weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem der Vereinigten Staaten steht. Aber eines weiß ich absolut sicher: Am Ende dieser fünf Jahre werden die Vereinigten Staaten von Amerika einen technologischen Sprung nach vorn getan haben, der nicht nur militärisch bedeutsam ist, sondern der auch für die Konkurrenzfähigkeit der Vereinigten Staaten in allen zivilen Bereichen von allergrößter Bedeutung sein wird.

Wir müssen endlich erkennen, daß wir hier nur dann Schritt halten können, daß wir die Konkurrenzfähigkeit nur dann bewahren können, wenn endlich die Europäer hier alle ihre Möglichkeiten und Ressourcen zusammentun. Sonst werden wir zur technologischen Provinz mit all den wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitspolitischen Konsequenzen, die sich zu unserem Nachteil daraus ergeben.

Donnerstag, 6. Dezember 1984

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsentwurf der Verwaltungsausgaben der Versammlung 1985

(Drucksache 1001)

Berichterstatter: Abg. Sir Dudley Smith
(Vereinigtes Königreich)

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich habe nicht die Absicht, lange zu sprechen, aber ich hoffe, daß Sie die Privilegien in dieser Versammlung nicht einseitig verteilen.

Wir, verehrte Kollegen, sprechen ja — das müssen wir uns immer wieder klarmachen — in dieser Debatte nur über den **Haushalt dieser Versammlung** und nicht etwa — da möchte ich hinzufügen: leider — auch über den Haushalt der WEU als solcher. In Artikel 8 ist niedergelegt, daß wir unseren Haushalt verabschieden können, ihn dann zur Genehmigung dem Rat einreichen, und in Artikel 8c steht, daß wir unsere Sicht bezüglich des Haushalts der WEU auch mitteilen können. Ich meine, daß wir von diesem letzteren Recht des Artikel 8c in der Vergangenheit sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht haben.

Wir reden hier über ganz kleine Summen, über halbe Stellen und über eine Stelle, und wir müssen uns gleichzeitig oftmals spöttisch fragen lassen, was denn eigentlich noch die vielen Planstellen der Kontrollagentur — wenn ich richtig informiert bin, sind das 15 bis 20 Stellen — rechtfertigt. Warum gibt es noch 15 oder 20 Stellen des höheren Dienstes in der Kontrollagentur, zu denen Spötter sagen — ich will mir das nicht zu eigen machen, sondern nur die Richtung andeuten —: Das einzige, was noch zu kontrollieren ist, sind ABC-Waffen, und dafür reichen ein bis zwei Mann aus. Ich glaube, es ist unserer als Parlamentarier nicht würdig und auch nicht angemessen, daß wir uns hier über eine einzelne oder über eine halbe Stelle viele Gedanken machen, während unsere Regierungen gleichzeitig über dieses Faktum überbesetzter, aus herkömmlichen Aufgaben heraus einmal geschaffener Institutionen einfach ohne Diskussion hinweggehen.

Meine sehr verehrten Kollegen, ich glaube, wir müssen diesen Gedanken jetzt besonders ins Auge fassen, weil wir vor einer Reaktivierung der WEU mit neuen Aufgaben stehen. Ich glaube, das ist sowohl für die Regierungen als auch für uns Parlamentarier der Ansatzpunkt, da hineinzuleuchten, um dafür zu sorgen, daß die Haushaltsmittel der WEU, wenn sie schon nicht erhöht werden, in Zukunft in eine Richtung verteilt werden, die auch wir Parlamentarier für richtig halten.

Die zweite Bemerkung betrifft den **persönlichen Referenten für unseren Präsidenten**. Ich meine, alle Personalwünsche, die sonst für den Haushalt dieser Verwaltung geäußert werden, unterscheiden sich sehr von dem Wunsch des Präsidenten, einen persönlichen Referenten zu haben. Diesen Wunsch haben wir zumindest von den vier Präsidenten, die ich erlebt habe, immer wieder gehört. Ich meine, wir sollten diesen Wunsch gerade jetzt, weil die Aufgaben des Präsidenten im Rahmen der Bemühungen der Reaktivierung zunehmen, tatsächlich erfüllen, und ich finde es gut, daß der Kollege Hawkins dazu einen besonderen Änderungsantrag eingebracht hat.

Ich möchte dazu noch einen ergänzenden Gedanken äußern. Ich glaube, daß es richtig ist, diese Stelle zwar als ständige Stelle einzurichten, aber der Stelleninhaber sollte nicht etwa in der Weise verbeamtet werden, daß er auf dieser Stelle bleibt. Ich halte es für dringend notwendig, daß der jeweilige Stelleninhaber mit der Beendigung des Amtes

des jeweiligen Präsidenten ausscheidet und mit dem Amt des neugewählten Präsidenten ein von diesem bestimmter Stelleninhaber neu beginnt. Das ist aus verschiedenen Gründen notwendig. Einmal muß der Präsident sicherlich in der Lage sein, einen Mann seines Vertrauens, vielleicht aus dem Auswärtigen Amt seines Landes, für zwei Jahre abordnen zu lassen, zweitens muß er mit ihm in der Muttersprache konferieren können, und drittens glaube ich, daß es einfach richtig ist — wir haben das in der Politik auch sonst —, daß der jeweilige Präsident für die Dauer seiner Amtszeit einen Mann seines absoluten persönlichen Vertrauens hat. Ich glaube, in diesem Sinne sollten wir diese neu auf Dauer einzurichtende Stelle verstehen.

Eine dritte ganz kurze Bemerkung, Herr Präsident: Der Ausschuß für Geschäftsordnung wird sich auf Grund Ihres Briefes, Ihrer Bitte oder auf Grund der Bitte des Präsidialausschusses mit der Frage befassen, welche Position künftig der **Greffier** und sein Stellvertreter haben werden. Es ist sicher notwendig, diese Frage zu beantworten. Wir haben es leider versäumt, sie 1980 abschließend zu klären. Wir müssen es also jetzt tun, und ich glaube, auch diese Frage kann Einflüsse auf den Haushalt haben. Ich glaube nicht, daß die Verabschiedung des Haushalts 1985 deswegen zurückgestellt werden muß, aber ich glaube, daß sich aus den Beratungen des Geschäftsordnungsausschusses möglicherweise noch Punkte ergeben könnten, die in einen Nachtragshaushalt 1985 einmünden sollten.

Vielen Dank.

Schulte (Unna) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Ich möchte ein paar Worte zu dem Änderungsantrag von Sir Paul Hawkins sagen. Ich habe große Sorgen, sonst hätte ich mich hier nicht zu Wort gemeldet. Aber wenn ich sehe, daß Sie, Herr Präsident, einen Privatsekretär oder privaten Assistenten erhalten sollen, der 348 000 Francs, und soviel ich weiß, netto —

(Der Redner wird durch Geschäftsordnungsanträge unterbrochen.)

Herr Präsident, darf ich fortfahren, meine Bemerkungen allgemein zum **Haushalt** zu machen? Ich weiß nicht, ob das allen geläufig ist. Ich kenne auch nicht so genau die nationalen Proportionen, weil ich mich dafür nicht speziell interessiert habe. Aber wenn ich sehe, daß eine solche Funktion mit 348 000 Francs netto ausgestattet werden soll, dann habe ich den Eindruck, daß wir jegliches Maß verlieren. Das ist nämlich ungefähr der Betrag, den der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland bekommt.

Meine Damen und Herren, ich bitte, das sehr ernst zu nehmen. Viele haben den Eindruck, daß Europa sich langsam zu einem Europa der Pfründen entwickelt. Dies stößt auf eine ungeheure Ablehnung, zumindest in unserem Lande, und zwar auch bei den Beamten und bei den Parlamentariern. Ich will das hier ganz offen zum Ausdruck bringen.

Unter Umständen müssen wir im Rahmen der WEU eine Stellenvermehrung vornehmen, und ich will gar nicht bestreiten, daß der Herr Präsident, wenn wir dies sorgfältig beraten haben, vielleicht auch eine persönliche Assistenz braucht. Aber ich bitte doch dringend darum, daß wir uns über die Größenordnungen, die hier in Rede stehen, noch einmal ganz ernsthaft Gedanken machen. Ich halte das jedenfalls in diesen Zusammenhängen für unverzichtbar.

Im Haushaltsausschuß, dem ich nicht mehr angehöre, ist das Problem aufgeworfen worden: Soll man den Weg gehen zunächst die Stellen zu vermehren, in der Hoffnung, daraus würde eine größere Effizienz erwachsen? Oder sollen wir zunächst einmal abwarten, ob uns der Rahmen gegeben wird, größere Effizienz zu entfalten, und dann daraus personelle Konsequenzen ziehen? Ich bin in diesem Punkt vorsichtig. Ich habe dies auch schon mehrfach zum Ausdruck gebracht. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir den zweiten Weg gingen und zunächst einmal sähen, ob es uns tatsächlich gelingt, aus der WEU mehr zu machen. Dies hängt ja entscheidend ab von dem Verhältnis der Versammlung zum Ministerrat und von der Bereitschaft des Ministerrates, uns und unsere Auffassungen zu akzeptieren und mit uns zu diskutieren. Wenn das tatsächlich geschieht und wenn man den Eindruck gewinnt, daß die WEU wichtiger wird als in der Vergangenheit, dann wäre darüber nachzudenken, ob wir daraus auch Haushaltskonsequenzen ziehen müssen. Dann würde man wahrscheinlich auch in den nationalen Parlamenten mehr Verständnis dafür finden.

Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt:

**Tätigkeitsbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten.
Weiterverfolgung von Empfehlungen der WEU-Versammlung zum Thema der europäischen Zusammenarbeit in der Raumfahrttechnologie in den Parlamenten.**

(Drucksache 991)

Berichterstatte: Abg. Dr. Hackel
(Bundesrepublik Deutschland)

Dr. Hackel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Bericht aus dem Ausschuß ist weiß Gott nicht von so großer Tragweite und Bedeutung, wie die interessante Abstimmung, die soeben erfolgt ist, aber mein Bericht ist immerhin interessant genug, daß wir uns darüber unterhalten können.

Bei der Erläuterung des Ihnen vorliegenden Berichtes scheint es mir nützlich zu sein, in Erinnerung zu rufen, daß wir in diesem Ausschuß eine ganz spezielle, eine ganz besondere Aufgabe haben.

Einerseits besteht unsere Tätigkeit darin, darüber zu wachen, daß **die nationalen Parlamente auf die**

Arbeit der WEU-Versammlung aufmerksam werden und daß diese Arbeit dort mit dem nötigen Nachdruck weiterverfolgt wird. Andererseits können wir aber auch umgekehrt aus der nationalen Debatte Impulse für die Tätigkeit der WEU-Versammlung weitergeben.

Ich möchte noch einmal betonen, daß es nicht Gegenstand unserer Arbeit ist, inhaltlich Stellung zu nehmen und eigene fachbezogene Vorschläge zu unterbreiten. Unser Ausschuß ist in letzter Zeit dazu übergegangen, sich neben seinem üblichen allgemeinen Tätigkeitsbericht auch spezielle Sachgebiete von aktueller Bedeutung herauszugreifen und zu analysieren, um festzustellen, wie die Debatte in den einzelnen Parlamenten verläuft.

Beim hier vorliegenden Thema Weltraum sind allerdings einige Besonderheiten zu beachten, die ich besonders herausstellen und nennen darf. Die **Weltraumtechnologie** enthält sowohl zivile als auch militärische Aspekte, die sich, wie auch die Debatte, auch in den nationalen Parlamenten, gezeigt hat, nicht streng voneinander trennen lassen. Eine strenge Trennung ist daher auch in diesem Bericht nicht versucht worden. Allerdings meine ich, daß wir in der WEU unser besonderes Augenmerk auf die militärischen Implikationen der Weltraumtechnik richten sollten.

Zweitens. Mit dem Problem der Weltraumtechnologie befaßt sich auch der Europarat regelmäßig. Eine wechselseitige Information und Arbeitsteilung zwischen der WEU einerseits und dem Europarat andererseits und möglicherweise auch der Europäischen Gemeinschaft sollte ein Anliegen auch unseres Ausschusses sein.

Drittens. In den Parlamenten vieler WEU-Mitgliedstaaten findet schließlich unabhängig von WEU-Initiativen eine intensive Debatte über Fragen der Weltraumtechnologie statt.

Dies vorausgeschickt, darf ich die Konzeption des Berichts wie folgt erläutern: Der Abschnitt A enthält den allgemeinen Tätigkeitsbericht des Ausschusses, auf den ich am Schluß noch einmal eingehen möchte.

Abschnitt B enthält insbesondere das Material, das über die Diskussion in den Parlamenten zusammengestellt wurde. Unter Ziffer III sind die wichtigsten Empfehlungen der WEU-Versammlung und des Europarates genannt. In Abschnitt IV ist die parlamentarische Diskussion der verschiedenen WEU-Empfehlungen zusammengefaßt, gefolgt von einem Resümee in Abschnitt V. Es scheint mir angezeigt, bereits an dieser Stelle die vor einigen Jahren in diesem Ausschuß erörterten Verbesserungsvorschläge hinsichtlich unserer Arbeit herauszustellen. Am Schluß werde ich darauf noch einmal zurückkommen.

Unter Abschnitt VI finden wir schließlich eine Auswahl der sonstigen Debatten und Stellungnahmen in den Parlamenten, und in Abschnitt VII werden Schlußfolgerungen aus dem Gesamtbericht gezogen.

Wie Sie aus dem Umfang des Berichts ersehen können, ist es dank der Recherchen der nationalen Parlamentssekretariate und auch mit Hilfe von Parlamentscomputern gelungen, eine Menge Material zusammenzutragen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ausdrücklich den Sekretären der Delegationen für ihre Hilfe besonderen Dank auszusprechen.

Nichtsdestoweniger kann der Bericht nicht beanspruchen, vollständig zu sein. Es mußte eine Auswahl getroffen werden; denn im Gegensatz zu den meisten Parlamenten der Mitgliedstaaten gibt es im Sekretariat der Versammlung keine Datenbank, und wir sind nicht in der Lage, jederzeit entsprechende Daten abzurufen. Ich wäre daher, meine verehrten Kollegen, sehr dankbar, wenn Sie Beiträge, die wesentlich und in diesem Bericht nicht berücksichtigt sind, zur Kenntnis geben könnten.

Wenn ich mich nunmehr dem Inhalt des Berichts zuwende, so ist es vorab wichtig zu wissen, daß der Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten unter den vielen Empfehlungen, die Weltraumfragen zum Gegenstand haben, seinerzeit lediglich die Empfehlung Nr. 328 über Wettersatelliten als für die Erörterung in den Parlamenten geeignet ausgewählt hatte. Zu diesem Thema gab es daher auch ein verhältnismäßig starkes Echo in insgesamt sechs Parlamenten. Bei den übrigen Empfehlungen gab es dagegen lediglich vereinzelte Fragen in verschiedenen Parlamenten. Inhaltlich variierten die Fragen sehr stark, was daraus zu erklären ist, daß die Empfehlungen der letzten Jahre eine Fülle von Weltraumthemen behandelten. Neben Forderungen nach einer langfristigen europäischen Raumfahrtplanung der ESA gab es spezielle Vorschläge hinsichtlich der verschiedenen Satellitenprogramme von Spacelab, zum Programm der ARIANE-Rakete und zur Zusammenarbeit mit Drittstaaten, etwa mit Japan.

In meinem mündlichen Bericht möchte ich hier an dieser Stelle auf die Erörterung der militärischen Implikationen der Weltraumtechnik etwas ausführlicher eingehen, zumal uns diese Fragen in der WEU besonders interessieren. Diese Versammlung hat im Sommer dieses Jahres einen ausführlichen Bericht des Wissenschafts- und Technologieausschusses über die Gesamtproblematik der militärischen Nutzung des Weltraumes verabschiedet, zu dem übrigens, wenn ich das an dieser Stelle einmal einschieben darf, der italienische Senator Frasca in Italien seiner Regierung sehr intensiv Fragen gestellt und damit uns allen ein gutes Beispiel gegeben hat.

Von den etwas weiter zurückliegenden Empfehlungen hatte die Empfehlung Nr. 328 u. a. die Forderung nach europäischen Wettersatelliten zu Verteidigungszwecken und die Empfehlung Nr. 369 den Vorschlag militärischer Beobachtungs- und Nachrichtensatelliten zum Gegenstand.

Die bisherigen Stellungnahmen des Rates und der Regierungen auf eine Reihe von Fragen von Abgeordneten lassen die erforderliche Klarheit und Übereinstimmung weitestgehend vermissen. Es ist

daher nur folgerichtig, daß die WEU-Versammlung die Gesamtproblematik in der Empfehlung Nr. 410 aufgegriffen und hier diskutiert hat.

In den in Abschnitt VI gesammelten Diskussionsbeiträgen zeigt sich fast noch deutlicher, daß es im militärischen Bereich in Europa erhebliche Auffassungsunterschiede gibt. Das ist angesichts der Tragweite der anstehenden Entscheidungen allerdings auch kaum verwunderlich.

Übereinstimmung gibt es allerdings auch, meine Damen und Herren, und zwar im wesentlichen darin, daß die Nutzung des Weltraumes für die Stationierung offensiver Waffensysteme verhindert werden muß, wie es auch die WEU-Versammlung in ihrer Empfehlung Nr. 410 gefordert hat. Darüber hinaus gibt es aber ein weites Feld der Nutzung defensiver Art, und hier gehen die Meinungen noch sehr weit auseinander.

In der Bundesrepublik Deutschland ist z. B. die Frage der militärischen Nutzung des Weltraums defensiver Art im Bundestag zur Zeit in der Diskussion. Allerdings muß ich feststellen, daß dabei die Empfehlung Nr. 410 dieser WEU-Versammlung offensichtlich keine große Rolle spielt; jedenfalls ist sie bisher noch nicht sichtbar in Erscheinung getreten. In Frankreich und Großbritannien sind von Abgeordneten wiederholt einige nationale Militärsatelliten zur Beobachtung und Nachrichtenübermittlung gefordert worden. In der britischen Debatte spielte zusätzlich die bilaterale Zusammenarbeit mit den USA in der Weltraumverteidigung eine Rolle.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, meine Damen und Herren, daß Interessenlagen und Auffassungen in vielen europäischen Staaten in diesen Fragen noch sehr unterschiedlich sind. Bevor es zu einer praktischen Zusammenarbeit oder gar Standardisierung von Systemen kommen kann, muß erst noch politisch um ein gemeinsames europäisches Konzept gerungen werden.

Da wir erst am Anfang, am Beginn einer solchen Debatte stehen, besteht gerade jetzt die Chance, daß sich WEU-Parlamentarier auch auf die Grundlage der Empfehlung Nr. 410 besinnen und die zugrunde liegenden Berichte stärker als bisher in die Debatte einschalten. Zusätzlichen Anlaß dafür bieten die Diskussionen, die anläßlich der deutsch-französischen Diskussion zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem französischen Staatspräsidenten am 29. und 30. Oktober in Bad Kreuznach zu Fragen der zukünftigen Präsenz im Weltraum und der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten geführt worden sind. Damit bin ich wieder bei den zivilen Aspekten der Weltraumtechnik.

Hier zeigt sich, meine Damen und Herren, daß die Sachdiskussion in vielen Parlamenten anscheinend völlig unbeeinflusst von der Arbeit verschiedener europäischer parlamentarischer Gremien verläuft. In einigen Fällen können inhaltliche Anregungen gegeben werden, die möglicherweise geeignet sind, auf europäischer Ebene aufgegriffen zu werden.

Als Beispiel sei hier nur einiges genannt: In Belgien wurde etwa die Frage nach dem Schicksal staatlicher Zuschüsse an die Industrie für die Beteiligung an der europäischen Weltraumforschung aufgeworfen. In der Bundesrepublik Deutschland wurde mehrfach und wiederholt das Thema der Übertragungsmöglichkeiten von Hörfunk und Fernsehen durch direktstrahlende Satelliten im Bundestag erörtert. In Frankreich kam das Thema der Ausarbeitung internationaler Regeln im Hinblick auf den Verkehr mit Satelliten zur Sprache. In Frankreich und Luxemburg gab es parlamentarische Auseinandersetzungen über die bilaterale Zusammenarbeit bei Fernsehsatelliten, insbesondere nachdem sich die Luxemburger für ein amerikanisches Angebot entschieden hatten.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, möchte ich noch einmal kurz das Stichwort „Arbeitsteilung“ aufwerfen. Zu Beginn des Berichts habe ich darauf hingewiesen, daß sich auch andere europäische Gremien, insbesondere der **Europarat**, regelmäßig mit Fragen der Weltraumzusammenarbeit befassen. Diese WEU-Versammlung hat daher auch schon wiederholt in Empfehlungen Vorschläge für ein Tätigwerden des Europarats oder auch der Europäischen Gemeinschaft unterbreitet. Wäre es nicht im Sinne einer vernünftigen Arbeitsteilung — das muß man fragen —, wenn von dem zuständigen Ausschuß der WEU-Versammlung die Anregung an den Europarat gegeben würde, ob sich einige der genannten Themen für eine Diskussion auf gesamt-europäischer Ebene eignen würden?

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß, wie ein quantitativer, aber auch qualitativer Vergleich der Debatten in den Abschnitten IV und VI zeigt, die Arbeit der WEU-Versammlung in der nationalen Diskussion nach wie vor weit weniger zur Geltung kommt, als es der Intensität und auch der Qualität der hier wie dort geleisteten Arbeit entspricht. Die europäischen Parlamentarier sollten sich daher noch mehr in die Diskussionen in den nationalen Parlamenten einschalten.

Dieses Problem führt mich zum allgemeinen Teil des Tätigkeitsberichtes über die Arbeit unseres Ausschusses zurück, der sich am Beginn unter Abschnitt A befindet.

Es ist bedauerlich, daß nach den Feststellungen des Sekretariats die Zahl der Interventionen in den Parlamenten im Jahre 1983 im Vergleich zu 1982 erheblich zurückgegangen ist. Wir haben schon in der Vergangenheit mehrfach darüber diskutiert, wie unsere Arbeit verbessert und intensiviert werden kann. Auch während dieser Sitzungen in den vergangenen Monaten haben wir uns im Ausschuß sehr intensiv mit dieser Frage beschäftigt. Die Frau Vorsitzende hat einige neue Anregungen gegeben, die in der nächsten Zeit eine hoffentlich bedeutende Rolle spielen werden, und der frühere Vorsitzende des Ausschusses, der Kollege Stoffelen, hat bereits in einem früheren Bericht einige Anregungen unterbreitet, wie die Arbeit verbessert werden kann.

Eine Anregung betraf z.B. das Verfahren bei der Auswahl von Empfehlungen für die Erörterung in den nationalen Parlamenten. Es war angeregt worden, die Auswahl der Empfehlungen im Ausschuß intensiver zu diskutieren und gemeinsame Taktiken in den Parlamenten zu verabreden. Wie weit das möglich ist, müßte man einmal ernsthaft prüfen. Ich meine, wir sollten dies wirklich versuchen. Es gibt hier zwar die Schwierigkeit, daß immer erst gegen Ende einer ordentlichen Sitzungswoche der WEU-Versammlung endgültig feststeht, welche Empfehlungen und welcher Bericht in welcher Fassung verabschiedet werden, die Themen, meine Damen und Herren, sind schon lange vorher allen bekannt. Darüber hinaus steht ein Vorschlag zum erstenmal in diesem Bericht: Solche Empfehlungen sollten von der WEU Priorität bekommen, die in der nationalen Diskussion noch ganz besonders umstritten sind. Denn auf diese Weise könnte vielleicht ein Beitrag geleistet werden, den Klärungs- und den Entscheidungsprozeß in den einzelnen Ländern, in den nationalen Parlamenten zu beschleunigen.

In einem konkreten Fall zeigt sich beispielsweise, daß der Ausschuß etwa bei einer intensiveren Diskussion auch die Empfehlung Nr. 410 als diskussionsgeeignet hätte auswählen können. Das ist damals nicht geschehen; wir haben das jetzt dadurch nachgeholt, daß wir den zweiten Teil des Berichtes über die militärische Nutzung des Weltraums in die Empfehlung aufgenommen haben. Der Ausschuß hat gestern beschlossen, daß die WEU den nationalen Parlamenten und den Parlamentariern empfehlen soll, sich mit diesen Fragen intensiv zu beschäftigen.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich auch noch auf die in meinem schriftlichen Bericht erwähnte erfreuliche Tatsache hinweisen, daß die niederländische Delegation jetzt dem Beispiel Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik Deutschland gefolgt ist und Berichte über die Sitzung der WEU-Versammlung für das niederländische Parlament veröffentlicht. Recht herzlichen Dank dafür! Dies sollte eine gute Gelegenheit sein, den Appell an die restlichen drei Delegationen wieder aufzunehmen, diesem Beispiel zu folgen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich beglückwünsche unseren Kollegen Hackel zu seinem ausgezeichneten Bericht über die Weiterverfolgung von Empfehlungen der WEU-Versammlung in den nationalen Parlamenten, von Empfehlungen, die das wichtige Thema der europäischen Zusammenarbeit in der **Raumfahrttechnologie** im Prinzip behandeln.

Mit viel Fleiß und Sachverstand ist unter Vorsitz zunächst unseres Kollegen Stoffelen und gegenwärtig unter Vorsitz der sehr verehrten Frau Knight eine Dokumentation entstanden, die viel Anerkennung verdient. Die Beurteilung aller Fakten ergibt, daß wir als europäische Parlamentarier unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen brauchen.

Gegenstand unserer heutigen Erörterung sind die Aktivitäten und die Initiativen, die als Empfehlung dieses Hohen Hauses hinsichtlich der Raumfahrttechnologie verabschiedet wurden. Sie betreffen u. a. verschiedene Satellitenprogramme mit ihren Auswirkungen auf das Fernmeldewesen, den Funk, die Meteorologie, die Erkundung der Erdrressourcen, aber auch die Kenntnis von Naturschäden und Umweltverschmutzungen.

Unsere Tätigkeit betrifft ebenfalls die Zusammenarbeit wichtiger europäischer Institutionen hinsichtlich der friedlichen Nutzung des Weltraums. Abgeordnete aus den WEU-Mitgliedsländern griffen in ihren nationalen Parlamenten die Anregungen der Versammlung auf, stellten an ihre Regierung Fragen zur Verwirklichung der Beschlüsse oder sondierten ihre Haltung zu den Problemen. Damit leiteten unsere Debatten Folgemaßnahmen ein oder setzten sie in die Praxis um.

Beispielsweise weist der Bericht auf einen Entschließungsantrag einer Gruppe von SPD-Bundestagsabgeordneten im Sommer dieses Jahres hin. Dieser verleiht den Befürchtungen Ausdruck, daß die europäische Raumfahrt, die bisher nur friedlichen Zwecken diene, mehr und mehr für militärische Zwecke vereinnahmt wird. Es wird das Angebot der europäischen Beteiligung an einer bemannten Raumstation gemacht, die zur Überprüfung der friedlichen Nutzung des Weltraums auch kontrollierende Funktion ausüben soll.

Gestern bat ich den Herrn Ratsvorsitzenden der WEU, Herrn Minister Genscher, nach seiner Ansprache in diesem Hohen Hause, seine Vorstellung von der vorbeugenden Rüstungskontrolle im Weltraum zu konkretisieren. Er ging in seiner Antwort von der Notwendigkeit der Kontrolle aus, kann sie aber, wie ich ihn verstanden habe, nur als mögliche Begrenzung der Weltraumwaffen, nicht als totale Ausschaltung wegen drohender Gefährdung ansehen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir müssen gewappnet sein, um zu verhindern, daß der Weltraum übereifrig als Schlachtfeld für künftige kriegerische Auseinandersetzungen präpariert wird.

Wenn ich nun auf die Pläne und Ziele der friedlichen Weltraumforschung eingehe, muß ich auf den transatlantischen Dialog hinsichtlich der Spitzenforschung und der Hochtechnologie hinweisen. Beide bilden die Grundlage für die Weltraumforschung, und für sie ist die Bereitstellung immenser Geldmittel erforderlich. Es klafft jedoch zwischen den Vereinigten Staaten und den Europäern eine erhebliche Lücke in bezug auf die erreichten Ergebnisse. In den USA wird heute schon der Bau einer Raumstation oder gar einer Mondstation ins Auge gefaßt, wobei für letztere ein Kostenvoranschlag von 70 bis 90 Milliarden Dollar vorliegt.

In diesen Dimensionen können wir Europäer nicht mithalten. Europa hat das Weltraumlabor Spacelab gebaut, kann es aber aus rein finanziellen Gründen selbst kaum nutzen. Es besteht die Gefahr, daß auch künftig wissenschaftliche Ergebnisse technischen Großprojekten geopfert werden.

Die europäischen Absichten laufen darauf hinaus, die Trägerrakete Ariane bis zu einer fünften Stufe, die nicht nur größere Sicherheit bieten, sondern auch mehr Schubkraft haben wird, fortzuentwickeln. Ferner gibt es in Frankreich Vorstellungen von einem Raumtaxi Hermes, mit dem die Astronauten zur Erde zurückkehren können. Schließlich ist die Absicht, bis in die 90er Jahre eine europäische Raumstation namens Columbus zu entwickeln, keine Utopie mehr.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich trage diese Zukunftsperspektiven in Verbindung mit dem Bericht unseres Kollegen Hackel vor, um deutlich zu machen, daß Europa in der Behandlung der Raumfahrtfragen nicht ohne Perspektiven ist. Es soll hervorgehoben werden, daß das Raumfahrtzeitalter nicht hinter uns liegt, sondern kaum begonnen hat.

Wenn aber in Europa bei Weltraumprojekten weiterhin enges nationales Konkurrenzdenken besteht, laufen wir Gefahr, in Provinzialismus zu versinken. Der Vorsprung der Vereinigten Staaten braucht nicht aus der erhöhten Energiequelle einer großen Bevölkerungszahl abgeleitet zu werden; wir kommen ja in Europa auf eine gleich große Zahl von Einwohnern. Diese müßten nur gemeinsam Weltraumaktionen starten und ihre Kooperation auf diesem Gebiet verbessern. Erfolge würden sich einstellen, zumal der traditionelle Primat von Wissenschaft und Forschung in Europa beheimatet ist.

So gesehen, kann unsere heutige Debatte dazu beitragen, die Einsicht in die Notwendigkeit der europäischen Gemeinsamkeit in Weltraumfragen zu steigern. Der Bericht unseres Kollegen Hackel kann uns anspornen, den begonnenen Weg zielbewußt weiterzugehen, zumal im Osten und in Japan eine scharfe Konkurrenz besteht.

Wenn wir daheim in den nationalen Parlamenten und hier in der WEU-Versammlung die friedliche Nutzung der Weltraumpolitik unterstützen und sie intensivieren, wird das, was wir anstreben, nämlich die Verständlichmachung unserer Politik, hier und daheim Fortschritte machen.

Schönen Dank.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bedeutung der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und der Zusammenarbeit der europäischen Nationen auf dem Gebiet der **Raumfahrttechnologie** wird dadurch unterstrichen, daß sich diese Versammlung in dieser Woche dreimal mit ausgezeichneten Berichten zu diesem Thema befaßt hat. Ich finde es allerdings nicht angemessen, daß Berichte, die von der Thematik her große Aufmerksamkeit verdienen, zu einem Zeitpunkt beraten werden — da möchte ich mich der Kritik meines verehrten Kollegen Stoffelen anschließen —, in dem das Interesse der Parlamentarier nur noch gering ist. In diese Kritik möchte ich genauso die Vertreter der Länder Europas und ihrer Ministerien einschließen. Ich hätte mir gewünscht, daß die gleiche Anteilnahme wie vorhin in

der Haushaltsdebatte, als es darum ging, bestimmte Zuordnungen neu vorzunehmen, jetzt auch gegeben gewesen wäre. Denn wir können nicht auf der einen Seite sagen, daß wir in Europa ein Defizit haben und industriepolitisch dieses und jenes tun müssen, wenn auf der anderen Seite dieses Parlament nahezu leer ist und um diese Zeit mit fünf oder sechs Abgeordneten über ein so wichtiges Thema spricht.

Den Bericht meines Kollegen Hackel reihe ich deshalb in die Reihe der bedeutenden Berichte ein, weil ich die Auffassung vertrete, daß die Thematik, die wir in dieser Woche und heute besprochen haben, unsere Welt von morgen wesentlich bestimmen wird. Wir werden einmal die Frage stellen müssen, ob wir als Menschen mit der Leihgabe Erde wirklich sehr sorgfältig umgegangen sind.

Der Bericht vermittelt eine gute Übersicht über alle europäischen Aktivitäten im Bereich der Weltraumforschung und Weltraumtechnologie und versucht, einen Überblick über die Weltraumpolitik der einzelnen europäischen Staaten zu geben. Wenn ich sage „versucht“, so meine ich, daß sich der Berichtsersteller ernsthaft bemüht hat, all das zusammenzutragen; aber bei allem Zusammentragen war auch er nach meiner Einschätzung nicht in der Lage, die großen Konturen, die großen Leitlinien einer europäischen Weltraumpolitik zu erkennen. Wie auch andere Berichtsersteller vorher in ihren Berichten zur militärischen Nutzung des Weltalls und zur Kooperation mit den Vereinigten Staaten hat er betont, daß Weltraumtechnologie sowohl zivile als auch militärische Aspekte hat und daß die Abgrenzung beider Aspekte voneinander nicht immer einfach ist. In dieser Feststellung stimme ich ihm zu. So können natürlich Erkenntnisse, die ein Wetterbeobachtungssatellit liefert, sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden; ja, das letztere ist in diesem angesprochenen Fall einfach nicht auszuschließen.

Es ließen sich noch viele gleichartig gelagerte Beispiele aufführen. Insbesondere mein Kollege Enders hat in seinem für meine Begriffe sehr differenzierten Vortrag viele Beispiele angeführt, die ich im Blick auf die Zeit jetzt nicht wiederholen möchte.

Aber — und dies muß auch festgestellt werden — gerade das Wissen um die zivile und militärische Nutzung oder das Wissen darum, daß hier nicht im einzelnen unterschieden werden kann, darf uns nicht ruhen lassen, weiterhin festzustellen und gleichzeitig zu fordern: Rüstungskontrolle im Weltraum ist notwendig. Der Rüstungswettlauf im Weltraum muß begrenzt werden. Rüstungskontrollpolitik ist ohne Mitwirkung der Vereinigten Staaten und der UdSSR nicht möglich. Aktivitäten im Weltraum dürfen nicht destabilisierend wirken und so möglicherweise die Kriegsgefahr erhöhen.

Ein Weiteres vermittelt der Bericht, und dies möchte ich noch herausgreifen: Es gibt viele Aktivitäten, auch erfolgreiche Aktivitäten, der europäischen Raumfahrt, aber klar sichtbar werden auch die unterschiedlichen Auffassungen der europäischen Staaten zu einer aktiven Weltraumpo-

litik. Die europäische Luft- und Raumfahrtindustrie kann weltweit nur bestehen, wenn sie willens und in der Lage ist, ihre Interessen zu artikulieren und gleichzeitig zu bündeln. Wenn das nicht erreicht wird, wird es einen Wettlauf ohne Ende geben.

Die Forschungsaktivitäten der Vereinigten Staaten in bezug auf die militärische Nutzung des Welt-raums zwingen uns Europäer — unabhängig von einem möglichen Technologietransfer aus den Vereinigten Staaten — zu erhöhten finanziellen Anstrengungen, um den Wettbewerbsnachteil in der friedlichen Nutzung des Weltraums, der durch den Spin-off-Effekt im militärischen Bereich in den Vereinigten Staaten bedingt ist, auch nur teilweise ausgleichen zu können. Dies ist eine Aufgabe, die wir aus der WEU an die nationalen Parlamente herantragen müssen.

Insofern sind wir alle aufgerufen, in unseren nationalen Parlamenten mit dazu beizutragen, daß das Bewußtsein von der Bedeutung der Luftfahrt- und Raumfahrtaktivitäten wächst. Wir Europäer müssen zu einer gemeinsamen europäischen Weltraumpolitik kommen, die wesentlich von der zivilen Nutzung des Weltraums zum Nutzen der ganzen Menschheit bestimmt wird.

Dr. Hackel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht allzu lange auf das antworten, was die Kollegen gesagt haben, zumal in den meisten Bemerkungen eine Übereinstimmung zwischen ihnen und mir — und ich glaube, auch zwischen den übrigen Mitgliedern dieses Hauses — zum Ausdruck kam.

Herr Kollege Enders hat ausgeführt, daß die Weltraumpolitik aus seiner Sicht eine besondere Aufgabe hat. Ich glaube, dem können wir alle zustimmen. Ich bin sicher, daß diese Debatte inhaltlich noch lange nicht abgeschlossen ist, sondern sowohl in den Ausschüssen wie im Plenum wie auch in den nationalen Parlamenten in Zukunft sehr viel intensiver geführt werden muß, als es hier der Fall ist. Dazu beizutragen war einer der Gründe, warum Herr Kollege Enders seine Ausführungen gemacht hat, die ich voll und ganz unterstützen kann.

Herr Kollege Klejdzinski hat darauf aufmerksam gemacht, daß das Haus in dieser Stunde bei einem so wichtigen Thema schlecht besucht ist. Nun, wir wissen, daß es bei anderen Gelegenheiten ähnlich ist. Ich möchte deswegen keine wertende Stellungnahme dazu abgeben.

Ich möchte mich aber bei Ihnen, Herr Kollege, recht herzlich für die freundliche Beurteilung des Berichts bedanken. In der Tat konnte im Bericht nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß es große Konturen einer gemeinsamen europäischen Weltraumpolitik gibt. Genau dies noch einmal darzulegen war eine der Aufgaben. Ich finde, das ist ein großes Manko, und es steht uns gut an, wenn wir den Versuch unternehmen, in Zukunft Veränderungen herbeizuführen und unseren Teil dazu beizutragen, daß Europa auch in dieser Frage enger zusammenrückt.

Herr Kollege Stoffelen, der als erster Redner in der Debatte sprach, bringt aus seiner langjährigen Tätigkeit in diesem Ausschuß viele Erfahrungen mit. Er hat die Arbeit der parlamentarischen Versammlung einer sehr kritischen Würdigung unterzogen und eine erhebliche Anzahl von Vorschlägen gemacht. Auch hier muß man wohl übereinstimmend der Meinung sein, daß seine wesentlichen Ausführungen völlig richtig sind. Herr Präsident, ich wäre froh, wenn wir diese Vorschläge, die er unterbreitet hat, einmal an den verschiedensten Stellen, auch im Präsidium dieses Hauses, intensiv beraten könnten.

Zusätzlich schlage ich folgendes vor. Ausgehend von einer Erfahrung, die der Deutsche Bundestag in den letzten Monaten gemacht hat, möchte ich die Anregung geben, daß diese Parlamentarische Versammlung sich einmal einen Vormittag oder sogar einen ganzen Tag Zeit nimmt, über das eigene Selbstverständnis zu diskutieren. Seit Rom und besonders in den letzten Tagen haben wir uns darüber unterhalten, welche neue Rolle denn nun eigentlich die Westeuropäische Union spielen soll. Dabei haben wir uns nicht darüber unterhalten, welche konkreten **Aufgaben der parlamentarischen Versammlung innerhalb der WEU** zukommen könnten.

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich heute die Debatte um das Budget verfolgt. Als Haushaltspoliti-

ker meines eigenen Landes bin ich manchmal etwas überrascht darüber — das muß ich ehrlich gestehen —, in welcher Art und Weise hier Haushaltspolitik gemacht wird. Ich bin auch nicht ganz mit dem einverstanden, was zum Verhältnis zwischen dem Ministerrat und der parlamentarischen Versammlung gesagt wird. Ich bin im Grunde auch nicht damit einverstanden, in welcher Art und Weise einzelne Ausschüsse in der Technik dieses Hauses arbeiten.

Wir haben im Bundestag eine Selbstverständnisdebatte geführt, und trotz ausgesprochen großer Skepsis vor dieser Debatte hat sich herausgestellt, daß sie auch in der Öffentlichkeit eine gute Resonanz gehabt hat. Vielleicht ist das eine Anregung auch für diese parlamentarische Versammlung, sich darüber klar zu werden, wie sie ihre Arbeit in den nächsten fünf oder zehn Jahren zu gestalten denkt gegenüber dem Ministerrat, gegenüber den nationalen Parlamenten, gegenüber der eigenen Technik und den Ausschüssen, um von daher zu einem eigenen Verständnis zu gelangen, das meiner Meinung nach in den letzten Jahren doch sehr unter der Vernachlässigung des Ministerrates gelitten hat. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Präsident, wenn wir in einer der nächsten Sitzungen entsprechend dieser Anregung verfahren könnten.

Vielen Dank.